

TAGESSCHAU

POLITIK

Honecker: Staatsminister Jenner vom Bundeskanzleramt rechnet fest mit einem Besuch des „DDR“-Staatsratsvorsitzenden Honecker noch in diesem Jahr. Seines Erachtens sei der Besuch mit der Sowjetführung abgesprochen, so daß von jener Seite keine Schwierigkeiten zu erwarten seien. (S. 8)

„DDR“-Etat: Für die Subventionierung von Grundnahrungsmitteln, gewissen Bedarfsgegenständen sowie öffentlichen Verkehrsmitteln hat die „DDR“ im vergangenen Jahr rund 21,8 Milliarden (Ost-)Mark ausgegeben.

Bundesverfassungsgericht: Präsident Zeiler sagt eine „Katastrophe“ voraus, falls die Zahl der Verfassungsbeschwerden weiter anschwellen. Waren es 1975 noch 1500, so sind es mittlerweile fast 4000 im Jahr. (S. 4)

Niederlande: Den Haag strebt einen bilateralen Gipfel mit der UdSSR an, um die Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen in Europa zu erörtern.

Kanada: Der frühere Finanzminister John Turner wird neuer Ministerpräsident. Die Liberalen wählen ihn im zweiten Wahlgang zum Parteivorsitzenden und damit zum Nachfolger Pierre Elliott Trudeau. (S. 7)

Uruguay: Bei der Rückkehr aus elfjährigem Exil ist der Oppositionspolitiker Wilson Ferreira Aldunate festgenommen worden. Er war trotz einer Warnung des Militärs eingedrungen. Die Militärs hatten ihn Anfang der 70er Jahre der Subversion bezichtigt.

Deserteure: Großbritannien hat zwei sowjetischen Soldaten, die in Afghanistan zum Widerstandskämpfern überlaufen waren, für ein Jahr Asyl gewährt. - In Pakistan kamen sechs Kinder ums Leben, als afghanische Flugschiffe einen Hügel auf pakistanischem Gebiet in der Nähe der Grenze bombardierten.

Heute: Carstens eröffnet 19. Weltpostkongress in Hamburg. - IG-Metall-Vorstand berät in Frankfurt über Schlichtung.

An die Leser und Inserenten der WELT

Wegen des verschärften Streiks der IG Druck und Papier kann die WELT auch heute nur mit eingeschränktem Umfang erscheinen. Das betrifft den redaktionellen Text, wie zum Beispiel die Berichterstattung über die Europawahlen und die Fußball-Europameisterschaft, ebenso wie die Anzeigen. Wir bitten dafür um Ihr Verständnis.

Verlag und Redaktion DIE WELT

WIRTSCHAFT

Osthandel: Mehr Phantasie in den Handelsbeziehungen mit dem Ostblock fordert DIET-Präsident Wolff. Neue Kooperationsformen, Spezialisierungsabsprachen, Zusammenarbeit auf Drittmarkten und verstärkter Austausch von Know-how seien erforderlich, um nach der Stagnation seit Beginn der 80er Jahre wieder Zuwachsraten zu erreichen. (S. 9)

Transatlantikkabel: 29 Organisationen aus Europa und Nordamerika haben sich auf den Bau eines 6657 Kilometer langen Transatlantikkabels geeinigt. Die Projektkosten betragen rund 335 Millionen Dollar.

KULTUR

„Fanny und Alexander“: Bergmans vierter „Oscar“-prämierter Film wurde auch dreimal mit der höchsten italienischen Auszeichnung, dem „David“, geehrt.

Kein Alleingang: Die Kultusminister der Länder haben sich darauf geeinigt, daß es bei der seit langem erörterten Reform der Rechtsprechung nur ein gemeinsames Vorgehen mit den übrigen deutschsprachigen Staaten geben könne. (S. 15)

Die Eliten der Welt

Eliten in der UdSSR und der „DDR“: Ideologie und Praxis stehen auf Kriegsfuß miteinander. Beide Staaten haben zwei Formen von Führung entwickelt. Die Partei-Elite ist im Besitz der politischen Macht. Die wissenschaftlich-technische Elite ist eine Auslese, „zweiter Wahl“ - Konfliktstoff der Zukunft? - Eine weitere Folge der WELT-Serie. Seite 6

SPORT

Fußball: In ihrem zweiten Spiel der Europameisterschaft in Frankreich besiegte die deutsche Elf Rumänien 2:1 (1:0). Der Bremer Rudi Völler erzielte beide Treffer. (S. 11 und 12)

Leichtathletik: Deutschlands Ase jagt den Olympianormen hinterher. Beste Leistung bei einem Mehrkämpferkampf in Hannover: Claudia Losch erreichte im Kugelstoßen 20,55 m. (S. 13)

Badminton: Der Hamburger Peter Michael Kolbe unterlag im Einzel-Rennen der traditionellen Rotsee-Regatta dem Finnen Karpinen. Kolbe hatte im Ziel zwei Bootslängen Rückstand. (S. 12)

Motorsport: Das 24-Stunden-Rennen von Le Mans forderte erneut ein Menschenleben. Bei einem Unfall des Engländers John Sheldon starb ein Streckenposten. Sheldon wurde schwer verletzt.

AUS ALLER WELT

Vorsicht im Ausland: Rund 700 Deutsche sitzen zur Zeit in ausländischen Gefängnissen, weil sie auf Reisen gegen Bestimmungen oder Gesetze des Gastlandes verstoßen haben. Für die Urlaubszeit hat das Auswärtige Amt eine Broschüre zusammengestellt, die über die Risiken aufklärt. (S. 16)

Strahlentod: In Marokko starben sechs Personen an radioaktiver Verseuchung. Sie waren mit einem aus einer Fabrik entwendeten radioaktiven Eisenteil in Berührung gekommen. (S. 16)

Wetter: Bewölkt mit Aufheiterungen. 17 bis 25 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Ende ohne Wende - Hatto H. Schmitt über das Versanden der Hochschulreformen. S. 2

Hamburg: Der Versuch, die Gesamtschule Farnsen-Berne zu retten. Von Uwe Bahnsen. S. 3

Berlin: Eine Umfrage macht dem Regierenden Bürgermeister Diepgen Hoffnung für 1985. S. 4

Frankreich: Bei Cressot-Loire geht es um 30 000 Arbeitsplätze. Hilft die Regierung? S. 5

Indien: Sikhs-Proteste weiten sich aus; Morddrohungen gegen Frau Gandhi. S. 7

Fernsehtext: Personalien und Leserbrief an die Redaktion der WELT. Wort des Tages. S. 7

Fernsehtext: Ein neuer TV-Held aus Hawaii - Tom Selleck alias „Magnum“. S. 7

Energiewirtschaft: Gaspreise im Gespräch - Leitartikel von Hans Beumann. S. 9

Pankraz: Geißler-Adrianus Warnfried Dettling und das Netz der Nachbarschaftshilfe. S. 15

Neapel: Wieder häufen sich die Probleme - diesmal Korruption bei der Müllabfuhr. S. 16

Europa-Wahl: Union stärkste Partei. Grüne überrunden FDP

Geringere Wahlbeteiligung wertet Stammwählerschaft der kleinen Parteien auf

DW. Bonn

Das Bonner Regierungslager hat bei den Wahlen zum Europäischen Parlament Verluste hinnehmen müssen, die Union blieb aber stärkste Partei. Die ersten Hochrechnungen der Fernsehanstalten signalisierten gestern Abend der FDP den Niederlagen. Um 22 Uhr ermittelte das ZDF für die FDP einen Stimmenanteil von 5,0 Prozent. Die Grünen, so die Ergebnisse der Meinungsumfragen, überflügeln die Freien Demokraten bei weitem. Stimmenerwartungen wurden auch für die Sozialdemokraten errechnet, die die Europawahl zu einer Art Abstimmung über die Politik der CDU/CSU-Koalition in Bonn hochstilisiert hatten. Wahlforscher vertreten die Auffassung, die offensichtlich geringere Wahlbeteiligung habe die Stammwählerschaft der kleinen Parteien aufgewertet.

In der Mehrzahl der EG-Länder - darunter auch in der Bundesrepublik Deutschland - lag die Beteiligung niedriger als vor fünf Jahren. Damals hatten insgesamt 65,7 Prozent der

deutschen Wahlberechtigten ihre Stimmen abgegeben.

Das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) nannte gestern Abend die errechnete Wahlbeteiligung in den Ländern, die bereits am vergangenen Donnerstag gewählt hatten - nämlich Großbritannien, Irland, Dänemark und die Niederlande. Nach diesen Berechnungen ging die Beteiligung in Großbritannien, Irland und den Niederlanden zurück, am deutlichsten in Irland. Im einzelnen: Großbritannien 31,0 Prozent (1979: 32,5), Irland 48,0 Prozent (53,6), Niederlande 54,8 Prozent (58,1). In Dänemark war das Interesse größer: 54,8 Prozent (47,8). Dabei zeigte sich, daß die Europagegner zu den Gewinnern zählen. In Frankreich zeichnete sich eine Beteiligung ab, die leicht über der von 1979 lag (60,8). In Italien gaben weniger Bürger ihre Stimme ab als vor fünf Jahren, als 86 Prozent wählten.

Mit einer hohen Wahlbeteiligung wurde in Luxemburg gerechnet, wo gesetzliche Wahlpflicht besteht und gleichzeitig über ein nationales Parlament abgestimmt wurde. Reges Interesse wurde auch in Griechenland registriert, wo bis zum späten Nachmittag rund 70 Prozent der eingetragenen Wähler ihrer Wahlpflicht nachgekommen waren.

Vor Wahllokalen in der Bundesrepublik Deutschland veranstalteten Teile der „Friedensbewegung“ eine sogenannte Volksbefragung über die Stationierung atomarer Mittelstreckenwaffen. Jo Leinen vom Koordinationsausschuß der „Friedensbewegung“ meinte, mehr als die Hälfte der Europawähler hätten auch bei der Befragung mitgemacht.

In der Bundesrepublik Deutschland waren 44,2 Millionen Bürger aufgerufen, die 78 direktgewählten deutschen Abgeordneten des Europäischen Parlaments zu bestimmen. Insgesamt bewarben sich 14 Parteien und Gruppierungen um die Gunst der Wähler. 1979 hatte die SPD 34 (40,8 Prozent), die CDU 32 (39,1 Prozent), die CSU acht (10,1 Prozent) und die FDP vier (6,0 Prozent) direkte Abgeordnete ins Europäische Parlament entsandt. Die Grünen waren damals mit 3,2 Prozent der Stimmen an der Fünf-Prozent-Klausel gescheitert.

USA: Tür zu Gesprächen ist offen

Washington bereit, mit den Sowjets über Anti-Satelliten-Waffen zu verhandeln

DW. Rom

Als „deutlichen Wandel im Tonfall“, aber nicht „in der politischen Linie“ wird in Washington die von US-Präsident Ronald Reagan erklärte Bereitschaft zu einem sowjetisch-amerikanischen Gipfeltreffen betrachtet. Reagans Abkehr von bisherigen Vorbedingungen für ein solches Treffen solle dem Drängen aus den eigenen Reihen und von Verbündeten auf Entspannungssignale entgegenkommen. Der Eindruck einer flexibleren Haltung wurde noch verstärkt, als der Sprecher des Weißen Hauses, Larry Speakes, erklärte, die US-Regierung sei zu Verhandlungen über Satellitenabwehrwaffen bereit.

TH. KIELINGER, Washington

Obwohl nicht davon überzeugt, daß die Sowjets kurzfristig darauf eingehen, bereitet die amerikanische Administration umfangreiche Verhandlungen über Anti-Satelliten-Waffen (ASAT) vor. Diese Vorschläge sollen unter anderem vorsehen:

● Beschränkung der ASAT-Technologie auf nur ein tatsächlich disloziertes System,

● Ächtung aller Waffen, die die in hohen Erdumlaufbahnen kreisenden Satelliten treffen könnten. Diese Satelliten üben wichtige Frühwarnfunktionen aus und bilden das Nervenzentrum für den Einsatz und die Lenkung nuklearer Gegenschläge.

● Absprache über die Nichtbelästigung der gegenseitigen Satellitenaufklärung,

● vertrauensbildende Maßnahmen, wie etwa die jeweilige Anmeldung von Satellitenstarts.

Bislang hatte Washington sich lediglich interessiert gezeigt, über das Thema der Weltraumwaffen mit Moskau „Gespräche zu führen“. Die Sowjets verlangen dagegen nach gegenseitigen Abrüstungsverhandlungen über die ASAT-Thematik. Amerikanische Experten charakterisieren diese Vorschläge als Versuch, die USA auf einem technologischen Feld zu bremsen, auf dem Moskau zurückzubleiben droht.

Zwar haben die Sowjets seit zehn Jahren ein eigenes Anti-Satelliten-Waffen-System („Galosch“) installiert, während die Amerikaner erst in jüngster Zeit ihre Forschungen auf

diesem Gebiet vorangetrieben haben. Aber das geplante amerikanische System - Abfeuern einer Anti-Satelliten-Rakete mit steuerbarem Lenkkopf von einem bis an die Stratosphäre fliegenden F-15-Bomber - gilt als technisch weit überlegen.

Zudem haben die USA mit einem vor zehn Tagen erfolgreich verlaufenen Versuch demonstriert, daß sie bereits die Defensiv-Technik zur Zerstörung eines anfliegenden feindlichen Sprengkopfes besitzen, - die Rakete, die die Rakete zerstört (WELT v. 13. Juni). Diese Technik, so heißt es in Washington, ließe sich zukünftig auch zum Ausschalten feindlicher Satelliten anwenden.

Die nun bekanntgewordenen Pläne der Administration, den Bereich der ASAT-Waffen den Sowjets zur Verhandlung anzubieten, verdeutlichen, wie stark der politische Druck geworden ist, der Präsident Reagan in den Dialog mit Moskau zurückdrängen will. Hinter der Ankündigung von Larry Speakes, daß die „Tür für Gespräche offen ist“, liegen nicht nur taktische Erwägungen.

● Fortsetzung Seite 8

Glomp verschärft Kritik am Regime

Polens Bischöfe bleiben geschlossen der „Wahl“ fern / Erklärung zur Lage Gefangener

DW. Warschau

Mit einem demonstrativen Schritt haben die polnischen Bischöfe die „Wahlen“ zu den regionalen Vertretungen begleitet: Alle 80 Mitglieder des Episkopats versammelten sich in Radom, um gemeinsam den Wählern fernzubleiben.

Die Warschauer Führung hatte in den vergangenen Wochen mehrmals versucht, die Oberhäupter zu einem Auftritt für eine Teilnahme an den „Wahlen“ zu gewinnen. Die Bischöfe widersetzten sich einer solchen Forderung. Kritisiert wurde von ihrer Seite lediglich der Warschauer Priester Jerzy Popieluszko, der während einer Predigt einen „Wahlboykott“ verlangt hatte.

Am Vorabend des Wahls hatte der Primas der katholischen Kirche, Kardinal Jozef Glomp, unter dem lebhaften Beifall von mehr als 30 000 Gläubigen in Radom während einer Messe zu Ehren des heiligen Kasimir das Warschauer Regime zur Freilassung aller politischen Häftlinge aufgefordert. Glomp: „Es reicht man-

mal schon, einer feindlichen Haltung gegenüber der Führung verächtlich zu werden, um so Repressionen ausgesetzt zu sein. Für ein so armes Land haben wir zu viele Gefangene. Wir brauchen keine Gefangenen. Leute, die Verantwortung für das Vaterland haben, und solche gibt es auf beiden Seiten, wissen, daß die Verhafteten und Gefangenen so schnell wie möglich freigelassen werden müssen.“ Und direkt an die politische Führung gerichtet fügte Glomp hinzu: „Da wir unter einem gemeinsamen Dach leben müssen, stellt sich die Frage, ob wir nicht aktiv Einfluß nehmen sollen, daß es keine Repressionen mehr gibt, damit der Wille zur Vereinigung dessen, was geteilt ist, geweckt wird. Muß man denn immer das unterstreichen, was uns trennt, und nicht das, was uns vereint?“ In den vergangenen Wochen hat sich die Zahl der politischen Häftlinge in Polen nach offiziellen Angaben noch um rund 100 Personen erhöht. Die Bemühungen der Bischöfe um eine Freilassung der elf prominentesten Häftlinge unter bestimmten Voraussetzungen waren an der Weigerung der Betroffenen gescheitert, auf die Bedingungen des Regimes einzugehen.

Voraussichtlich zu Beginn dieser Woche wird die Bischofskonferenz ein Dokument zur Situation der Gefangenen herausgeben.

Besonders großer Andrang herrschte bei einer Messe, die im Warschauer Stadtteil Zolibors für seine „Solidarität“-Sympathisanten bekannte Priester Popieluszko las. In seiner Predigt dankte er den Gläubigen dafür, daß sie mit dem Kirchgang „Ihre Wahl“ trafen und für „das abstimmten, was Gottes ist“. Dies sei besonders wichtig zu einer Zeit, „da unsere Brüder weiter in den Gefängnissen sitzen“. Nur vereinzelt gingen Polen zu dieser Zeit in ein in der Nähe der Kirche gelegenes Wahllokal. Einige junge Leute, die davor standen, antworteten auf die Frage, ob sie wählen: „Nein, wir haben 1980 Solidarität gewählt.“

Kieler Woche als „Fest des Friedens“

Eröffnung vor 10 000 Menschen / Demonstranten störten Rede des Bundespräsidenten

DW. Kiel

Bundespräsident Karl Carstens hat bei der Eröffnung der Kieler Woche die Politik der Bundesrepublik Deutschland als Friedenspolitik gewürdigt. Sämtliche deutschen Bundeskanzler, sagte das Staatsoberhaupt vor rund 10 000 Zuhörern auf dem Kieler Rathausplatz, seien für den Frieden in Europa und in der Welt eingetreten. Carstens nannte die Kieler Woche (Motto: „Frieden erleben, erhalten, gestalten“) ein „Friedensfest“ und ein Ereignis, „auf das die Welt blickt“.

Unter der Teilnehmer der Eröffnungsveranstaltung am Samstagabend hatten sich mehrere Gruppen von „Friedensdemonstranten“ mit Transparenten gemischt. Durch ein minutenlanges Pfeifkonzert und den Ausfall der Lautsprecheranlagen wurde Carstens für rund 15 Minuten

am Reden gehindert. Der Kieler Oberbürgermeister Karl-Heinz Luckhardt (SPD) vermutete, daß es sich bei dem Lautsprecherausfall um einen Sabotageakt gehandelt haben könnte.

An den Segelwettkämpfen der Kieler Woche nehmen mehr als 3000 Sportler mit 1100 Booten aus 32 Nationen teil. Die ursprünglich gemeldeten Wettkämpfer aus der Sowjetunion und der „DDR“ sagten wegen der Teilnahme Südafrikas ab. Die Städte Rostock und Raval sind jedoch mit offiziellen Abordnungen vertreten. Insgesamt haben sich Gäste aus 51 Nationen angemeldet.

Auf Einladung der schleswig-holsteinischen Landeshauptstadt finden mehrere Kongresse statt. So veranstaltet die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) unter dem Thema „Gottes Friede den Völkern“ eine

wissenschaftliche Tagung zur Friedenssicherung. Der EKD-Ratsvorsitzende, Landesbischof Eduard Lohse, nannte in der Marktkirche St. Nikolai die Verpflichtung zum Frieden ein „Gebot, dem jede politische Verantwortung zu folgen hat“. Christen seien allerdings nicht Lehrmeister oder Besserwisser, die sich über andere erheben dürfen. Lohse warnte vor dem Mißverständnis, „man bräuhete nur die Bibel aufzuschlagen, um daraus ablesen zu können, wie heute und morgen zu wählen, zu entscheiden und zu handeln sei“. Der EKD-Ratsvorsitzende: Zwar sage die Bibel den Christen, daß sie mit Christus Frieden stiften sollten. Doch dürften sie die harte Wirklichkeit nicht übersehen, daß sie in einer noch unerlösten Welt zu leben und zu handeln hätten.

Seite 16: Kieler Woche

DER KOMMENTAR

Wahlen in Europa

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Die Polen haben gestern auf ihre Weise zur Europa-Wahl beigetragen. Sie waren aufgerufen, die Gemeinde- und Regionalräte zu wählen, wobei ihnen das in kommunistisch regierten Ländern übliche Verfahren der Einheitsliste nicht etwa erlaubte, über politische Alternativen abzustimmen, sondern ihnen nur die Möglichkeit einräumte, von jeweils zwei registrierten Bewerbern pro Mandat einem den Zuschlag zu geben. Eine solche Scheinwahl wäre nicht der Rede wert, doch zum erstenmal seit der Verhängung des Kriegsrechts im Dezember 1981 hatten die Polen gestern eine Gelegenheit, durch ihr Wahlverhalten erkennen zu lassen, wie sie zu dem Regime des Generals Jaruzelski stehen.

Die Wahlergebnisse wird man erst am Dienstag erfahren. Doch bereits unmittelbar vor dem Wahlschluß haben sich Dinge ereignet, die den General als den großen Verlierer abstempeln. Es gehört zum kommunistischen Wahlkult, daß die Wahlbeteiligung außerordentlich hoch zu sein und die Zustimmung zur Einheitsliste haardinn unter der 100-Prozent-Marke zu liegen hat. Diesmal hat sich das Generalregime jedoch an der Wahlbeteiligung nicht nur zwei oder fünf oder - Weh und Ach - zehn Prozent, sondern von vornherein bis

zu 35 Prozent abgeschminkt. Der Grund: Die verbotene „Solidarnosc“ hat zum Boykott aufgerufen. Da die Ergebniszahlen, die amtlich bekanntgegeben werden, ohnehin keine Glaubwürdigkeit verdienen, wird es das entscheidende Faktum bleiben, daß die Regierung trotz aller Repression einen Boykott von 35 Prozent der Wähler für möglich gehalten hat. Für Partei und Regierung ist das geradezu eine Ungeheuerlichkeit.

Schlimmer noch: Die katholische Kirche, ansonsten unter Kardinal Glomp um ein Mindestmaß an Erträglichkeit im Verhältnis zwischen Regime und Bevölkerung bemüht, hat sich eindeutig auf die Seite der drangsalierten Menschen geschlagen. Die Bischöfe, in Radom versammelt, huldigten nicht dem General, sondern dem heiligen Kasimir, Schutzpatron von Polen und Litauen. Im Land des katholischen Volkes der Polen ist das die wirksamste Form des Wahlboykotts.

Europa ist nicht nur die EG. Auch Polen ist Europa. Die geknebelte „Solidarnosc“ ist bis in die Seele hinein eine europäische Erscheinung, so wie auch das polnische Volk alle seine Hoffnungen auf ein solidarisches Europa setzt. Das ist der fortwirkende Sinn dieses Wahltages 17. Juni 1984.

Sozialgericht Bremen: Geld für Kurzarbeiter

DW. Bremen/Bonn

Das Sozialgericht Bremen hat in einer einstweiligen Verfügung gegen die Bundesanstalt für Arbeit beschlossen, daß das Arbeitsamt Bremen den mehr als 5000 mittelbar vom Arbeitskampf betroffenen Beschäftigten des Daimler-Benz-Werks Bremen unverzüglich Kurzarbeitergeld auszuschütten hat. Der Spruch der Richter geht damit nach Angaben des Bremer Arbeitssenators Claus Grobecker (SPD) über den des Frankfurter Sozialgerichts vom vergangenen Dienstag hinaus.

Das Frankfurter Gericht hatte zwar den Erlass der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg, mittelbar vom Arbeitskampf Betroffenen kein Kurzarbeitergeld zu zahlen, ausgesetzt. Es lehnte jedoch den Antrag der Gewerkschaft auf Zahlung des Kurzarbeitergeldes ab. Über einen Widerspruch der Bundesanstalt gegen das Frankfurter Urteil hat das hessische Landessozialgericht Darmstadt noch nicht entschieden. Grobecker erklärte, der Bremer Spruch habe den Rechtsfrieden und die Kampfpflicht in den Tarifauseinandersetzungen wiederhergestellt. Das Sozialgericht habe damit insbesondere den Bundesarbeitsminister widerlegt, der „zu Unrecht gegen den Erlass der Bundesanstalt für Arbeit nicht zur Rechtsaufsicht eingeschritten“ sei.

Der Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes der Metallindustrie im Untereschgebiet, Ortwin Baum, nannte die Entscheidung „materiell falsch“. Damit würde die Bundesanstalt für Arbeit zur „Hilfskasse der Gewerkschaft“. Seite 8: Streik

ÖTV-Delegierte schrien Blum in München nieder

gfa. München

Bundesarbeitsminister Norbert Blum ist von den Delegierten des ÖTV-Gewerkschaftstages in München beim Großwort niedergeschrien worden. Seine viertelstündige Rede wurde immer wieder durch Schreie und Tumulte gestört. Etwa 200 der rund 1500 Teilnehmer des Kongresses verließen schon bei den ersten Worten des Arbeitsministers den Saal in der Bayerhalle.

Blum wurde von einem Großteil der Gewerkschafter sogar ausgepfiffen, als er an den Arbeitertafel in Mitteldeutschland am 17. Juni 1983 erinnerte und versicherte, diese Bundesregierung werde an der Seite der Gewerkschaften stehen, wenn es darum gehe, gegen die Inhaftierung von Arbeiterführern zu protestieren. Die ÖTV-Vorsitzende Monika Wulf-Mathies hatte zuvor an die Unterdrückung der Gewerkschaften in Polen und in der Türkei erinnert.

In seiner trotz der Störungen zuende gebrachten Rede appellierte der Bundesarbeitsminister an die Tarifparteien, den Arbeitskampf in der Metallindustrie und im Druckgewerbe bald zu beenden. „Ein Kompromiß ist keine Schande“, rief Blum. Nur Klassenkämpfer könnten ohne Kompromiß auskommen. Blum mahnte, bei allen Meinungsverschiedenheiten daran zu denken, daß der Gedanke der Einheitsgewerkschaft nicht Schaden erleide. Als „Ende der Einheitsgewerkschaft“ bezeichnete er Veröffentlichungen wie in der Mitgliederzeitung der IG Metall, in denen die Bundesregierung „in die Nähe des Faschismus gerückt“ werde.

Lutheraner in der „DDR“ ermahnen Ost-Berlin

Verlust des Vertrauens / Forderung nach mehr Information

DW. Eisenach

Die Praxis der „DDR“-Behörden, die Ablehnung der Anträge von Bürgern nur pauschal oder gar nicht zu begründen, ist am Wochenende auf der in Eisenach tagenden General-synode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche in der „DDR“ beklagt worden. Eine solche Praxis trage nicht zu dem notwendigen Vertrauen bei, das auch aus friedenspolitischen Gründen zwischen dem Staat und seinen Bürgern notwendig sei, hieß es in der Aussprache über den Bericht des amtierenden Leitenden Bischofs Werner Leich.

Nach Auffassung Leichs, Landesbischof in Thüringen, führt diese Praxis der Behörden oft dazu, daß sich die Bürger nicht ernst genommen fühlen und damit das Vertrauen in Frage gestellt wird. Hervorgehoben wurde in der Aussprache zudem, daß solcher Vertrauensbildung auch die Praxis der „DDR“-Führung entgegenstehe, den Bürgern wesentliche Informationen über Vorgänge im eigenen Lande vorzuenthalten. Als Beispiele dafür nannte ein Synodaler die

Bereiche Rüstung und Umweltschutz.

Während der Tagung in Eisenach ist es nicht gelungen, für die laufende Legislaturperiode einen Leitenden Bischof der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche in der „DDR“ zu wählen. Als einziger Kandidat für dieses Amt stand Leich zur Verfügung, der seit Dezember 1982 die Amtsgeschäfte führt. Bei der Abstimmung erhielt Leich im ersten Wahlgang nicht die erforderliche Mehrheit und zog daraufhin seine Kandidatur zurück. Für die kommenden beiden Jahre wird er nun diese Aufgabe kommissarisch fortführen. Der hohe Anteil von Stimmenthaltungen wird von Beobachtern der Synode als Hinweis darauf gewertet, daß eine Mehrheit der Synodalen die Frage nach dem Fortbestand der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche in der „DDR“ offenhalten will. Auf ihrer Tagung im vergangenen Jahr in Güstrow hatte sich die Synode mehrheitlich für eine Übertragung wesentlicher Aufgaben an den „DDR“-Kirchenbund ausgesprochen.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Schulskandal

Von Uwe Bahnsen

Schulpolitischer Fanatismus hat in Hamburg dazu geführt, daß die Staatsanwaltschaft sich mit betrügerischen Manipulationen von Gesamtschulanhängern befassen muß. Schon verlangt die CDU den Rücktritt des dafür politisch verantwortlichen Schulsenators Professor Joist Grolle, und die SPD-Führung in der Hansestadt ist entsetzt, wie Grolle selbst.

Niemand unterstellt ihm, an den Fälschungen aktiv oder in anderer Weise beteiligt gewesen zu sein. Aber: An dem schulpolitischen Klima, in dem es zu solchen kriminellen Akten kommen konnte, ist Joist Grolle nicht unschuldig. Der Druck der eigenen Partei, der Lehrgewerkschaft GEW, von pressure groups wie der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule und nicht zuletzt seine eigenen Überzeugungen – all das hat ihn immer wieder zu riskanten schulpolitischen Manövern in Richtung auf das integrierte System getrieben.

Dabei hat Grolle, haben die Hamburger Sozialdemokraten in der Gesamtschulbewegung Hoffnungen erweckt, die sie nicht erfüllen konnten. Es fehlt am Geld, an Interesse der Eltern, aber auch an pädagogischer Perspektive für diese Schulform. Den Gesamtschulen bläst der Wind ins Gesicht.

Der Fälschungsskandal hat freilich noch eine andere Dimension, die Grolle sich vorhalten lassen muß: Immer wieder hat dieser Senator, hat der Senat insgesamt Verhaltensweisen nicht weniger Lehrer toleriert, die nur bei großzügigster Auslegung gesetzlicher Bestimmungen noch als halbwegs legal einzustufen waren. Das Bewußtsein für Recht und Unrecht gerade bei schulpolitischen Auseinandersetzungen ist damit alles andere als geschärft worden.

Für den Ruf Hamburgs ist der neue Skandal mehr als fatal. Die Liste der Affären, die nur mit Hamburg und keiner Stadt sonst in Verbindung gebracht werden können, wird immer länger: Neue Giftfunde auf dem angeblich sanierten Stoltenberg-Gelände in Eidelstedt, die Persien-Pleite des Senats, Verwicklungen von Staatsdienern in den Fall „Neue Heimat“, kriminelle Vorfälle in der Hausbesetzer-Szene am Hafen – fast jede Woche fördert neue Negativfakten zu Tage. Das hält auf die Dauer das beste Image nicht aus.

Hand in fremder Tasche

Von Henk Ohnesorge

Zögernd und noch mit selektiver Anwendung hat man sich hierzulande an das Verursacherprinzip, an den Gedanken gewöhnt, daß derjenige, der für einen Mißstand verantwortlich ist, auch für seine Beseitigung sorgen muß. Beispiel Umweltverschmutzung. Es wird allerhöchstens noch darüber diskutiert, wie rasch das zu geschehen hat.

So bald aber ein Problem emotional befrachtet wird, hört diese so einleuchtende Logik häufig auf. Wird eine Forderung von einer Gruppe mit lauten Tremolo vorgebracht, so fragt – noch – niemand danach, wie man sich die Folgebelastung vorstellt und wer dafür aufkommen soll. Im Zweifelsfall sind es immer alle, die Gemeinschaft. Wer da mit dem Verursacherprinzip zu argumentieren versucht, wird – vorausgesetzt, das „Anliegen“ ist emotionsbeladen genug – zumindest herzlich genannt, wenn man ihm nicht gar Denkweisen aus der jüngeren Vergangenheit unterstellt.

Mit schöner Regelmäßigkeit werden seit längerer Zeit von Vertretern beider großer Kirchen diejenigen Politiker in Bund und Ländern angegriffen, die auf einer Begrenzung des Zuzugsalters junger Ausländer auf sechs Jahre, eine nachhaltige Einschränkung des Ehegattennachzugs und verschärfte Ausweisungsmöglichkeiten bei bestimmten Formen der Kriminalität bestehen. Daß die Politiker dabei nur ihrer beschworenen Pflicht nachkommen, wonach sie Schaden vom deutschen Volke abzuwenden haben, ist für die Kritiker unerheblich. Ein hoher Kleriker scheut sich nicht, die moralische Qualität der Rückmeldung von Deutschen aus Osteuropa mit der Familienzusammenführung von in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Ausländern gleichzusetzen.

Abgesehen davon, daß diese fordernden Kritiker keinerlei ausdrückliches Mandat haben (auf das sie sonst so gerne bei anderen Anlässen die Vertreter der repräsentativen Demokratie hinweisen) – wie wäre es, wenn sie sich wenigstens zum Verursacherprinzip bekennen?

Das hieße: Einschulung junger Ausländer ungeachtet ihres Alters ausschließlich in Schulen in konfessioneller Trägerschaft; Betreuung derjenigen, die als Folge des ungehinderten Zuzugs kommen, mit allen finanziellen Konsequenzen durch die Kirchen – das wäre nur logisch. Merke: „Ich fordere, du bezahlst“ – das ist unredlich, egal, wer was verlangt.

Das Ende einer Utopie

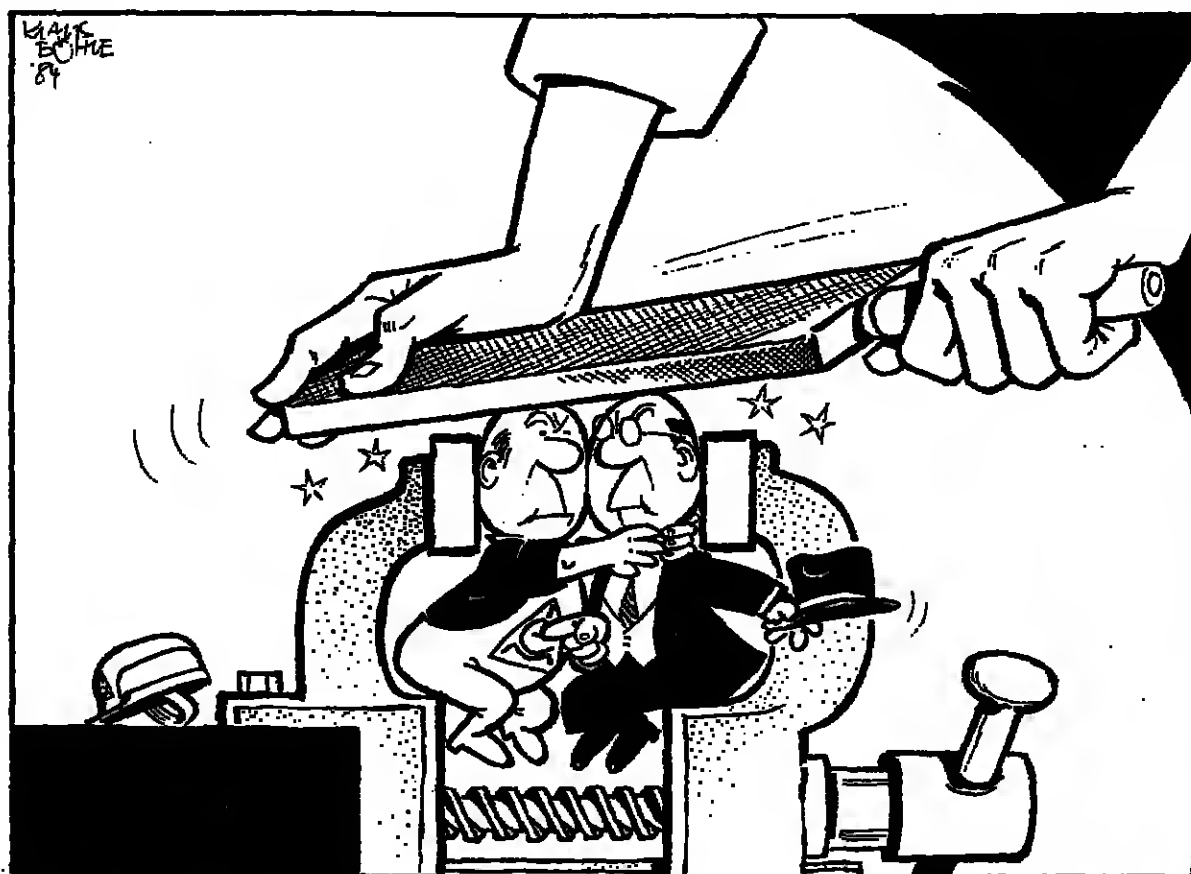
Von Rolf Görtz

Wie in Frankreich, so starb der Eurokommunismus auch in Spanien lange vor Enrico Berlinguer. Genaugenommen scheiterte die spanische KP an dem utopischen Bemühen des italienischen Generalsekretärs, den Kommunismus in der westeuropäischen Demokratie zu verankern. Der inzwischen gestürzte KP-Chef Santiago Carrillo wollte von Berlinguer lediglich den Begriff übernehmen.

Wie die Perücke, mit der Carrillo in sicherer Erwartung der Amnestie aus dem Exil nach Madrid zurückkehrte, so sollte ihm, dem Alt-Stalinisten, der Eurokommunismus als Tarnkappe dienen, um in wichtige Positionen in Staat und Gesellschaft vorzudringen. Mit Hilfe der damaligen bürgerlichen UCD-Regierung gelang ihm das vor allem in den staatlichen Kommunikationszentren in geradezu klassischer Weise. Die Anti-NATO-Kampagne, die zur Zeit durch Spanien rollt, beweist das. Im Inneren der Partei aber sollte es nach dem leninischen Prinzip des demokratischen Zentralismus weitergehen.

Nun, Carrillo scheiterte an diesem Widerspruch zwischen Kommunismus und Demokratie. Seine Partei zersplitterte zu numerischer Bedeutungslosigkeit. Nicht aber der spanische Kommunismus. Er lebt in den starken Comisiones Obreras-Gewerkschaften, einst Treibriemen, heute Motor der KP. Und dieser Motor läuft wieder zur vollen Zufriedenheit der Moskauer Zentrale – gegen Berlinguers Utopie.

Auch das Volksfrontbestreben der Vereinigung mit den Sozialisten – anfänglich gefördert von der deutschen SPD – bekommt neuen Aufwind. In der Anti-NATO-Kampagne nämlich erhalten Spaniens Kommunisten plötzlich die lebhafteste Unterstützung der Jungsozialisten und der sozialistischen Gewerkschaften UGT, die noch am 1. Mai es ablehnten, mit den Comisiones zusammen zu feiern. Egon Bahr, der Madrid kürzlich einen recht geheimnisvollen Besuch abstattete, wird Stein und Bein schwören, daß er damit nichts zu tun habe: Das Timing jedoch machte stutzig.



Besondere Schlichtung tut not!

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Ende ohne Wende

Von Hatto H. Schmitt

Kein Bedarf an einer Änderung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) glauben jüngst die Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU in den Länderparlamenten konstatieren zu können. Die Reformvorschläge, die die Bildungsministerin Frau Dr. Wilms durch eine Kommission hatte ausarbeiten lassen, scheinen damit denselben Weg gehen zu sollen, den schon andere in der Regierungserklärung versprochene Reformmaßnahmen gegangen sind: in den Papierkorb.

Indessen, jener „Bedarf“ besteht gleichwohl. Nicht wegen des Prestiges der CDU/CSU, daß ein Wortbruch auch auf diesem Feld sie erneut ein beträchtliches Stück ihrer Glaubwürdigkeit kosten würde, ist ihre eigene Sache. Geändert werden muß das Gesetz vielmehr, weil es an allzu vielen Punkten die Hochschulen und die Wissenschaft behindert. Meist denkt man dabei zunächst an die Mitbestimmungsregelungen der vom HRG erzwungenen „Gruppenuniversität“, die – je nach Ausgestaltung – Nichtwissenschaftlern die Einflußnahme auf Forschung, Berufen und Prüfungen ermöglicht, die Wahl der Rektoren oder Präsidenten auch gegen den Willen der Mehrheit der Professoren zulassen und anderes mehr. An den süddeutschen Universitäten sind diese Fragen wenigstens zum Teil zufriedenstellend gelöst, weil die dortigen Landeshochschulgesetze in Auslegung des HRG praktikable Regelungen getroffen haben. Deswegen übersieht man im Süden – auch an den Universitäten – allzu leicht, daß an den Hochschulen anderer Länder und Stadtstaaten hier erheblicher Änderungs-„Bedarf“ besteht, weil dort die Rahmenbedingungen des HRG bis hart an die Grenze ausgenutzt worden sind – und zuweilen sogar darüber hinaus, etwa im Mitbestimmungsschlüssel des Landes Bremen. Wenn süddeutsche Fraktionshüter also meinen, eine Änderung dieser auf dem derzeitigen HRG beruhenden Zustände sei unnötig, so offenbaren sie damit entweder totale Unwissenheit jenseits des eigenen Kirchturnhorizontes oder einen kleinkarierten Egoismus, etwa nach dem abgewandelten St. Florian-Prinzip: „O heiliger St. Florian, mein Haus ist feuerversichert“.

Eine erheblich brisantere Rechtsunsicherheit besteht im Feld der „berufsqualifizierenden Hochschulabschlüsse“. Hier hat das HRG neben dem Staatsexamen mit dirigistischer Einseitigkeit ausschließlich das Diplom festgeschrieben, das in vielen Fächern unbrauchbar oder zumindest dem liberal verbreiteten Magisterexamen unterlegen ist, auch nach Meinung mehrerer Studienreformkommissionen, die die KMK nach dem Gebot des HRG gebildet hat, die ihnen übergeordnete „Ständige Kommission“ freilich bulditi weiterhin der abgestandenen Diplom-Ideologie. Auch hier müßte die Rechtsunsicherheit beseitigt, der Magister auch im Gesetz wieder zugelassen werden.

Vor allem aber behindert die Gesetzgebung eine sinnvolle Pflege des wissenschaftlichen Nachwuchses schon von frühen Semestern an. Wer in Sonntagsreden von Elitförderung plaudert, muß egalisierende Tendenzen der Gesetzgebung der siebziger Jahre beseitigen. In der Massenuniversität muß es wieder möglich werden, Begabte früh auszuwählen und in kleinen Gruppen zu unterrichten, gegebenenfalls in eigenen Begabtenstudiengängen. Und dem qualifizierten Nachwuchs müssen vor und nach der Habilitation attraktivere Stellen angeboten werden als die von der derzeit geltenden Gesetzgebung erlauben.

Das alles – und noch viel, viel mehr – lassen die Fraktionsvorsitzenden außer acht, wenn sie keinen Bedarf konstatieren. Sie reißen sich damit ein in die städtische Zahlpläner, die für „Organisationsruhe“ plädieren – auch an manchen Hochschulen: etwa etliche Präsidenten, die ihre Mitbestimmungshausmacht für die nächste Wahl nicht verlieren möchten und die neue „Classe dirigeante“, die durch die vermeintliche „Demokratisierung“ vielerorts geschaffen wurde und sich in dieser Rolle wohlfühlt. Und für Organisationsruhe plädieren meist auch die Bürokratie, zugunsten derer die Hochschulgesetzgebung die Autonomie der Hochschulen weitgehend ausgelöscht haben.

Zweimal hat die Politik die Hochschulen den Massen ausgeliefert: 1968 den auf die Straße gegangenen rebellierenden, heute den auf der Straße stehenden Arbeitslosen. Für eine Politik, die den Hochschulen in dieser Lage nicht einmal den unnützen gesetzlichen Ballast abnehmen will, besteht – kein Bedarf.

GAST-KOMMENTAR



Gastkommentator Hatto H. Schmitt, Althistoriker an der Universität München, ist Vorsitzender des Bundes Freiheit der Wissenschaften

Kein Geßlerhut, kein eidgenössischer Kompromiß

Papstbesuch in der Schweiz: Eine Reise, die aus dem Rahmen fiel / Von Friedrich Meichsner

Die sechsstägige Papstreise durch die Schweiz ist beendet. Von Sitten im Wallis aus flog Johannes Paul II. gestern Abend nach Rom zurück. In mancher Hinsicht war dieser Besuch im Land der Eidgenossen außergewöhnlich. Nicht nur, daß diesmal die Menschenmassen fehlten, deren Jubel dem polnischen Papst sonst überall in der Welt entgegenbrandete. Auch in anderer Beziehung fiel manches aus dem Rahmen.

Neben der spezifisch schweizerischen innerschweizerischen Problematik haben zwei weitere große Themen diese Visite bestimmt. Die Ökumene und die gesellschaftspolitische Situation in einem Staat, der eine Sonderstellung einnimmt in der Welt von heute.

Innerschweizlich sagt man dem Schweizer Katholizismus – zumindest seinen dynamischen Kräften – seit längerem ein etwas gebrochenes Verhältnis zu Rom nach. Nicht

anders als ihre reformierten Landsleute sehen sich wohl auch viele Katholiken dieses Landes letztlich als Erben Wilhelm Tells, der sich weigerte, dem Geßlerhut Reverenz zu erweisen. Sie sind es gewohnt, über den konkreten Inhalt zu diskutieren, der hinter einem Symbol steht. Und sie verstehen Dialog als gegenseitiges Eingehen auf die Argumente des anderen.

Unter dieser Voraussetzung haben Priester wie der Hünenberger Pfarrer Markus Fischer zum Papst von den Problemen gesprochen, die sie und ihre Kirche bedrückten: etwa von der ihrer Meinung nach allzu großen Bevormundung durch Rom, vom Priesterskandal und von der Stellung der Frau in der Kirche. Zum ersten Mal auf einer seiner Reisen mußte Karol Wojtyła die Erfahrung machen, daß man ihm aufrecht und in aller Öffentlichkeit widersprach.

Um das rechte Dialogverständnis ging es auch bei den ökumeni-

schen Begegnungen mit dem Weltkirchenrat in Genf und mit dem Schweizer Evangelischen Kirchenbund in Kehrnsatz bei Bern. Anläßlich dieser Treffen wurde zwar vom Papst und von seinen jeweiligen Gesprächspartnern immer wieder die christliche Einheit beschworen, aber ein Durchbruch in Richtung Wiedervereinigung der Kirchen wurde nicht erzielt. Auch der Papst, der nie vergaß, sein absolutes Festhalten am römisch-katholischen Verständnis vom Petrusamt zu unterstreichen, zeigte keinen Weg auf, der hier und heute gangbar wäre. Vom Hinstreben auf das, was man in diesem Land einen „eidgenössischen Kompromiß“ nennt, konnte keine Rede sein.

Schon eher wegweisend waren da die Worte, die Johannes Paul II. immer wieder in denjenigen Bereichen fand, in denen es um die Durchdringung der politischen und gesellschaftlichen Schweizer

IM GESPRÄCH Matthias Wissmann

Arbeit am Image

Von Helmut Eberhard

Das öffentliche Interesse richtet sich stärker auf die Arbeit der Regierung und weniger auf die des Parlamentes. Dies erfährt die Union, seit sie wieder Regierungspartei ist, und es entspricht auch der Verfassungswirklichkeit. Einer drängt dennoch zum Scheinwerfer, ein Mann, dessen bisheriger politischer Lebensweg nicht nur durch Jugend, Ehrgeiz und Medienverhatselung geprägt ist, sondern der immer auch solide Sachkunde, exzellente Vortragskunst und – im politischen Geschäft oft vermisch – Zuverlässigkeit für sich in Anspruch nehmen kann: Matthias Wissmann. Weithin nur als früherer Vorsitzender der Jungen Union bekannt, leitet – zur nicht geringen Überraschung vieler – seit knapp einem Jahr den wirtschaftspolitischen Arbeitskreis der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Damit ist er kraft Funktion einer der Wirtschaftssprecher der Union.

Wissmann ist selbstbewußt genug, um die Vorbehalte, die ihm unvorhergesehen entgegenstehen, selbst anzusprechen: „Ich weiß natürlich, daß viele skeptisch waren, als ich diese Aufgabe übernommen habe. Das liegt aber am falschen Bild, entstanden durch meine Fixierung als Vertreter der größten politischen Jugendorganisation in der Bundesrepublik.“

Deshalb hat Wissmann die Möglichkeiten seines neuen Amtes zunächst zu vertrauensbildenden Maßnahmen genutzt. Seine in langen Nachtsitzungen bei der Jungen Union erprobten Führungsqualitäten stellte er in den ersten Sitzungen seiner Arbeitsgruppe so eindrucksvoll unter Beweis, daß Kritik an seiner Wahl – die übrigens von Bundeskanzler Kohl nachdrücklich befürwortet worden war – nicht einmal mehr hinter vorgehaltener Hand laut wird. Seine Verhandlungsführung, eine Mischung aus Sachkunde, Taktgefühl gegenüber älteren Kollegen und



Sieht aus wie ein Assistent, redet wie ein Vorstand: Matthias Wissmann, CDU-MdB

der Fähigkeit zuzuhören, ohne die Diskussion ausgleiten zu lassen, hat überzeugt. Nach und nach haben sich auch Verbände und Unternehmen daran gewöhnt, auf ihren Jahreshauptversammlungen einen Redner zu hören, der aussieht wie ein Assistent, aber denkt und redet wie der Vorsitzende des Vorstandes.

Leidet Matthias Wissmann unter diesem Image des alten Jungmannes? „Sicher nicht, obwohl es – für sich gesehen – meiner politischen Erfahrung nicht gerecht wird. Ich bin seit immerhin sieben Jahren Mitglied im Wirtschaftsausschuß des Deutschen Bundestages, und unter meiner Führung hat die Junge Union als erste politische Jugendorganisation ein eigenes Wirtschaftsprogramm vorgelegt.“

Frühere Auseinandersetzungen der Jungen Union mit Fraktion und Partei hält er aus seiner damaligen Aufgabengestaltung heraus für notwendig; sie behindern ihn nicht in seiner neuen Aufgabe.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

NRC HANDELSBLAD

Der Papst habe in der Schweiz – und insbesondere beim Weltkirchenrat – die Uhr zurückgedreht, behauptet das Blatt aus Den Haag.

Von der Herzlichkeit der Beziehungen, die vor 20 Jahren noch vermuten ließ, daß der Augenblick, in dem die beiden Organisationen einander in denselben Ökumene finden würden, nicht mehr fern lag, ist wenig übriggeblieben. Die Einheit besteht nicht, liegt nicht bereit und wird wahrscheinlich auch nie kommen. Das ist ein Glück, denn sollte sie jemals realisiert werden, so würde der Papst von Rom per definitionem an der Spitze stehen, womit die nur 30 Jahre alte Geschichte des Weltkirchenrates an ein Ende kommen würde. Die ökumenische Bewegung, wie sie vom Vatikan gesehen und propagiert wird, würde unverzüglich auseinanderfallen, weil Dutzende der dem Vatikan angeschlossenen Kirchen niemals den Primat des Papstes anerkennen würden. Auch denkt Rom bei „Ökumene“... zuallererst an die Unterschiedlichkeit seiner lokalen Kirchen und deren Verbundenheit und läßt dabei andere nichtkatholische Kirchen, die ziemlich verächtlich als bloße „Glaubensgemeinschaften“ angedeutet werden, vielfach außer Betracht. Soweit doch vom ökumenischen Interesse gesprochen werden kann, erstreckt sich dieses vorzugsweise auf die orthodoxen Kirchen... Protestantische Kirchen zählen nicht mit, und Protestanten, die noch immer an die Ökumene von Rom glauben, sind somit betrogen, wenn sie meinen, daß man mit Rom wirklich etwas regeln könne. Mit Rom läßt sich nichts mehr regeln, es regelt selbst... Dies ließ

der Papst in Genf wissen, als er sagte, daß an seiner Position nicht geteilt werden dürfe und könne. Mit diesen Worten hat Johannes Paul II. die Uhr... 20 Jahre zurückgedreht.

BERLINER MORGENPOST

Vor 31 Jahren erhoben sich die Mitteleuropäer im Namen der Menschenrechte. Der Volksaufstand brach vor den Panzerketten der Roten Armee zusammen. Er blieb ohne politische Völlendung. Aber gehört er, weil er scheiterte, auf den Geschichtsbüchlein? Des 17. Juni und seiner Opfer wird bei uns gedacht. Doch das alles spielt sich nicht in einer sammelnden politischen Mitte ab, sondern eher an der Peripherie. Der Bundestag zog seine Gedenkstätte aus fadenscheinigen Gründen zeitlich vor. Vielen Politikern, die über jene Freiheit verfügen, für die die Männer und Frauen des 17. Juni kämpften und starben, ist jener Tag unbequem. Er stört nach ihrer Meinung die „Verantwortungsgemeinschaft“ mit eben jenem Regime, gegen das sich das Volk am 17. Juni erhob. Gottlob, 75 Prozent der Deutschen denken und fühlen anders als diese kurzatmigen Politiker. Sie sind für die Beibehaltung des Gedenktages, weil mit dem „Tag der deutschen Einheit“ eben der ungebrochene Wille der Deutschen bekundet wird, wieder eins zu werden. Ohne diesen Willen, ohne das unbeugsame Offenhalten der deutschen Frage verlor das freie Berlin seine Aufgabe als nationaler Wegweiser. Wir müssen, wenn wir als Nation vor der Geschichte nicht absinken wollen, das zu vollenden suchen, was dem 17. Juni versagt blieb: nämlich die Einheit der Deutschen in Freiheit.

Realität mit der Botschaft des Evangeliums geht. Die Wirtschafts- und Finanzmacht des Landes wurden dabei angesprochen, seine Neutralität sowie die Problematik der Gastarbeiter und Flüchtlinge. Der Papst warnte nicht nur vor einem Machtmißbrauch, sondern auch vor der Illusion, daß Neutralität Dispensierung von den „weltweiten geistigen und politischen Auseinandersetzungen unserer Tage“ garantieren könne. Und er ermahnte die Schweizer, im Gastarbeiter „zuerst den Menschen zu sehen“, nicht die Arbeitskraft, sowie die lange humanitäre Tradition des Landes nicht gerade dann zu unterbrechen, „wenn sie für die Lösung des so schwierigen Flüchtlingsproblems auf internationaler Ebene neue Wege eröffnen könnten“.

Vielleicht war es der bewegendste Augenblick dieser sechs Schweizer Tage, als am Samstag

vormittag auf Tribchen am See bei Luzern 13 000 in der Schweiz lebende Ausländer aus 26 Ländern – Gastarbeiter und Flüchtlinge – gemeinsam mit dem Papst den Choral „Großer Gott, wir loben dich“ anstimmten und dabei jeder in seiner Muttersprache mitsang. Eine Raststation der Geborgenheit und menschlichen Wärme schien da erreicht zu sein auf dem „Kreuzweg der Fremde“, von dem eine Kroatin dem Papst geklagt hatte.

Es stellt sich die Frage, ob bei Gast und Gastgeber nicht ein Gefühl der Enttäuschung die Wertung dieser Reise mit beeinflussen könnte. Hohen Erwartungen hatten sich jedoch offensichtlich weder der Papst noch die Schweizer noch die repräsentativen Vertreter der nichtkatholischen Christenheit hingegeben. Jeder wußte ziemlich genau um die Position des anderen und fand sich dann in seinem Wissen bestätigt.

Der Versuch, eine Schule zu retten

Mit falschen Schülerzahlen wollten Eltern – und wohl auch Lehrer – das Überleben einer Hamburger Gesamtschule sichern. Die Täuschung mißlang. Ein schwerer Schlag für die Befürworter der Gesamtschulen und auch für den sozialdemokratischen Schulsenator.

Von UWE BAHNSEN

Der jüngste Schlichter im sozialdemokratischen Regierungslager der Hansestadt Hamburg lautet: „Gott schütze uns vor unseren Freunden!“ Diesen grimmigen Satz wählte der SPD-Fraktionsvorsitzende im Land-Parlament, Henning Voscherau, als Überschrift für eine geharnischte Presseerklärung. Der Politiker nahm darin Stellung zur Fälschung von Anmeldezahlen in einer der von der SPD durchgesetzten Gesamtschulen, die damit ihr Überleben erzwingen wollte. Der Fall stelle, so Voscherau, einen „unerhörten und sehr ernstesten Vorgang“ dar; es handle sich um eine „Täuschung von Verfassungsorganen“.

Der Tatort dieses Delikts ist die Gesamtschule Farmsen-Berne. Diese Schule sollte nach dem Willen des Schulsenators Professor Joist Grolle (SPD) langfristig geschlossen werden, da der Standort wegen des mangelnden Interesses der Eltern in die-

sem Stadtteil offenkundig nicht zu halten ist. Gezeigt hatte sich das bei den Anmeldungen für die Jahrgangsstufe 5 zum neuen Schuljahr: Zunächst nur 45, dann 56 Schülerinnen und Schüler sollten nach dem Willen ihrer Eltern künftig diese Schule besuchen – zu wenig für diese Schulform.

Grolle blieb keine andere Wahl, als das „Aus“ für diese Gesamtschule zu verkünden – fünfte Klassen sollten nicht mehr eingerichtet werden, die Schule damit in einigen Jahren auslaufen. Diese Entscheidung des Schulsenators hatte freilich massive Folgen: Es kam zu einer Schulbesetzung, zu Protestversammlungen der Eltern, eine Bürgerinitiative trat auf den Plan, eine Kampagne begann. Der Erfolg schien nicht auszubleiben: Die Anmeldungen stiegen – auf 68 Kinder. Nun hatte Grolle eine von ihm dankbar begrüßte Handhabe, um seine Entscheidung zu kassieren: 68 Kinder – diese Zahl reichte zur Einrichtung von drei 5. Klassen, der Mindestgröße für eine Gesamtschule, gerade noch aus. Sogleich trat die Deputation der Grolle-Behörde, ein ehrenamtliches Mitwirkungsorgan, zusammen und sanktionierte den neuen Stand der Dinge.

Dem CDU-Bürgerschaftsabgeordneten Fridtjof Kelber, Rektor einer katholischen Volks- und Realschule, kam diese neue Zahl merkwürdig vor. Er ging der Sache auf den Grund, verlangte Einblick in die Anmeldebücher der Gesamtschule und die daraus

erstellte Anmeldehilfe in der Behörde. Daraufhin ließ Grolle einen seiner Schulleiter ausdrücken, der die Unterlagen überprüfte.

Kelber: „Es stellte sich dabei heraus, daß 12 Anmeldungen für die 5. Klassen dieser Gesamtschule gefälscht waren. Es handelt sich um fingierte Briefe von Eltern, die angeblich ihre Kinder angemeldet haben und die von der Schulleitung als Anmeldungen akzeptiert wurden, obwohl diese Schüler in ihrer Mehrzahl überhaupt nicht existieren. Der Fälschungscharakter ist so offenkundig, daß ein Irrtum der Schulleitung ausgeschlossen werden muß. Das sind Mafia-Methoden.“

Dem CDU-Politiker war ein schulpolitischer Blattschlag gelungen. Die Schulbehörde mußte bestätigen: „In 12 Fällen wurde manipuliert. Darunter befinden sich z. B. 7 Anmeldungen nicht existierender Kinder.“ Aber es kam noch schlimmer: Grolles Rechercheure stellten fest, daß diese Gesamtschule auch im jetzt auslaufenden Schuljahr gemogelt und sich durch falsche Schülerzahlen eine bessere Versorgung mit Lehrerstunden erschlissen hatte. Bei den Meldungen für die Bundesstatistik im September 1983 und für die Personalanforderungen im März dieses Jahres gab die Schule an, sie habe 76 Schüler. Tatsächlich aber waren es zu den genannten Terminen nur 66 und 65. Gegenwärtig umfaßt die Schule 66 Schüler.

Grolle ordnete sofortige Disziplinarmassnahmen gegen (so die Behörde) „drei Mitglieder der Schulleitungsgruppe“ an und ließ Strafanzeige gegen alle Verantwortlichen, darunter den Vorsitzenden des Elternrats, erstatten. Überdies werden nun auf Anweisung Grolles auch in anderen Gesamtschulen der Hansestadt, deren Anmeldezahlen sich am Rande des „Existenzminimums“ bewegen, die Unterlagen überprüft und stichprobenartig auch die Anmeldehilfen anderer Schulformen, etwa der Gymnasien.

Fraktionschef Henning Voscherau erkannte in seiner schneidenden scharfen Presseerklärung, hier sei „von übereifrigen Anhängern der Gesamtschule in Wahrheit ein Schlag gegen diese Schulform geführt worden“. Die vorliegende „Manipulation eines verfassungsmäßigen Rechtsetzungsorgans“ sei ein „krimineller Fehlgriff, der zu harten Konsequenzen führt“. Senat und Bürgerschaft würden „in ihrer Staatsverantwortung durch Täuschung beeinträchtigt“. Elends ließ Voscherau die peinliche Affäre für die Aktuelle Stunde der nächsten Bürgerschaftssitzung anmelden.

Für die Täuscher von Farmsen-Berne sieht die Bilanz nun so aus: Die Schule wird endgültig sterben; Straf- und Disziplinarverfahren werden folgen. Dazu kommt: Die Gesamtschulbewegung in Hamburg hat ihren bisher wohl schlimmsten Rückschlag erlitten.



Mit „selben Kindern“ macht Hermann Gmeiner einen Rundgang durch das neue SOS-Kinderdorf in Polen. FOTO: GEORG BAUER

Die Idee des Kinderdorfs ist einfach, sie heißt: Mutter

Vor 35 Jahren entstand das erste SOS-Kinderdorf im österreichischen Imst. Heute gibt es über 200 Dörfer in 70 Ländern. Pünktlich zum Jubiläum öffnet das erste Dorf im Ostblock seine Pforten.

Von GEORG BAUER

Das Wort Mutter wollte dem 12-jährigen Robert nicht über die Lippen kommen. Sturheit war das nicht, auch kein kindlicher Trotz. Der polnische Junge, so hatte man den Eindruck, verband mit dem Wort wohl mehr als nur Zuneigung oder gar Liebe. Für ihn bedeutete der Begriff aus seinem Instinkt heraus auch körperliche, leibliche Verwandtschaft. Mochte seine wirkliche Mutter, eine Kriminelle, ihn auch bitter enttäuscht und im Stich gelassen haben, so brachte er es doch nicht fertig, zu Janina Szubryt „Mama“ zu sagen.

Stets wich er aus und nannte sie „Tante“, reserviert und kühl. Die Mahnungen der jungen Polen, sie sei nicht seine „Tante“, sondern seine „Mutter“, fruchteten nicht. Über Monate, fast ein ganzes Jahr durchlebte der 12-jährige das Wechselbad von Gefühl und Instinkt. Dann war der Bann gebrochen. Vor wenigen Wochen, am 26. Mai, am Muttertag, sagte er zum ersten Mal „Mama“.

Janina Szubryt ist eine von insgesamt 15 Müttern, die im südostpolnischen Bilgoraj nahe der Provinzhauptstadt Zamosc etwa 100 Voll- und Sozialwaisen in 15 neuerrichteten Häusern zurück in ein geordnetes Familienleben führen möchten. Vor kurzem wurde die 30-jährige, die jahrelang in Warschau als Buchhalterin arbeitete, von Hermann Gmeiner, dem 65-jährigen Gründer und Präsidenten der SOS-Kinderdörfer, offiziell in die Schar der SOS-Mütter aufgenommen. Offizieller Anlaß war die erste Eröffnung eines SOS-Kinderdorfs im Ostblock. Eine ähnliche Einrichtung gibt es zwar auch in der Tschechoslowakei, doch brach der Kontakt zu dem Dorf, das nach dem Prager Frühling verstaatlicht wurde, fast völlig ab.

Das Dorf in Polen, das zu rund 40 Prozent (eine Million Dollar) durch den Hermann-Gmeiner-Fonds in Deutschland finanziert und im Bezirk Zamosc errichtet wurde – hier ließ einst Heinrich Himmler Tausende polnischer Kinder zur Germanisierung ins Deutsche Reich verschleppen –, wird wohl das letzte sein, das der Vater der SOS-Kinderdörfer in seiner Funktion als Präsident eröffnet wird. Im kommenden Jahr, voraussichtlich im Mai auf der Generalversammlung der Organisation „SOS-Kinderdorf International“, wird der Österreicher den Präsidentenstuhl für seinen Nachfolger, Helmut Kutin, Zögling des Kinderdorfs im tirolerischen Imst, räumen.

Imst, das ist für Gmeiner die Wurzel seiner Arbeit. Von hier aus startete er vor 35 Jahren mit wenigen Hundert-Schilling-Scheinen in der Tasche sein Lebenswerk, dem er auch nach seiner „Pensionierung“ seine ganze Zeit widmen wird. Umlagerter von einer Schar polnischer Kinder, die immer wieder einen Seitenblick auf seine Taschen riskieren in der Hoffnung, doch noch einen der farbenprächtigen Luftballons zu ergattern, meint der Präsident von mehr als 200 Kinderdörfern in 70 Ländern der Erde: „Ich gebe zwar das Amt des Präsidenten ab, doch mein Lebenswerk nicht auf.“

Hierzu hat der von Statur kleine Mann mit den verschmitzten Gesichtszügen auch keinen Grund. Sein pädagogisches Prinzip, in der Einfachheit und Abgeschlossenheit der österreichischen Bergwelt geboren, beruht auf den vier simplen, doch tragfähigen Säulen menschlicher Lebensgemeinschaften: Mutter, Geschwister, Haus und Dorf.

Der Gedanke, SOS-Kinderdörfer ins Leben zu rufen, kam dem Österreicher, dem als Berufsziel einst die Arbeit eines Kinderarztes vorschwebte, nach Ende des Zweiten Weltkrieges angesichts der Massen der Waisen. Die Kinder, so sagte er sich damals und wiederholt es heute mit frappierender Natürlichkeit, brauchen eine Mutter. Oder noch einfacher heißt es bei Gmeiner, der selbst seine Mutter früh verlor: „Weil es die-

se Kinder gibt, muß es auch Frauen geben, die sich der Kinder annehmen.“

Und von diesem erzieherischen Fundament ist seine Organisation, die die pädagogischen Leitlinien in Schulen in München und Innsbruck weiterentwickelt, bisher kein Jota abgewichen. Mag den „Müttern auf Wunsch“ auch mittlerweile pädagogisches und psychologisches Fachpersonal beratend zur Seite stehen, so ruht doch auf ihren Schultern das Wohl und Wehe der Kinder.

Eine im Vergleich zu durchschnittlichen Familien nicht gerade leichte Aufgabe. Schließlich kommen die Kinder, die in den SOS-Dörfern den Weg in die Gemeinschaft finden sollen, aus Heimen oder Familien, die Geborgenheit nur auf der Straße unter Freunden kennengelernt haben.

Familie – das Thema „Mann“ kommt auf. Ist er für eine geordnete Erziehung und die Psychologie der Mutter nicht notwendig? Janina Szubryt zuckt, leicht verlegen, mit den Schultern. Das zölibatäre Leben, zu dem sie sich aufgrund des Status der SOS-Kinderdörfer verpflichtet hat – im Falle der Heirat müssen die Mütter ihre Arbeit aufgeben –, scheint ihr bisher keine psychologischen Schwierigkeiten zu bereiten. Mit ihren erzieherischen Problemen kann sie notfalls zu dem männlichen Leiter des SOS-Kinderdorfs in Bilgoraj gehen. Er soll, ebenso wie in fast allen anderen Dörfern rund um den Globus, der väterliche Ansprechpartner der Kinder sein. Schließlich soll es, auf Wunsch Gmeiners, in den Dörfern heißen: Der Mann muß hinaus ins feindliche Leben – und drinnen waltet die züchtige Hausfrau.

Bei aller Kritik, die immer wieder auch bei den Pädagogen in Polen – an dem Punkt „Mann“ ansetzt und behauptet, daß ohne die Autorität eines Vaters ein geordnetes Familienleben im Kinderdorf eine Illusion bleibt, hält Gmeiner, unterstützt von seinen Mitarbeitern, an der mannlosen Hausgemeinschaft fest. Das Risiko der Ehen ist dem Junggesellen zu hoch. „Sollen die Kinder“, so argumentiert er, „noch einmal das erleben, was sie eben erst durchgemacht haben.“

Präsident Barzel – ein Inbegriff der Würde

Von GEORG SCHRÖDER

Rainer Barzel vollendet am Mittwoch sein 60. Lebensjahr. Das klingt fast unglaublich für jenen, der sich erinnern kann, daß einst eben dieser Barzel von seinen Freunden als ein „politisches Wunderkind“ bezeichnet wurde. Nun ist er seit Jahr und Tag Präsident des Deutschen Bundestages, ja mehr als das: Er ist im Parlament die lebende Verkörperung der Würde dieses Hauses, eine Rolle, die er mit Ruhe und Entschlossenheit ausfüllt.

Rainer Barzel ist wie Strauß, Schmidt, Scheel oder Mende als junger Offizier aus dem Zweiten Weltkrieg in die zertrümmerte Heimat zurückgekehrt, hat studiert und hat sich dann in die Politik gestürzt. Er ist wie alle aus dieser Gruppe hochbegabter Vollblutpolitiker Berufspolitiker geworden. Das klingt heute nicht aufregend, war aber alles andere als selbstverständlich vor 30 Jahren. Diese Männer, gleich in welcher Partei, sahen sich alle als zu den höchsten Ämtern berufen. Sie waren mit einer großen Portion Ehrgeiz ausgestattet und drängten samt und sonders ungeduldig nach vorn.

Es ist daher kein Wunder, daß ihre Laufbahn von dramatischen Knicken nach oben und unten gekennzeichnet war, von Höhen und Tiefen, von dramatischen Betriebsunfällen.

Mit 30 Jahren war der Referendar und Dr. jur. Rainer Barzel in Düsseldorf als Adlatus und Berater des Ministerpräsidenten Karl Arnold Deutschlands jüngster Ministerialrat. Im Alter von 38 Jahren war er für zehn Monate Bundesminister und jüngstes Mitglied des letzten Kabinetts Adenauers. Mit 42 Jahren war er der jüngste unter den CDU-Bewer-

bern um die Nachfolge des Kanzlers Erhard.

Aber schon bei dieser ersten Bewerbung um die Kanzlerkandidatur sprang der damalige Fraktionsvorsitzende Barzel zu kurz. Nur klägliche 26 Stimmen entfielen auf ihn in der Fraktionsabstimmung, vielleicht auch deshalb, weil viele seiner Fraktionskollegen den Sturz Erhards auf das Konto von Barzel und Strauß verzeichneten. Sie hatten noch nicht vergessen, daß im Jahr zuvor auf dem CDU-Parteitag in Bonn 1965 Barzel versucht hatte, die Nachfolge Adenauers im Parteivorsitz zu erobern. Erhard verwehrte ihm das damals.

Der Mann, der die Nachfolge Heinrich von Brentanos im Fraktionsvorsitz angetreten hatte, stellte sich nach diesen Niederlagen ein bescheidenes

res Ziel, das eines mustergültigen Fraktionsvorsitzenden. Kein Zweifel besteht daran, daß die Jahre des Fraktionsvorsitzens Barzel während der Großen Koalition seine Glanzzeit gewesen sind. Die Zusammenarbeit der Fraktionsvorsitzenden Barzel und Schmidt in diesen drei Jahren funktionierte unvergleichlich besser als die zwischen Kanzler Kiesinger und Vizekanzler Brandt.

Dem Oppositionsführer Barzel gelang im Oktober 1971 der zweite Anlauf zum Parteivorsitzenden. Mit der kaum verhüllten Drohung, sonst auch den Fraktionsvorsitz niederzulegen, siegte er auf dem Parteitag in Saarbrücken gegen Helmut Kohl. Barzels Parole des Alles oder Nichts schlug dann aber gegen ihn selber aus, als das konstruktive Mißtrauens-

votum mißlang und als der Kanzlerkandidat Barzel bei der Bundestagswahl 1972 eine schmetternde Niederlage erlitt. Im Mai 1973 zog er notgedrungen daraus die Konsequenzen. Er legte Partei- und Fraktionsvorsitz nieder.

Es folgte der Aufstieg Kohls und dessen Versuch, Barzels politisches Können für die Fraktion zu nutzen. Es folgte auch die Aussöhnung von Barzel mit Strauß, die sich ob Taktik und Strategie bei der Behandlung der Ostverträge bös zerstritten hatten. Barzel als Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses, dann als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses und dann vom Oktober 1982 bis März 1983 Barzel als Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, das waren die konkreten Auswirkungen.

Barzel, der unter Adenauer, wenn auch nur für wenige Monate, gesamtdeutscher Minister gewesen war, der dann mußte, wird die Rückkehr auf diesen Ministerstuhl besonders befriedigt haben. Denn Rainer Barzel ist schwer zu verstehen, wenn man nicht weiß, daß er ein Diaspora-Katholik ist aus Ostpreußen, wo sein Vater wenn auch vergebens mehrfach für die Zentrumspartei kandidierte.

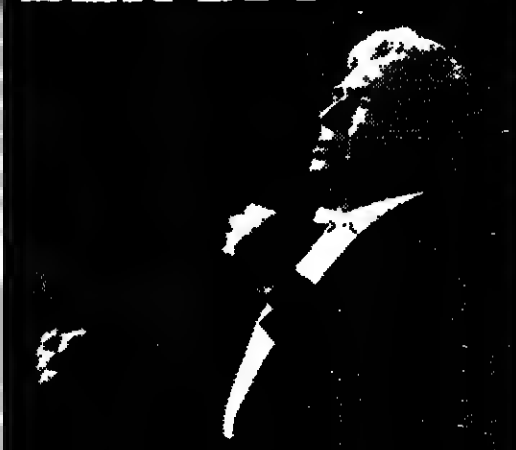
Daß mit ihm, der im letzten Jahrzehnt so viel persönliches Leid durch den Tod seiner Frau und seiner Tochter erlitten hat, der im gleichen Jahrzehnt auch fürchten mußte, daß seine politische Laufbahn gänzlich versandet sei, nun zum erstenmal ein Katholik und ein Mann aus dem deutschen Osten eine der drei Spitzenpositionen der Bundesrepublik Deutschland, die des Präsidenten des Bundestages, inne hat, wird dem nun Sechzigjährigen ein Trost für sein nun beginnendes Alter sein.



Rainer Barzel: Aus dem politischen Wunderkind wurde der Präsident des Deutschen Bundestages. FOTO: DPA

AUFSTAND GEGEN KARAJAN

DER SPIEGEL



Außerdem im Heft dieser Woche:

Lambsdorff-Flick

Eröffnet das Bonner Landgericht das Hauptverfahren gegen den FDP-Grafen auch wegen Bestechlichkeit?

»Das hat doch mit meiner Person nichts zu tun« – ein Porträt des Richters Buchholz, unter dessen Vorsitz die Entscheidung fällt.

Amtspflicht oder private Interessen?

Die denkwürdigen Geschäfte des Jürgen Möllemann, Staatsminister im Auswärtigen Amt.

Freibeträge für die Ausbildung?

PETER PHILIPPS, Bonn

Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms versucht bei den Verhandlungen über eine Steuerreform die Situation der Eltern zu verbessern, deren Kinder sich noch in der Ausbildung befinden. Zwar wird es keine Wiedereinführung des bundeseinheitlichen BAföG für Schüler und Lehrlinge, die zu Hause wohnen, geben. Doch die Ministerin will bei ihrem Kollegen Gerhard Stoltenberg eine „Differenzierung“ bei den Kinderfreibeträgen durchsetzen.

Nach den bisherigen Planungen des Bundesfinanzministeriums soll mit einem einheitlichen Kinderfreibetrag „alles abgegrenzt“ sein. Doch Frau Wilms versucht in zähen Verhandlungen, die Vorstellung einzubringen, daß „Kinder in der Ausbildung mehr kosten“. Außerdem müßte über ein „Surrogat“ für die Eltern nachgedacht werden, für die es keine Möglichkeit der Steuerersparnis gebe. Bereits im Mai hatte sie kritisiert, daß die Probleme junger Familien bei der Diskussion um einen Lastenausgleich zu sehr im Vordergrund stünden. Ihr Staatssekretär Anton Pfeifer sekundiert mehrfach, daß mittelfristig das System der Ausbildungsfreibeträge noch ausgebaut werden müsse.

Als „verfrüht“, teilweise sogar als „Unsinn“ wurde die Meldung in der „Bild am Sonntag“ kommentiert, daß die Bundesregierung schon ab 1985 einen steuerlichen Ausbildungsfreibetrag in Höhe von 900 Mark für 16- und 17-jährige Schüler und Lehrlinge einführen wolle, die zu Hause wohnen. In dem Bericht, der sich auf „Bonner Regierungskreise“ stütze, war außerdem davon die Rede, daß der Ausbildungsfreibetrag für nicht am Wohnort der Eltern lebenden Lehrlinge unter 18 Jahren von 900 auf 1500 Mark, für Auszubildende über 18 Jahren von 1200 auf 1800 Mark erhöht werden soll. Die Gesamtkosten wurden auf 500 Millionen Mark beziffert.

Zwar hatte Bundeskanzler Helmut Kohl vor einigen Wochen selbstkritisch eingeräumt, daß im ersten Elter der Haushaltskonsolidierung unter anderem die Schritte im Bereich der Ausbildungsförderung zu scharf ausgefallen waren. Doch bisher gibt es nach der Aussage von Eingeweihten noch keine Bereitschaftserklärung Stoltenbergs, wirklich eine Differenzierung bei den steuerlichen Freibeträgen einzuführen.

In der gesetzlich vorgeschriebenen Anpassung der BAföG-Sätze war vom Bundestag am 13. April bereits die Anhebung der Freibeträge und Bedarfssätze vom Oktober 1984 an um vier Prozent beschlossen worden. Genau 12 Monate später werden im Rahmen einer Zwischenanpassung die Elternfreibeträge noch einmal um zwei Prozent angehoben. Dementsprechend erhalten vom kommenden Oktober an auswärtig untergebrachte Gymnasiasten und Berufsschüler 510 statt bisher 490 Mark BAföG-Hilfe und ein auswärtig untergebrachter Student 690 statt 660 Mark.

Für die Förderung von Schülern und Lehrlingen, die zuhause wohnen, sind nach einem Beschluß der Regierungschefs seit dem vergangenen Jahr die Länder zuständig. Aber nicht nur von den Betroffenen, sondern auch aus dem Bonner Bildungsministerium ist immer wieder kritisiert worden, daß die bereitgestellten Mittel nicht ausreichen. Nach monatlichen Erörterungen in den zuständigen Landesministerien und Landtagen sind zwar inzwischen überall entsprechende Gesetze erlassen worden, doch dies hat die Diskussion noch nicht beruhigen können. Bundesbildungsministerin Wilms sagte noch vor wenigen Tagen, „nichts“ sei erreicht.

„DDR“ gab für Subventionen fast 22 Milliarden aus

D. D. Berlin
Niedrige Preise für Grundnahrungsmittel, bestimmte Bedarfsgüter und Fahrten in öffentlichen Verkehrsmitteln (20 Pfennig für Omnibus und Straßenbahn) hat sich die „DDR“ im Jahr 1983 rund 21,6 Milliarden Mark Subventionen kosten lassen. Im Haushalt nimmt der Posten „Sicherung stabiler Preise“ den größten Posten ein – allein über zwölf Milliarden Mark für Lebensmittel.

Die von Finanzminister Ernst Höfer (SED) der Volkskammer vorgelegte und, wie üblich, ohne Debatte akzeptierte Haushaltsrechnung für das vergangene Jahr weist einen Überschuß von 720 Millionen Mark aus. Einnahmen von 192,5 Milliarden Mark stehen 191,7 Milliarden Ausgaben gegenüber. Dank erhöhter Arbeitsproduktivität und Senkung der Material- und Energiekosten verminderte der Minister um 4,4 Prozent gestiegenes Nationaleinkommen.

Nach den Subventionen der größten Ausgabe: 11,4 Milliarden für die Verteidigung, knapp 4,5 Milliarden für die „Sicherung der Staatsgrenzen“, 11,1 Milliarden für das Bildungswesen und 9,3 Milliarden für den Wohnungsbau, der ein Gesamtvolumen von 20 Milliarden erreichte. Bis 1990 will die „DDR“ die vorhandenen Wohnungen in ähnlichem Umfang sanieren.

BVG-Präsident warnt vor Katastrophe

Zeidler sieht das Bundesverfassungsgericht vor einer beinahe unlösbaren Aufgabe / Jährlich 4000 Verfassungsbeschwerden

MANFRED SCHELL, Bonn

Das Bundesverfassungsgericht (BVG) in Karlsruhe steht durch eine Vielzahl von Verfassungsbeschwerden vor einer beinahe unlösbaren Aufgabe. Darauf hat der Präsident des höchsten deutschen Gerichts, Wolfgang Zeidler, aufmerksam gemacht. In einem Interview mit der „Deutschen Richterzeitung“ sagte Zeidler: „Es kann zu einer Katastrophe kommen, wenn die Entwicklung so weitergeht“. 1975 seien jährlich noch 1500 Verfassungsbeschwerden eingegangen. Mittlerweile sind die Eingangsahlen auf nahezu 4000 jährlich angestiegen.

Wenn man die Realitäten des Arbeitstages sehe, dann bekomme er „die Sachen in 10er-Bündeln auf den Schreibtisch, dann wird irgendwann der Punkt erreicht, wo sich das Ganze in Sinnlosigkeit verliert“. Andererseits sei die Verfassungsbeschwerde im Grundgesetz verankert und es spreche nichts dafür, hieran etwas zu ändern.

Zeidler äußerte sich in dem Interview auch zum „Stellenwert“ der rechtssprechenden Gewalt. Was die „Funktionalität“ anbelange, so werde der rechtssprechenden Gewalt „bisweilen ein zu hoher Stellenwert beimessen“. Zeidler: „Der Prozess der Verrechtlichung ist inzwischen so weit gediehen, daß es kaum noch ein wichtiges Staatsgeschäft gibt, mit dem die Gerichte nicht in irgendeiner Form befaßt werden. Den Gerichten droht deshalb die Gefahr der inneren funktionalen Überlastung. Denn es gibt Lebensbereiche, die mit juristischen Methoden einfach nicht

mehr erfassen lassen.“ Auf der anderen Seite werde die Justiz „nach wie vor wie ein Aschenputtel behandelt, wenn es um die Zuweisung von Haushaltsmitteln geht“.

Die rechtssprechende Gewalt, so betonte Zeidler, gerate „zunehmend in politikrelevante Bereiche hinein, die ihr früher nicht offengestanden haben“. Je häufiger die Rechtssprechung mit politischen Sachverhalten befaßt werde, „desto stärker gerät sie in das Kreuzfeuer der politischen Auseinandersetzung“. Das BVG sei dadurch, daß es über politisch relevante Sachverhalte urteilt, „enorm politisierte“. Das ergebe sich aus der Struktur und Funktion des Gerichts.

Zeidler: „Andererseits ist im parlamentarischen und politischen Bereich zuweilen deutlich die Neigung zu erkennen, gewisse lästige und schwierige Entscheidungen ganz gerne der Gerichtsbarkeit zu überlassen. Oftmals werden die Gerichte gezwungen, den näheren Inhalt eines Gesetzes zu bestimmen. Der Funktionswachs der Rechtspflege beruht demnach nicht darauf, daß Richter machtwillig oder gar machtgierig sind. Der Funktionswachs wird in der Dritten Gewalt durch die Technik der Gesetzgebung vielmehr aufgedrängt. Ich darf daran erinnern, daß die rechtssprechende Gewalt im Bereich des Arbeitsrechts vom Gesetzgeber völlig im Stich gelassen ist.“

Zeidler widerspricht der Annahme, die demokratischen Spielregeln, nach denen die Minderheit die Entscheidungen der Mehrheit hinnehmen hat, seien außer Kraft gesetzt. „Sie sind nicht außer Kraft gesetzt, sie werden aber zunehmend problematisiert. Im Zusammenhang mit der Nachrüstung ist, auch ich habe ihn gebraucht, der Begriff des Unbestimmbar aufgekommen.“ Den demokratisch legitimierten Entscheidungsträgern werde die Kompetenz abgesprochen, bestimmte Lebenssachverhalte zu regeln, indem man sage, daß dies ein Bereich sei, über den die Mehrheit nicht entscheiden könne.



Wolfgang Zeidler, Präsident des Bundesverfassungsgerichts

FOTO: DPA

„Aber die Frage ist eben, wo hört werden aber zunehmend problematisiert. Im Zusammenhang mit der Nachrüstung ist, auch ich habe ihn gebraucht, der Begriff des Unbestimmbar aufgekommen.“ Den demokratisch legitimierten Entscheidungsträgern werde die Kompetenz abgesprochen, bestimmte Lebenssachverhalte zu regeln, indem man sage, daß dies ein Bereich sei, über den die Mehrheit nicht entscheiden könne.

Begabung und Motivation als Studien-Voraussetzung

Aufnahme-Test in Koblenz / Neues Fach in Herdecke

PETER PHILIPPS, Bonn

Fünf Angemeldete waren nicht erschienen – so blieben es 115 Bewerber für einen Studienplatz an der neuen Privatuniversität in Koblenz, die am Wochenende im Gebäude der örtlichen Debatka vier Stunden über der schriftlichen Aufnahmeprüfung testeten. Bei den vom Institut für Test- und Begabungsforschung ausgearbeiteten Fragen wurden u. a. die Fähigkeiten zum induktiven und deduktiven Denken, zur raschen Erfassung komplexer Fachtexte und zum „sicheren und differenzierten Umgang mit der deutschen Sprache“ getestet, außerdem „angemessene“ Sprachkenntnisse in Englisch und Französisch.

Professor Udo Glittenberg, einer der Motoren der Koblenzer Neugründung, war mit dem ersten Eindruck der Aspiranten zufrieden, die „sehr konzentriert gearbeitet“ hätten. Zwischen dem 10. und dem 12. Juli folgt die mündliche Prüfung. Zwei halbstündige Einzelgespräche, Referate im Kreis von drei Mitbewerbern und Diskussionen darüber füllen für jeden Kandidaten einen ganzen Tag aus. Jeder Prüfer – zu denen später einmal auch die Alumni, die Absolventen der Koblenzer Hochschule gehören sollen – muß 14 Stunden reine Prüfungsarbeit bewältigen. Anders als bei staatlichen Universitäten gibt es keine Begründung für die Annahme oder Ablehnung.

Während also an der „Wissenschaftlichen Hochschule für Unternehmensführung“ in Koblenz die Vorbereitungen für den Tag X am 1. Oktober auf Hochtour laufen, ist die Konkurrenz in Witten/Herdecke schon einen Schritt weiter: Nachdem seit einem Jahr bereits der Studienbetrieb im Fach Medizin abläuft, ist am Wochenende auch die

wirtschaftswissenschaftliche Fakultät feierlich eingeweiht worden. Vor etwa 250 Gästen, unter denen auch zahlreiche Vertreter aus der fordernden Wirtschaft vertreten waren, steckte Gründungsdekan Eckehard Kappler, als Wirtschaftswissenschaftler vorher Ordinarius an der Gesamthochschule Wuppertal, Rahmen und Ansprüche der Herdecke-Erweiterung ab. Die Fächer Zahnmedizin, Physik und Chemie sollen im Verlauf der nächsten Monate folgen.

Vor allem soll sich die neue Fakultät, in der nach neun Semestern das Examen als Diplom-Oekonom abgelegt werden soll, auf die Herausforderung einstellen, daß „weder Wirtschaftspolitik noch Wirtschaftstheoretiker befriedigende Antworten auf die Probleme struktureller Arbeitslosigkeit, Staatsverschuldung, der weltwirtschaftlichen Kooperation und Ökologie“ finden. Immer noch gelte die Theorie „als das Ausgedachte, dem immer nur neues Ausgedachtes hinzugefügt“ werde. Propagiert wird als Ziel für die Herdecke Studenten: „Nur wenn geschichtsbewußt die Bestimmungsgründe der Praxis erforscht werden, kann die in ihr enthaltenen sogenannten Sachzwänge als selbstgemachte Verkürzungen gesehen und so beginnen, die selbstverschuldete Unmündigkeit in neuer Praxis zu überwinden.“

25 Studenten nimmt Herdecke jährlich im Fach Wirtschaftswissenschaften auf. Für die Bearbeitung der Bewerbung wird zwar eine Gebühr von 95 Mark erhoben, doch dank der fundierten finanziellen Ausstattung wird vorerst keine Studiengebühr erhoben. Aber dafür ist ein mehrstufiges Auswahlverfahren vorgeschaltet, um die Plätze an die wirklich „begabtesten und motiviertesten“ jungen Menschen zu vergeben.

Kein Konzept für „offene Grenzen“

Sicherheitsbedenken beim BGS / Im Vorjahr allein 15 000 Kriminelle gefaßt

BERND HUMMEL, Eschwege

An Absichtserklärungen, Forderungen und Appellen hat es im Vorfeld der Wahlen zum Europa-Parlament nicht gefehlt, doch die Vision vom „Europa der offenen Grenzen“ hat derzeit kaum Chancen, zur Realität im europäischen Alltag zu werden. Zu groß, weiß man im Bundesinnenministerium, seien die Sicherheitsbedenken und: „Für eine solche Situation gibt es bislang kein Konzept.“

Freimütig rät man im Innenministerium zu „mehr Gelassenheit in diesem Punkt“ und gesteht zu, daß man jetzt nach den Wahlen zum Europa-Parlament eine nüchternere Einschätzung durch die Politiker erwarte. Tatsächlich ist dort – wie auch im Außenministerium – allenfalls von Erleichterungen bei den Grenzkontrollen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft die Rede. So wird denn auch die Frage nach den Chancen für den Abbau der Schlagbäume eindeutig beantwortet: „Das ist derzeit nicht machbar, wir brauchen die Grenzkontrollen.“

„Gehörige Kosten“

Terrorismus, Schmuggel, Kriminalität – unter diesen Stichworten lassen sich Belege für die Notwendigkeit der Beibehaltung der grenzpolitischen Kontrollen finden. Nicht zu Unrecht wies Minister Zimmermann bei der Vorlage des Tätigkeitsberichts 1983 des Bundesgrenzschutzes darauf hin, daß der an den Kontrollpunkten tätige Grenzschutz-Einzeldienst überaus erfolgreich sei. Denn an den 709 Grenzübergangsstellen – davon 22 in die „DDR“ und 8 in die CSSR – seien im Vorjahr mehr als 87 000 Aufgriffe registriert worden, davon mehr als die Hälfte „Initiativgriffe“, also jene Festnahmen, die der Aufmerksamkeit des ausgezeichneten Personals des Einzeldienstes zu verdanken sind.

Der Leiter des Grenzschutzamtes Aachen, Polizeioberst Klaus Severin, bringt die Erfahrungen seiner Beamten auf einen Nenner: „Der Kriminelle benutzt selten die grüne Grenze, er reist zumeist über den Grenzübergang.“ Also: Wenn nicht am Grenzkontrollpunkt, wo eigentlich dann sollen Straftäter – im Vorjahr knapp 15 000 – künftig noch aufgegriffen werden?

Dennoch bekennet sich Severin zu dem seit Juli 1983 an der Grenzschutzstelle Aachen/Autobahn Nord praktizierten „modifizierten Kontrollverfahren“ für Staatsangehörige der EG, das sich noch in der Erprobung befindet. Dort nämlich werden – ebenso wie auf dem Flughafen Frankfurt und an der Grenzschutzstelle Perl – EG-Staatsangehörige sowie österreichische und Schweizer Staatsbürger grundsätzlich bei der Einreise nicht mehr kontrolliert. Die Beamten beschränken sich auf die sogenannte Sichtkontrolle nach wechselnden Fahndungsschwerpunkten. Oberste Maxime: Wer nicht kontrolliert werden soll, der soll auch nicht warten.

Offene Grenzen in Europa? „Von heute auf morgen geht das nicht“, glaubt auch der Bundesbeauftragte für den Grenzschutz-Einzeldienst innerhalb des Bundesgrenzschutzverbandes, Walter Schumann (Libé). Wer die Schlagbäume abbauen, aber dennoch einen gleichbleibenden Sicherheitsstandard garantieren wolle, der müsse „finanziell und personell den Staat ganz gehörig zur Kasse bitten“. Schon heute, beklagt Schumann, fehlten dem Grenzschutz-Einzeldienst etwa 1000 Beamte, denn: „An manchen Übergängen ist der Beamte allein – da wird wegen der angespannten Personalsituation die Eigensicherung grüßlich verletzt.“ Wenn

die Grenze des Unbestimmbar auf und wo verliert das Demokratieprinzip seine innere Berechtigung, seine Legitimität? Zeidler erläuterte, Teile der Friedensbewegung bestreiten der Mehrheit das Recht, Beschlüsse zu einer Aufstellung von Atomraketen zu fassen, andere wiederum behaupteten, das Aufstellen von Raketen mache den Frieden sicherer. „Hier also wird die Grenze dessen, was nach dem Demokratieprinzip als abstimmungsfähig oder als nicht mehr abstimmungsfähig anerkannt wird, aufgedeckt.“

Ausgehend von dem Aspekt, daß die Aufhebung von Gesetzen – zum Beispiel des Volkszählungsgesetzes – sehr teuer werden könne, antwortete Zeidler, die Demokratie sei „überhaupt eine sehr aufwendige Staatsform“. Und auch der Rechtsstaat sei sehr teuer. „Wieviel Richter werden tagtäglich mit im Grunde unwichtigen Rechtsfragen befaßt? Wieviel Querulanten haben wir, die unsere Gerichte beschäftigen und die trotzdem beschieden werden. Das alles kostet wahnsinnig viel Geld, führt aber in der Summe zu der rechtsstaatlichen Qualität, die unsere demokratische Staatsform von den totalitären Staatsformen unterscheidet.“

Zeidler wurde in dem Interview auch danach gefragt, ob er als Mitbegründer des SDS einmal eine Wendung von dem „Reformer aus SDS Zeiten“ zu dem „mehr abwägenden Bewahrer“ vollzogen habe. „Das hat es sicher gegeben, insofern als ich älter geworden bin. Aber ich glaube nicht, daß ich mich sehr geändert habe.“ Damals, vor 34 Jahren, sei in der

Richterschaft eine „gewisse Politikfremdheit“ festzustellen gewesen. „Wir lebten damals noch unter Adenauer in den fünfziger Jahren in einer restaurativen Epoche. Ausdruck dessen waren auch Teile der Rechtssprechung des Bundesgerichtshofes, die ich innerlich sehr ablehnte.“ Er denke dabei an die „entsetzliche Rechtssprechung zum Ehescheidungsrecht, die mich als Zivilrichter sehr hat leiden lassen“.

Zeidler nahm auch zu der Frage Stellung, ob sich Richter exponiert öffentlich äußern sollten und zwar in politisch relevanten Angelegenheiten. Neben dem Grundrecht der freien Meinungsäußerung stehe das Verfassungsprinzip einer funktionstüchtigen Rechtspflege. „Diese verlangt die Glaubwürdigkeit des Richtertums und setzt Neutralität, Distanz und Objektivität voraus. Dabei reicht es nicht aus, daß die Neutralität vorhanden ist, sie muß auch glaubwürdig sichtbar gemacht werden. In diesem Sinne besteht die Gefahr eines Glaubwürdigkeitsdefizits, wenn sich Vertreter der rechtssprechenden Gewalt betont kämpferisch äußern.“

Für seine Person, so sagte Zeidler, würde er folgende Grenze ziehen: „Ich wäre tolerant gegen distanzierte argumentative Beiträge zur öffentlichen Diskussion, würde es aber kritisch sehen, wenn ein Richter an der direkten kämpferischen Auseinandersetzung teilnähme. Die Richterschaft ist inzwischen insgesamt auf der Suche nach einem Kodex standesgerechten Verhaltens, und das halte ich im Prinzip für gut so.“

Wenig Alternativen

Europa-Politiker sehen dagegen die Notwendigkeit der Grenzkontrollen und der Sicherheitsinteressen schon längst nicht mehr ein. Katharina Focke (SPD), Mitglied des Europäischen Parlaments, reklamiert: „Wenn man den Personaleinsatz und Gesamtaufwand mit den Resultaten vergleicht, so ist die Erfolgsquote im Vergleich zur allgemeinen polizeilichen Tätigkeit und derjenigen spezieller Fahnder bescheiden.“ Und Egon Klepsch (CDU), Vizepräsident des Europäischen Parlamentes, ergänzt: „Das Europa der Gemeinschaft kann kein Europa der Grenzhürden sein. Je mehr wir uns dem Ziel der europäischen Union nähern, desto weniger passen Schlagbäume an den Binnengrenzen in die Landschaft.“

Nur: An Alternativen haben derzeit weder die Europa-Politiker noch die zuständigen Ministerien Ausichtsreiches anzubieten. Beim BGS hat man im Gegensatz zu den Ministerien wenigstens den Personalbedarf des Grenzschutz-Einzeldienstes bei einem „Europa der offenen Grenzen“ hochgerechnet. Walter Schumann: „Eine solche Situation setzte die Verdoppelung des Personals von derzeit rund 3000 Mann auf 6000 Beamte und mehr voraus.“ Allerdings: Diese personelle Konsequenz läßt sich derzeit in den Haushaltsplänen noch nicht finden.

Seien zu Baulandkäufen und Projekten ermutigt, aber nicht in die staatliche Förderung aufgenommen werden. Von 300 Millionen Mark, die wieder zurück ins übrige Bundesgebiet fließen, ist die Rede. Die Anlegerbranche führt bei Dieppen Klagen über einen drohenden „immensen Vertrauensverlust“.

Die Staatsanwaltschaft geht in diesen eine für Berlin Ansehen noch weit folgenreichere Entwicklung nach. Zwar gelten formal nur noch elf Häuser in der Stadt als besetzt, aber in vielen der 68 durch Verträge „angeblich“ befriedeten Häuser schallte die Kriminalitätsrate nach oben. Zur Zeit sind in Berlin noch 1300 Strafverfahren wegen Hausfriedensbruchs und Sachbeschädigung anhängig.

Kanzler Kohl in Großbritannien sehr beliebt

dpa, London

Bundeskanzler Helmut Kohl ist in Großbritannien sehr beliebt. Das hat eine Meinungsumfrage ergeben, die gestern von der „Sunday Times“ veröffentlicht wurde. Nachdem in den vergangenen Wochen des Europa-Wahlkampfes die Briten bei Meinungsumfragen in Frankreich und Italien schlecht weggekommen waren, hatte die Zeitung unter mehr als tausend Briten eine eigene Umfrage gestartet und dabei mit Ergebnissen festgestellt, daß Bundeskanzler Helmut Kohl in der Gunst der Engländer sehr hoch steht.

Von 14 genannten ausländischen Regierungen- und Staatschefs steht Kohl an erster Stelle. Ihm folgen Indira Gandhi, Ronald Reagan, François Mitterrand und Deng Xiaoping. Die letzten drei Plätze nehmen Fidel Castro, Ayatollah Khomeini und der libysche Oberst Khadaffi ein. Die beliebtesten Länder sind die Schweiz, Schweden und die Bundesrepublik Deutschland vor den USA und Italien, die drei unbeliebtesten Länder Israel, Algerien und die Sowjetunion.

Militärparade vor 70 000 Berlinern

F. D. Berlin

Unter starken Sicherheitsvorkehrungen hat am Wochenende in Berlin die jährliche Militärparade der amerikanischen, der britischen und der französischen Schutzmacht stattgefunden. Rund 70 000 Berliner verfolgten den traditionellen Aufmarsch auf der Straße des 17. Juni. Angeführt von Musikkapellen, zogen 3500 Soldaten, 70 Panzer und zahlreiche Kampfwagen an den drei alliierten Stadtkommandanten vorbei.

Am Vorabend des Aufmarsches hatten verschiedene alternative Gruppierungen zu einer Gegendemonstration aufgerufen, die unter dem Motto stand: „Fianchi für Aufrüstung und Militarismus“. An dieser Kundgebung nahmen lediglich 2000 Personen teil. Sechs Teilnehmer wurden festgenommen, weil sie Farbpulver geworfen und Nationalfahnen verbrannt hatten.

Ostblock-Manöver in Ungarn geplant

dpa, Budapest

In Ungarn werden nach einer Meldung der amtlichen Nachrichtenagentur MTI in Kürze Einheiten der ungarischen, tschechoslowakischen und der sowjetischen Streitkräfte „kombinierte Aufmarsch- und Kampfmanöver“ abhalten. Wie die Agentur am Wochenende weiter berichtete, werden insgesamt rund 16 000 Mann an dem gemeinsamen Manöver unter dem Kennwort „Donau '84“ teilnehmen, das laut Ausbildungsplan der Staaten des Warschauer Paktes, Sowjetmarschall Viktor Kulikow, beabsichtigt.

In Westungarn, nahe der österreichischen Grenze, wurde erst vor drei Wochen unter dem Namen „Sopron (Ödenburg) '84“ ein taktisches Manöver unter Teilnahme von rund 8000 ungarischen Soldaten einschließlich einberufener Reservisten abgehalten. Diese militärische Übung wurde auch vom Oberkommandierenden der Streitkräfte des Warschauer Paktes, Sowjetmarschall Viktor Kulikow, beobachtet.

„Altersversorgung nicht drosseln“

AP, Stuttgart

Auf die Möglichkeit einer Erhöhung des Renteneintrittsalters und eines Beitrages der Beamten zur Altersversorgung hat der Vorsitzende des Sozialbeirats der Bundesregierung, Professor Helmut Meinhold, hingewiesen. Er wandte sich am Sonntag im Süddeutschen Rundfunk gegen eine Verunsicherung der Rentner und betonte, die Altersversorgung dürfe nicht gedrosselt werden. Notfalls müßte das Renteneintrittsalter „kräftig erhöht“ oder es müßten auch die Beitragssätze zur Sozialversicherung angehoben werden. Meinhold bezog sich damit auf die Zeit nach 1980.

Die Beiträge zur Altersversicherung könnten nach Meinung des Professors um zwei bis vier Punkte heraufgesetzt werden, wenn es das wirtschaftliche Wachstum erlaube. Vor allem aber müßten auch die Nebenleistungen der Sozialversicherung durchleuchtet werden. Das gelte besonders für die Erwerbsunfähigkeitsrenten, bei denen mancher Mißbrauch getrieben werde, der zu ungerechtfertigten Belastungen der Sozialversicherung führe. Meinhold sagte, auf längere Sicht sei es notwendig, auch von den Beamten einen Beitrag zu ihrer Altersversorgung zu verlangen.

Eine Umfrage macht Dieppen Hoffnung für 1985

Von H. R. KARUTZ

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Dieppen, hat die ersten 10 Amtstage im Rathaus Schöneberg gut hinter sich gebracht. Der beherrschende Eindruck über das neue Regiment: Publikums-wirksame Fehler gab es bisher nicht – bis auf einen, der das bisherige unerschütterte Ansehen des Senats als eines Erfolgs-Teams tangiert.

Denn einer der wichtigsten Männer am Senatstisch kündigte sein Ausscheiden an: Finanzsenator Gerhard Kunz, enger Vertrauter von Helmut Kohl, geht im Frühjahr. Unterdessen besucht SPD-Kandidat Hans Apel die Berliner-Schule. Die jüngste Umfrage aber läßt den Senat dennoch hoffen, daß Dieppen auch am 10. März 1985 der Primus bleiben könnte.

Bis auf eine lokale Radiostation nahm in der Stadt niemand vom Ablauf der ersten 10 Dieppen-Tage vor zwei Wochen Notiz. Weil der Senat-Motor, von Weizsäcker eingestell, wie bisher „rund“ läuft, schien kein Analyse-Bedarf vorhanden. Berlin ist nach Weizäckers Wechsel zur Tagesordnung übergegangen – aber sie heißt nicht Dieppen. Zwar macht er sich allenthalben in der Stadt bekannt – vom „Bierstübli“ eines Hotels bis zum protokollierten Empfang

für fernöstliche Zoo-Drachen –, aber von seiner Regierungserklärung ist beispielsweise im öffentlichen Bewußtsein nicht viel „hängengeblieben“.

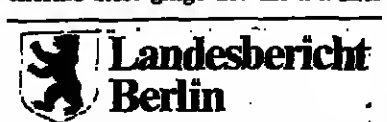
Die angekündigte Politik der „etwas größeren Schritte“ gegenüber Ost-Berlin läßt sich nicht führen, weil die „DDR“ zur Zeit keinerlei spektakuläre Schritte wünscht. So bleibt es zunächst bei der Zuarbeit des Senats für die Themenliste, die das Kanzleramt für den möglichen Besuch Erich Honeckers im September schreibt und auf der auch Berliner Wünsche ihren Platz haben.

So muß das innere Feld bestellt werden, auf dem nun Finanzsenator Kunz die Pflichten aus der Hand legen will. Seine Rücktrittsankündigung – mit der Girlande versehen, noch für eine „Übergangszeit“ bereit zu sein – kam für Dieppen zum ersten Mal und das der CDU war bisher der auch nach Weizäckers Entscheidung für Bonn unverzichtbar gebliebene Senat.

Gewiß sah Kunz auch, daß seine Warnrufe um den guten Willen der Bundesregierung und vor allem die Einsichtigkeit von Stoltenberg bezüglich der Berliner Extrawünsche zu verhallen drohten: Denn der Senat brach beispielsweise – unter dem vorauseherbaren Druck der öffentlichen

Meinung in Berlin – sein in Bonn gegebenes Versprechen, weitere S-Bahn-Linien-Premieren von einem umfassenden Verkehrskonzept abhängig zu machen.

Statt dessen wurde am 1. Mai eine weitere Linie in Betrieb gesetzt, am 1. Oktober folgt eine weitere und – rechtzeitig vor den Wahlen – am 1. Februar 1985 eine vorerst letzte Strecke. Im Bundesetat sind jedoch nur rund 60 Millionen Mark als Betriebskostenzuschuß eingestellt. Der enorme Rest ginge auf die Berliner



„Kappe“, müßte jedoch via Bundeshilfe möglichst bald doch wieder auf das Senats-Konto geleitet werden. ...

Anfechtungen dieser Art mochte sich Kunz wohl nicht aussetzen. Der Flügel, auf den sich Dieppen verlassen kann, verübt Kunz anscheinend noch immer, daß er sich seinerzeit aus wohlverwogenen Gründen für Hanna-Renate Laurien als Weizäcker-Nachfolgerin eingesetzt hatte.

Die jüngste Enkidid-Umfrage bestätigt Dieppen in seinem eigenen politischen Überlebens-Plan:

1. Es existieren in der Stadt zwei nahezu gleich starke Blöcke: das bürgerlich-liberale Lager der Senats-Parteien und der sozial-alternative Block derer, die sich links von der Mitte sehen.

2. Die FDP scheint mit ihrer Methode, den „freundlichen Elefanten“ CDU masovoll zu dirigieren, auf Beifall zu stoßen: Selbst bei den Erststimmen zählte sie, Anfang April jedenfalls, eine 4 vor dem Komma.

3. Hans Apel trifft auf erstaunliche Resonanz und nicht, was denkbar gewesen wäre, sprachlose Gleichgültigkeit. „Die Berliner sind bereit, der SPD wieder zuzuhören“, fand er bisher: Sie muß ihnen allerdings, und dieses Problem soll Apel bewältigen, etwas zu sagen haben.

4. Die CDU sucht sich, weil sie dort 1981 bemerkenswert schlecht abschnitt, zwei Zielgruppen aus: berufstätige Frauen zwischen 25 und 35 und die alleinstehenden Frauen über 65. Überdies will Dieppen die verbliebene Berliner Industriebelegschaft vollends der SPD abspenstig machen.

Dieppen selbst will sich nicht der Gefahr aussetzen, den SPD-Widersacher aufzuwerten. Er lehnte es strikt ab, am 16. Juni im Sender Freies Berlin mit Apel zu streiten. Prompt sprach der Ex-Minister vom „Knei-

DIE WELT (USPS 405-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar \$45.00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07622. Second class postage is paid in office. POSTMASTER: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07622.

Eliten im Ostblock: Die Ideologie der Gleichheit verteuert jeden Gedanken an Führungsschichten als bourgeoise Unterdrückungsmethode. Aber schon Lenin hielt immerhin „Avantgarde des Proletariats“ für notwendig. So stellten bereits die Arbeiter- und Soldatenräte unmittelbar nach der Oktoberrevolution die Etablierung einer neuen Auslese dar. Und der „real existierende Sozialismus“ hat mit seinen „Kadern“ noch unverblümt die eigene Ideologie verabschiedet. Dabei fällt in der Sowjetunion wie in der „DDR“ auf, daß die Partei-Elite der eigentliche Machtträger ist, während die wissenschaftlich-technische Elite nur „zweite Wahl“ darstellt. In beiden Staaten gibt es aber auch Unterschiede.

Mancherlei Absonderliches in der Auswahl der „Gleichen“

Von WOLFGANG SEIFFERT

Das Elitenproblem in der DDR ist von den allgemeinen Widersprüchen des „real existierenden Sozialismus“ gekennzeichnet. Einerseits beruht das System zu seiner Legitimation auf der Urväter der sozialistischen Heilslehre, auf Marx und Engels, deren Utopie eine egalitäre Gesellschaft gleicher Menschen war. Andererseits ist die Praxis aber von einer differenzierten Leistungsgesellschaft gekennzeichnet, die bewußt auf Elitenbildung, Einkommensunterschiede, ein differenziertes Belohnungs- und Privilegiensystem ausgerichtet ist.

Einerseits wird jede Elitetheorie schlicht als „bürgerliche Theorie“ diffamiert, die das Volk für unfähig hält, eigenständige, schöpferische Leistungen hervorzubringen (so z.B. das „Kleine Politische Wörterbuch“ der DDR in seiner dritten, 1978 in Ost-Berlin erschienenen Auflage, S. 197). Andererseits versteht man die Partei- und Staatsbürokratie als die für das System des „realen Sozialismus“ unerlässliche „strategische Elite“, ohne die das System nicht existieren könnte, mit der man aber nahezu alles „organisieren“ kann.

Den Hintergrund dieses Elitenverständnisses in der DDR bildet ein Menschenbild der SED und ein sich hieraus ergebendes Demokratieverständnis, das die Mehrheit der Bevölkerung für politisch unfähig hält, die notwendigen geschichtlichen Entwicklungsprozesse zu vollziehen. Deshalb bedarf es einer „Avantgarde“, einer Vorhut, nämlich der kommunistischen Partei, die „theoretisch vor der übrigen Masse“ die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die Resultate der Entwicklung haben soll. Dieses Selbstverständnis, die Prinzipien und Struktur der kommunistischen Partei überträgt man mit der Eroberung der politischen Macht allmählich, aber konsequent auf den Staat, die Wirtschaft, die gesamte Gesellschaft. Diese wird durch eine entsprechende Bürokratie, die „strategische Elite“ oder auch die „Kader“ geleitet.

Abschied von der alten Garde

„Kader“ sind nach dem Selbstverständnis der SED „Menschen, die die Verantwortung für die Leitung eines Kollektivs tragen“ und die als haupt- oder ehrenamtliche Kräfte in ihre Funktion in Partei, Staat und Wirtschaft berufen werden (Kleines politisches Wörterbuch, S. 420). Solche „Kader“ sind auch „Nachwuchskräfte“ sowie Werkstätige mit einer Hoch- oder Fachschulbildung, die auf Grund ihrer politischen und fachlichen Kenntnisse und Fähigkeiten planmäßig für Leitungsfunktionen entwickelt werden“ (ebenda). Es versteht sich, daß das politische System der DDR vor allem auf die politische und ideologische Bindung dieser Elite an die kommunistische Partei legt und sie auch materiell an sie ketzt und so bewußt die Herausbildung einer dem System treu ergebenen Elite anstrebt.

In den Anfängen der DDR rekrutierten sich die Angehörigen dieser „Nomenklatura“ der DDR vor allem aus der alten Garde der Kommunisten der Weimarer Republik, und hier stand oft die „ideologische Zuverlässigkeit“ im Sinne der unbedingten Treue gegenüber der SED und die bedingungslose Disziplin gegenüber der politischen Orientierung durch die Sowjetunion (bei Vernachlässigung der fachlichen Qualifikation) im

Vordergrund. Doch mit dem Fortschreiten des Aufbaus eines eigenen Staates in Deutschland gewann die Heranbildung fachlich hochqualifizierter „Kader“ immer größere Bedeutung, wobei die SED-Führung die Entwicklung einer eigenen Intelligenz stets mit deren ideologischer Ausrichtung zu verbinden suchte.

Bei der Verwirklichung dieser Zielsetzung verfuhr die SED stets zweigleisig: Einmal entwickelte sie ein allgemeines Bildungssystem, das die allgemeine polytechnische Oberschule, die Berufs- und Erwachsenenbildung, die Hoch- und Fachschulen einschließlich der Bibliotheken und Kulturhäuser umfaßt; zum anderen entstand ein spezifisches System der politischen Elitenbildung, das ein besonderes Bildungssystem, das sich nach den Bereichen Partei, Staat, Wirtschaft, Armee, Polizei differenziert. Das allgemeine Bildungssystem ist zwar bewußt auf die „Erziehung zum Sozialismus“, auf die Herausbildung des „sozialistischen Menschen“ programmiert. Aber zu einer Förderung besonderer Begabungen und zur Elitenbildung führt dieses System nur in bestimmten Grenzen: etwa durch die Bildung von Musikschulen, von Sprachschulen, Mathematikschulen oder Sportschulen, die sich der auf diesen Gebieten besonders Begabten annehmen.

Für Begabte ist das Studium eine Qual

Eine gewisse Auslese erfolgt auch dadurch, daß die Begabten unter den Schülern der allgemeinen Polytechnischen (10jährigen) Oberschule auf die erweiterte (12jährige) Oberschule delegiert werden, die mit dem Abitur abschließt. Das Studium an den Universitäten kennt solche Ausleseformen und Begabtenförderung nur selten, etwa durch besondere Stipendien und die sogenannte jährliche Doktor-Absprache. Im übrigen gilt auch heute noch die von dem DDR-Wissenschaftler Professor Kuczyński schon vor Jahren getroffene Feststellung, das Studium an den Universitäten der DDR produziere einen „ausgezeichneten Durchschnitt“, aber für überdurchschnittlich Begabte sei es eine Qual. Dies hängt vor allem damit zusammen, daß den besonders Begabten an den Universitäten der DDR die „sozialistische Verpflichtung“ trifft, den weniger Begabten zu helfen, gute Ergebnisse zu erzielen. Die Möglichkeiten zu eigenständigem Studium für Begabte sind aber durch administrative Vorschriften sehr beschränkt.

Die politische Führung der DDR stützt sich denn auch bei der Auswahl ihrer Nachwuchselite weniger auf die allgemeinen Universitäten, sondern auf die speziellen Bildungseinrichtungen in den verschiedenen Bereichen der politischen Struktur. Oder man läßt Universitäts-Absolventen, bevor diese in den Zentren der Partei, Staats-, Wirtschaftsinstitutionen usw. etabliert werden, eine zusätzliche Ausbildung in diesen speziellen Bildungsinstitutionen durchlaufen. Hier sind vor allem zu nennen: die Parteihochschule der SED in Ost-Berlin; die Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft in Potsdam-Babelsberg; die Staatsfunktionäre „qualifiziert“ und die Diplomaten der DDR auszubilden; die Militärakademie in Dresden; eine Reihe Offiziershochschulen der DDR-Armee und der Volkspolizei. Hinzu kommt die regelmäßige Entsendung einer begrenzten Zahl ausgewählter Studenten und Nachwuchskräfte zum Studium an die

Universitäten und speziellen Bildungseinrichtungen in der UdSSR.

Eine besondere Rolle spielt die Akademie der Wissenschaften der DDR, die keine Ausbildungsstätte, sondern eine reine Forschungsinstitution ist, aber gerade auf diese Weise eine besondere Gruppe der Wissenschaftselite der DDR darstellt. Auf diese Weise ist es der SED-Führung in den 35 Jahren der Existenz der DDR zweifellos gelungen, eine zahlenmäßig umfangreiche und fachlich hochqualifizierte Elite zu bilden, die bei der unvermeidlich kommenden Systemauseinandersetzung um die politischen Strukturen des künftigen vereinigten Deutschlands einen Faktor von weitreichender Bedeutung darstellen dürfte.

Allerdings enthält dieser Faktor auch für die SED selbst brisante Elemente. Vor allem die ideologische Bindung dieser Elite an die Machterben der SED-Politbüro wird zunehmend schwieriger, liegt es doch auf der Hand, daß diese Elite besonders leicht die Perspektivenlosigkeit des DDR-Systems erkennt. Andererseits entspricht es der besonderen Interessenlage der Elite, soweit sie ihre persönliche Perspektive mit dem DDR-System verknüpft hat, am Ziel eines sozialistisch-kommunistischen Gesamtdeutschland festzuhalten und nach Wegen zu suchen, diesem Ziel noch in dieser Generation näher zu kommen.

Hinzu kommt als neues Problem, daß die wirtschaftspolitische Orientierung der SED-Führung auf den wissenschaftlich-technischen Fortschritt (als dem Hauptfaktor für Wachstum und Effektivitätssteigerung) zu neuen Fragestellungen auch bei der Elitenbildung geführt hat.

Soziale Unterschiede in Kauf genommen

So werden seit einiger Zeit in der DDR Thesen vertreten, die weit über das bisherige Elitenverständnis und die bisherige Elitenbildung hinausgehen. Hierzu muß man vor allem die Forcierung der Begabtenförderung rechnen, der seit einiger Zeit das Wort geredet wird. Sie wird vor allem darin gesehen, nicht mehr, wie bisher, Hoch- und Fachschulabsolventen einfach mit der „Intelligenz“ gleichzusetzen. Vielmehr soll bewußt die Herausbildung einer wissenschaftlichen Elite betont werden, die bei der konsequenten Förderung von Talenten beginnt und bis zu besonderen Einkommensverhältnissen und individuellen Lebensweisen reichen soll. Dabei wird – was fast sensationell anmutet – offen davon gesprochen, daß eine solche Elitenbildung zur „Ausprägung von Besonderheiten“ auf Kosten der Chancengleichheit geht und „soziale Unterschiede zwangsläufig... reproduziert“ (vgl. Hildegard Nickel, 3. Kongreß der marxistisch-leninistischen Soziologie in der DDR, in: Weimarer Beiträge 1980/Heft 12, S. 142/43).

Zweifelloos sind solche Überlegungen in der DDR noch am Anfang, vom Zwang der technischen Entwicklung für eine Wirtschaft hervorgerufen, die in hohem Maße außenhandelsabhängig ist. Doch trotz der Risiken, die mit solchen Entwicklungen für das DDR-Regime verbunden sind, dürften sie beschritten werden. Die Diskussion um die Elitenbildung in der Bundesrepublik kann diese Entwicklung in dem anderen Staat in Deutschland kaum ausklammern, vollzieht sie sich doch innerhalb derselben Nation.

Aus einem Wörterbuch der „DDR“

Elitetheorie: Auffassungen innerhalb der marxistischen und insbesondere der spätbürgerlichen Gesellschaftslehre und Kunsttheorie, die die Fähigkeit zur schöpferischen Arbeit und zur verständnisvollen Aneignung der Kunst nur bestimmten Personengruppen oder Führungsschichten zubilligen...

Die Dialektik von Masse und Persönlichkeit wurde mißachtet, der Klassenkampf als anarchischer Aufruhr diskreditiert und die herrschende bürgerliche Klasse und ihre Vertreter zur alleinigen Führer der politischen, ökonomischen, wissenschaftlichen und kulturellen Lebens erklärt. Damit stützt die Elitetheorie die Aufrechterhaltung der Klassenspaltung im Imperialismus sowie die geistige und moralische Unterdrückung des werktätigen Volkes...

In zunehmendem Maße wird die Elitetheorie auch zur Waffe reaktionärer Kreise im kalten Krieg gegen die sozialistischen Staaten, vor allem gegen ihre Bildungs- und Kulturpolitik...

Die sozialistische Kulturpolitik in der DDR hat durch die erreichten Erfolge... den reaktionären Charakter der Elitetheorie praktisch zurückgewiesen... ist jedoch nicht gleichzusetzen mit Gleichmacherei oder undifferenzierter Bewertung individueller Fähigkeiten und Begabungen.

(Aus „Kulturpolitisches Wörterbuch“, Ost-Berlin 1979)

Die Autoren

Wolfgang Seiffert, geboren 1926 in Breslau, studierte in Ost-Berlin Jura. Er war, bevor er 1978 an die Universität Kiel ging, Institutsdirektor an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften der „DDR“ und enger Vertrauter von Parteichef Erich Honecker.



Michael Voslensky, geboren 1920 in Berdjansk (Ukraine), studierte in Moskau Geschichte und stieg bis zum Abteilungsleiter der Akademie der Wissenschaften der UdSSR auf. Seit 1972 lebt er im Westen. Vor allem sein Buch „Nomenklatura“ erregte weltweites Aufsehen.



Altes süßes Leben der neuen Herren

Von MICHAEL VOSELENSKY

Der Theoretiker Marx prophezeite die nahe Geburt einer egalitären Gesellschaft. Der Taktiker Lenin versprach das Verschwinden der Ungleichheit in einer nicht näher definierten Zukunft. Der Diktator Stalin erwähnte zwar ab und zu eine „klassenlose kommunistische Gesellschaft“, haute aber inzwischen eine neue Klassengesellschaft auf. Seine Epigonen stützten nach Kräften diese altertümlich hierarchische Gesellschaftsstruktur, die mit der Gleichheit überhaupt nichts zu tun hat. So schloß sich der Kreis. Statt nach Marx eine „freie Assoziation der Produzenten“ ins Leben zu rufen, widmen sich kommunistische Parteipolitiker der „Kaderarbeit“, also der Auslese und der Förderung einer neuen Elite.

Raymond Aron betonte zu Recht, daß es regierende und nichtregierende Eliten gibt. Im Realsozialismus werden beide gezüchtet: die erste ist die Nomenklatura, die zweite die Intelligenzia. Zusammen bilden sie den privilegierten Teil der sowjetischen Gesellschaft, aber auch sie sind nicht gleich.

Die Nomenklatura ist privilegiert. Überall im Lande ist ihr das Beste, das Angenehmste, das Sicherste zu teil. Nicht die Privilegien, sondern die Macht ist der wichtigste Reichtum der Nomenklatura.

Die Intelligenzia ist dagegen eine untergeordnete Elite. Zwar ist sie auch eine privilegierte Klasse der Sowjetgesellschaft, aber sie hat keine Macht und ihre Privilegien nehmen sich gegenüber der Nomenklatura bescheiden aus. Die Oberschicht der sowjetischen Intelligenzia hat bloß den Lebensstandard des westlichen Mittelstandes erreicht, während die Mächtigen der Nomenklatura leben wie Feudalfürsten.

Die Nomenklatura hat für die Intelligenzia wenig übrig, und dieses Gefühl wird erwidert. Aber ohne die Intelligenzia kann sie das Land nicht stärker machen, ohne sie gibt es keine moderne Technik, keine Rüstungen, keine Propaganda und Information. Die Intelligenzia ist unentbehrlich. Sie wird deshalb von der Nomenklatura geduldet, in einigen Fällen – mit Widerwillen – sogar gefördert. Noch Stalin nannte die Intelligenzia schmeichelehaft „das Salz der Sowjetunion“. Nur bei der propagandistischen Verherrlichung der „Werktätigen“ erlaubt sich die Nomenklatura, intelligenzfeindliche Töne anzuklingen zu lassen.

Die Nomenklatura kann nicht ohne die Intelligenzia auskommen. Die Intelligenzia kann wunderbar ohne Nomenklatura leben. Unter sowjetischen Intellektuellen ist das Gefühl verbreitet, daß die Nomenklatura zwar oben sitzt und herumkommandiert, aber daß sie wenig leistet. Ihr Produkt ist das diktatorische Regime, das die Intellektuellen der Sowjetunion genauso wenig schätzen, wie die westlichen Intellektuellen die Diktatoren im Westen schätzten, als sie hier noch existierten. Die sowjetische Intelligenzia ist

eine objektiv oppositionelle Elite, eine potentielle Gegenelite.

In dieser Situation vermag die Nomenklatura die Koexistenz von zwei nicht gleichberechtigten Eliten festzuschreiben. Ganz verschiedene Wege führen in diese Eliten. In die Nomenklatura kommt man über den Aufstieg in der Parteiorganisation bzw. durch Beziehungen. Die Nomenklatura wird offiziell als eine Gruppe innerhalb der Intelligenzia bezeichnet: die Gruppe der „Verwaltenden“, im Gegensatz zu allen anderen, den „Verwalteten“. Von einem Antwortgeber auf einen Nomenklaturapostel verlangt man deshalb wohl ein Hochschuldiplom, aber seine berufliche Qualifikation spielt keine Rolle.

Der Weg in die Reihen der Intelligenzia in der Sowjetunion verläuft anders, und zwar über ein erfolgreiches Studium, Promotion und Habilitation, über eine berufliche intellektuelle Leistung. Da man eben Leistung erbringen muß, sind die Möglichkeiten der Vernetzung auf diesem Wege beschränkt.

Vor kurzem veröffentlichte die Regierungszeitung „Iswestija“ einen Artikel zum 40jährigen Jubiläum der Moskauer Hochschule für internationale Beziehungen – MGIMO. Die Autoren, zwei MGIMO-Absolventen und jetzt politische Kommentatoren in Moskau, geben mit Genugtuung zu, daß im MGIMO „die Elite ausgebildet wird“. Das stimmt: die Nomenklatura-Elite. Keinem Absolventen der traditionsreichen (und nicht nur 40 Jahre alten) Moskauer Universität wäre es erlaubt, dasselbe über seine Uni zu schreiben: Dort wird ja bloß die Intelligenzia ausgebildet. Weitere Lehranstalten für die Nomenklatura sind die Parteihochschulen in Moskau und in den Unionsrepubliken, die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der KPdSU, die Außenpolitische Akademie des Außenministeriums der UdSSR, die Generalstabsakademien, die Hochschule des KGB usw. Dort wird der Nomenklatura-Nachwuchs im elitären Geiste erzogen und formiert. Richtig bemerken die Autoren des „Iswestija“-Artikels, daß man einen MGIMO-Absolventen sofort erkennen würde, auch wenn man ihn nie früher gesehen hätte – so prägt den Menschen die Nomenklatura-Erziehung.

Die wirkliche intellektuelle Elite der Sowjetunion kommt nicht aus diesen Sonderlehranstalten. Sie kommt aus den normalen Universitäten und Hochschulen. Nach vielen pseudodemokratischen Schulreformen, die in der UdSSR in den 20er Jahren große Mode waren, hat man endlich ein nicht schlecht funktionierendes Bildungssystem aufgebaut: mit einem intensiven Studium, mit Prüfungen nach jedem Semester, mit Staatsexamina und Diplomarbeiten. Dieses System ermöglicht es, in acht bis 10 Semestern einen qualifizierten Intelligenzia-Nachwuchs auszubilden. In jedem Land ist das Hauptmerkmal einer intellektuellen Elite Bildung und nicht Einbildung.

Marx bezeichnete das Proletariat als den „Totengräber des Kapitalismus“. Er betonte, daß die Kapitalisten das Proletariat selber erzeugen, da ohne dieses Proletariat keine Produktion möglich sei. Die Marxsche Voraussage hat sich nicht bewahrheitet, weil die Unternehmer den Arbeitern vernünftigerweise große Zugeständnisse gemacht haben. Bisher versucht die Nomenklatura, die Intelligenzia in eine Klasse von Fachidioten zu verwandeln, aber diese Rechnung geht nicht auf. Auch die Nomenklatura wird der Intelligenzia zugeständig machen müssen, um einen Konflikt vorzubeugen. Sonst wird die Geschichte Rußlands eine noch dramatischere Wende nehmen.

Berlin: Thesen zum Mord an Dollfuß 1934

DW, Berlin

„Ich habe“, erinnerte sich der 1938 von den Nazis ins KZ Dachau verschleppte Fritz Bock, „viele Träume gehabt. Ich hätte mir aber damals nicht träumen lassen, daß ich einmal auf so historischem Berliner Boden wie dem Restaurant des Reichstags mit jungen Cartellbrüdern über die Wandelbarkeit historischer Abläufe diskutieren werde.“

Bock, von 1966 bis 1968 österreichischer Vizekanzler, schilderte aus eigener Erfahrung den Ablauf der Ereignisse, die 1934 zur Ermordung des Kanzlers Engelbert Dollfuß durch Angehörige der illegalen SS führten. Ziel des von der Katholischen Deutschen Studentenverbindung Borussia-Saxonia veranstalteten Symposiums war es, den Hintergrund von Diffamierungen der Person von Dollfuß durch sozialistische und nationalsozialistische Kreise zu bringen. Berlin wurde bewußt zum Veranstaltungsort gewählt: Hier hatte Dollfuß von 1920 bis 1922 landwirtschaftliches Genossenschaftswesen studiert, in der alten deutschen Reichshauptstadt schloß er sich auch der CV-Verbindung Germania an.

Unter der wissenschaftlichen Leitung von Peter Muschol (Deutsche Welle) und des Berliner Bezirksstadtrats a. D. Günter Schneider legten der Münchner Politikwissenschaftler Professor Kindermann und der Grazer Kirchenhistoriker Professor Liebmann neue Erkenntnisse aufgrund erst kürzlich zugänglicher Quellen vor.

Danach kam der aktive Widerstand der österreichischen Sozialisten, der den Arbeiteraufstand im Februar 1934 auslöste, nahezu ausschließlich von fanatischen Aktivisten des linksradikalen „Republikanischen Schutzbundes“. Die katholische Kirche in Österreich, betonte Professor Liebmann, habe durch vorsichtige Unterstützung der von Dollfuß gegründeten „Vaterländischen Front“ das Vorbringen des Nationalsozialismus aufzuhalten versucht. „Der Rückzug der Geistlichen aus den politischen Ämtern demonstrierte aber auch die unterschiedliche Verantwortung von Kirche und Staat“.

Professor Liebmann wies darauf hin, daß sich im Kampf gegen die katholische Kirche Österreichs Sozialdemokraten und Nationalsozialisten einig gewesen seien. Zum Abschluß des Konkordats zwischen der Regierung Dollfuß und dem Vatikan habe die sozialdemokratische „Arbeitserziehung“ geschrieben, „sobald der christliche Faschismus“ vor der Arbeiterklasse kapitulieren zulasse, werde die Arbeiterklasse das Konkordat wie einen Fetzen Papier behandeln. Der Grazer Wissenschaftler: „Es dauerte keine vier Jahre, und das Konkordat wurde tatsächlich wie ein Fetzen Papier behandelt, allerdings nicht von der Arbeiterklasse und vom Sozialismus, sondern vom Nationalsozialismus“.

Auch bei der bisher einseitigen Beurteilung des Aufstandes vom Februar 1934 werde außer acht gelassen, daß es überhaupt nicht um die Verteidigung der parlamentarischen Demokratie ging. Bezeichnend sei die Eidesformel der bewaffneten sozialdemokratischen Schutztruppe, bei der weder die Demokratie noch der Mehrparteiensaat als verteidigungswürdige Güter genannt worden seien.

Und Liebmann wies auf einen anderen Vorgang 1934 hin: Dem österreichischen Schutztruppenführer Bernaschek war mit nationalsozialistischer Hilfe die Flucht nach München gelungen. Er gab im „braunen Haus“ voller Stolz eine Pressekonferenz. Auf die österreichische Sozialdemokratie bezogen, sagte Bernaschek: „Unsere Genossen stehen vor einer historischen Stichwahl, nicht vor einer Neuwahl. Das Programm der Nationalsozialisten steht uns näher. Ohne Gesinnungsänderung können sie daher zu dieser Stichwahl gehen.“

Moskau wollte TV-Rede zensurieren

rtf, München

Der britische Botschafter in Moskau, Ian Sutherland, hat auf eine Ansprache anlässlich des Geburtstages der britischen Königin Elizabeth II. im sowjetischen Fernsehen verzichtet, weil die sowjetischen Behörden Änderungswünsche an zwei Textstellen forderten. Zu Nationalfeiertagen ihrer Länder werden die Botschafter in Moskau regelmäßig eingeladen, Fernsehansprachen zu halten. Nach Auflagen der sowjetischen Behörden hatten auch die Botschafter Japans und Frankreichs Fernsehansprachen abgelesen.

Wie ein britischer Botschaftssprecher sagte, handelte es sich um zwei Passagen, in denen Sutherland den Wunsch aller Länder nach Frieden betonen und sich dafür aussprechen wollte, daß freier Zugang zu Informationen und freie Reisemöglichkeiten für alle sich vorteilhaft für die Ost-West-Beziehungen auswirken würden.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866,
5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Arbeitskampf

Sehr geehrter Herr Herr-Eichenro-
de,
für Ihren Leitartikel zum Thema: „Marsch auf Bonn“ muß ich Ihnen meine uneingeschränkte Anerkennung aussprechen.

Die Gewerkschaften sehen offenbar nicht, daß die Zerstörung des Privatkapitalismus die Zerstörung der Tarifautonomie bedeutet. An die Stelle der privaten Eigenen kann dann nur noch die Klasse als Staat treten, und dann haben wir den marxistischen Staatskapitalismus, der, für die Arbeiter gesehen, nichts anderes ist als ihre Selbstversklavung, natürlich ohne Tarifautonomie, Streikrechte und all die Rechte, die in unserem sozial-reformierten privatkapitalistischen System, dem der „freien und sozialen Marktwirtschaft“, den Arbeitnehmern als selbstverständlichen zustehen. Sie sind nichts als ihre eigenen Sklaven, wie das in allen sozialistischen und darum staatskapitalistisch organisierten Staats- und Gesellschaftssystemen der Fall ist, aus dem es dann kaum ein Entkommen gibt.

Man sehe die mühsame Rückkehr zu klein-kapitalistischen Systemen, z. B. in Ungarn, einfach deshalb, weil anderes, rein sozialistisches Gebaren immer weniger Erfolg bringt.

Der Mensch ist eben anders, als Karl Marx ihn sich ausdachte, deshalb paßt er nicht in das System.

Mit allen guten Wünschen, Ihre
Margarethe Kuppe,
Hechingen

* „Gutowski: Union verliert Hauptziel aus den Augen“, WELT vom 25. Mai

Aus der Geschichte zu lernen, ist ein allgemein anerkanntes Postulat, aber eine selten angewandte Erkenntnis. Allerdings setzt dieses Lernen auch voraus, von gleichen oder vergleichbaren Ereignissen auszugehen. Dies geschieht im Falle Gutowskis jedoch nicht.

Daß Gutowski kein Freund von Arbeitszeitverkürzungen ist, ist allgemein bekannt. Im Gegensatz zu ihm hat der von ihm zitierte Prof. L. E. Barth als einer der ersten erkannt, daß Arbeitszeitverkürzungen ab einer be-

stimmten wirtschaftlichen Situation durchaus sinnvoll sind. Anders als viele seiner Professoren-Kollegen spricht sich Gutowski, und auch das ist nicht neu, gegen eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit im Wege von Vorrheinstandungsregelungen aus. Neu ist allerdings ein Argument, daß die Vorrheinstandungsregelung die 54- bis 58-jährigen Arbeitslosen künftig von jeder Wiederbeschäftigung „aus-sperrt“.

Ohne der wissenschaftlichen Reputation des Professors zu nahe zu treten: als Prophet ist er nicht berufen. Schon bisher haben ältere Arbeitslose kaum Vermittlungschancen gehabt. Ein Blick in die Arbeitslosenstatistik und -struktur würde es ihm zeigen. Die Tarifverträge zur Vorrheinstandungsregelung im NGG-Bereich tragen deshalb der Situation der älteren Arbeitslosen ausdrücklich Rechnung, indem eine 10-jährige Unternehmenszugehörigkeit zur Voraussetzung für die Anspruchsberechtigung festgelegt wurde.

Ronald Graf,
Leiter der Tarifabteilung
Gewerkschaft
Nahrung-Genuß-Gaststätten
Hamburg 1

Ritterlicher Akt

„Freundliche Botschaft“, WELT vom 9. Juni

Sie beanstanden zu Recht, daß hier und da bei unseren französischen Freunden „hinter der offiziellen Fassade der ‚Wiederversöhnung‘ immer noch massive Ressentiments schwelen“. Um so mehr sollte Ihnen auffallen, daß hier eine umgekehrte Situation vorliegt: der im übrigen als engstes Glied einer Schicksalsgemeinschaft beschworen und benötigt wird: Als einziger war es Präsident Mitterrand, der dort ausdrücklich Deutschland den Maktel des damaligen „Feindes“ nahm und seine „Toten grüßte“ – der einzige, der darüber hinaus sich gedrängt fühlte, aus Anlaß der Feier dem deutschen Staatspräsidenten eine „Botschaft der Zuneigung an die deutsche Volk“ zu senden – der außerdem den wahrhaft ritterlichen Akt der militärischen Ehren des unterlegenen Gegners gemeinsam mit den Deutschen auf dem deutschen Soldatenfriedhof anordnete, an der kein offizieller Vertreter der elf Delegationen aus USA, Britannien, Kanada, Norwegen, Holland, Belgien, Luxemburg, Griechenland, Polen, Tschechoslowakei und UdSSR sich beteiligte. Läßt sich diese „Ritterlichkeit“ des französischen Staatspräsidenten als „böhlische Fassade“ gegenüber dem „boche“ diskreditieren?

Ungeachtet ist auch die schulmeisterliche Drohung und Verdrehung „Kohl wäre schlecht beraten gewesen, wenn er den Wunsch hätte durchblicken lassen, am 6. Juni dabei zusehen“. Bei seiner Entschiedenheit, eine derartige Zumutung in keinem Fall zu akzeptieren, ist ihr Konjunktiv unangebracht.

Dr. Sigrid Hunke,
Bonn

Wort des Tages

„Beim Verhandeln gilt es doch vor allem, zunächst die Verhandeln dahin zu bringen, daß sie sich entschließen, einmal irgendeine Strecke, Weg zusammenzugehen. Sind sie erst einmal gemeinsam unterwegs, so muß man sie dann bloß noch so gut in Atem zu halten wissen, daß sie, wohin es geht, erst merken, wenn man schon angekommen ist.“

Hermann Bahr, österreichischer Autor (1863-1934)

Personalien

BUNDESPRÄSIDENT

Die Universität zu Köln wird am 20. Juni Bundespräsident Karl Carstens die Ehrenbürgerwürde der Universität verliehen. Seit 1960 ist Carstens Direktor des Instituts für das Recht der Europäischen Gemeinschaften der Universität zu Köln. Den Festvortrag anlässlich der Ehrung hält Prof. Dr. Klaus Stern, Direktor des Instituts für Öffentliches Recht und Verfassungsrecht und des Instituts für Rundfunkrecht.

KIRCHE

Für seinen Einsatz in der Diakonie der Kirche hat der Präsident des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche Deutschlands, Karl-Heinz Neukamm, dem Hauptgeschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend, Reinhard M. Walter aus Stuttgart, das Kreuz in Gold verliehen.

ERNENNUNGEN

Der Verwaltungsrat der Europäischen Patentorganisation in München hat Professor Dr. Otto Leberl aus Österreich zum neuen Präsidenten des Verwaltungsrates mit Wirkung vom 19. Oktober dieses Jahres gewählt und ihn, wie Paul Braendli aus der Schweiz zum neuen Präsidenten des Europäischen Patentamtes mit Wirkung vom 1. Mai 1985 ernannt. Leberl wurde 1922 in Wien geboren. Nach dem Studium der Chemie, Physik und Philosophie und der Promotion zum Dr. phil. trat er im Jahre 1953 in den Dienst des Österreichischen Patentamtes, dessen Vizepräsident er 1972 wurde. 1974 wurde er zum Präsidenten dieses Amtes ernannt. Braendli wurde 1930 in Bern geboren. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften begann er seine berufliche Laufbahn im eidgenössischen Amt für geistiges Eigentum, dessen Vizepräsident er im Jahre 1970 wurde. 1976 wurde er zum Direktor dieses Amtes ernannt.

Dipl.-Kfm. Günther Krüppel, Geschäftsführer beim Großversandhaus Schöpfung, wird ab 1. Juli 1984 zusätzlich das Vorstandsressort Finanzen und Material der Vereinigten Papierwerke Schickelohm & Co., Nürnberg, übernehmen. Dipl.-Kfm. Helmut Förster, der dieses Amt bisher inne hatte, scheidet zum 30. Juni „auf eigenen Wunsch“ aus dem Unternehmen aus.

Dipl.-Kfm. Erwin Nagl, bisher Vorstandssprecher der Held & Franke Bau-AG, München, wurde vom Aufsichtsrat zum Vorstandsvorsitzenden berufen.

Der Osteuropa-Historiker Professor Dr. Walter Schlesinger ist im Alter von 76 Jahren in Marburg gestorben. Der in Glauchau in Schlesien geborene Wissenschaftler war Ordinarius für mittelalterliche Geschichte von 1954 bis zu seiner Emeritierung 1976 an der Freien Universität Berlin und an den Universitäten Frankfurt und Marburg.

Turner wird Nachfolger Trudeaus

Kanadas künftiger Premier bringt Erfahrung in Kabinett und Wirtschaft ein

A. v. KRUSENSTERN, New York

In Kanada ist das Zeitalter der neuen Sachlichkeit angebrochen. Pierre Elliott Trudeau (64), der 16 Jahre lang die politische Szene in Kanada beherrschte, wird in etwa zwei Wochen sein Amt als Premierminister niederlegen. Sein Nachfolger als Chef der Liberalen Partei ist bereits gewählt. Es ist der ehemalige Finanzminister John Turner (55), ein hartgesottener Wirtschaftsanwalt aus Toronto, der im Aufsichtsrat zahlreicher Großfirmen sitzt. Mehr als 3400 Parteidelegierte aus allen Teilen des Landes kürten ihn am Wochenende auf einem außerordentlichen Parteitag in Ottawa zum neuen Parteiführer. Die erforderliche einfache Mehrheit erhielt er erst im vierten Wahlgang. In seiner anschließenden Rede kündigte Turner eine Regierung „der Reform und der Erneuerung“ an. Die Schaffung von Arbeitsplätzen, Wachstum und Vertrauen hätten Priorität.

Nach Trudeaus Rücktritt wird Turner automatisch das Amt des Premierministers übernehmen, vorerst allerdings nur als Chef einer Interimregierung. Spätestens im Februar finden Wahlen statt.

Die konservative Partei, die zur Zeit auf den Oppositionsbänken sitzt, tritt ebenfalls mit einem neuen Parteiführer in den Wahlen an. Es ist Brian Mulroney (44), wie Turner ein mit allen Wassern gewaschener Wirtschaftsjurist. Damit steht eines fest: Welche Partei auch immer die kommenden Wahlen gewinnt, an der Spitze der kanadischen Regierung wird

während der nächsten Jahre ein Mann stehen, der mit der Wirtschaft sympathisiert und ihre Sorgen und Nöte kennt.

Kanada hat das bitter nötig, denn die Wirtschaft dieses potentiell unermeßlich reichen Landes ist krankenhaft. Die Arbeitslosigkeit steht bei 11,7 Prozent, die Inflationsrate bei fünf Prozent, und das Defizit in Trudeaus letztem Haushalt beträgt mehr als 30 Milliarden kanadische Dollar (80 Milliarden Mark).

Viele Kanadier machen Trudeau persönlich für diese Misere verantwortlich. An einem kann kein Zweifel bestehen: Trudeau hatte kein Interesse und kein Herz für die Wirtschaft. Wenn etwas überhaupt nicht mehr lief, war es seine erste und fast instinktive Reaktion, zu dringenden Maßnahmen zu greifen.

Da ist Turner ein anderer Mann. Er vertritt „die Marktwirtschaft mit Herz“. Im Gegensatz zu Trudeau braucht er auch keinen Anti-Amerikanismus zu verhehlen. US-Außenminister George Shultz und Verteidigungsminister Caspar Weinberger, die wie Turner selbst aus der Großindustrie kommen, gehören zu seinen engen persönlichen Freunden. Trudeau hält amerikanische Investitionen in Kanada für verwerflich und tat sein Bestes, um amerikanisches Kapital aus Kanada auszusperrten. Turner hingegen will amerikanische Investitionen ermutigen. Er hält sie für unerlässlich, um Arbeitsplätze für die anderthalb Millionen Arbeitslosen zu schaffen.

Die Popularität der Liberalen Par-

tei sank unter der Ägide Trudeaus so weit ab, daß schließlich weniger als 30 Prozent der Wähler erklärten, sie seien bereit, bei der nächsten Wahl ihre Stimme den Liberalen zu geben. Der Beweis dafür, daß Trudeau und nicht die Partei der Stein des Anstoßes war, ließ nicht lange auf sich warten. Nachdem Trudeau seinen Rücktritt angekündigt, schnellte die Popularität der Liberalen wieder hoch. Noch vor wenigen Monaten zweifelte kaum jemand an einem Sieg der Konservativen bei den nächsten Wahlen. Heute liegen die beiden Parteien Kopf an Kopf.

Trudeaus Rolle in der kanadischen Geschichte wird vermutlich noch lange umstritten bleiben. Nach Meinung seiner immer noch loyalen Anhänger ist er der größte Premierminister, den Kanada je hatte. Seine herausragende Leistung war es, der separatistischen Bewegung in der französischsprachigen Provinz Quebec – seiner Heimat – den Wind aus den Segeln zu nehmen und damit ein Auseinanderbrechen Kanadas zu verhüten.

Seine Außen- und Verteidigungspolitik gab jedoch auch im eigenen Lager häufig Anlaß zu hitzer Kritik. Trudeau sah zwischen den USA und der Sowjetunion nur graduelle moralische Unterschiede, war ein Freund des kubanischen Diktators Fidel Castro und geizte so sehr bei der Verteidigung, daß die Streitkräfte Kanadas heute nicht mehr dazu in der Lage sind, ihren NATO-Verpflichtungen nachzukommen. (SAD)

Sikh-Proteste weiten sich aus

Moslems zeigen sich solidarisch / Morddrohungen gegen Frau Gandhi / Tägliche Appelle

PETER DIENEMANN, New-Delhi

Der Geruch von Blut und Leichen schwebt noch über dem Innenhof des Goldenen Tempels in Amritsar, doch aus den Lautsprechern klingt bereits die religiöse „Gurbani“-Musik, übertragen aus dem Innern des Allerheiligsten. Aber die ersten Anzeichen dafür, daß augenscheinlich Ruhe in Amritsar und in weiten Teilen des indischen Bundesstaates Pandschab eingeleitet ist, täuschen. In ganz Nord-Indien, aber auch in den südlichen Bundesstaaten Maharashtra und Tamil Nadu demonstrieren junge Sikhs gegen den Sturm der Armeen auf den Goldenen Tempel. Die Unruhen haben auch auf die Hauptstadt Neu-Delhi und Jammu und Kaschmir übergegriffen. Insgesamt gab es dabei mindestens 50 Tote.

Die Sicherheitsvorkehrungen für Indiens Premierministerin Indira Gandhi sind drastisch verschärft worden. Spezialeinheiten der indischen Grenzpolizei sind seit Samstag um ihre Residenz postiert. Vorausgegangen waren Morddrohungen extremistischer Sikhs, die unter Führung des in London lebenden Jagjit Singh Chauhan eine Exilregierung für einen unabhängigen Sikh-Staat Khalistan in Pandschab gegründet haben. Offenbar sind die Sicherheits-

berater der Premierministerin aber auch besorgt, daß es einer Gruppe indischer Soldaten, die vor einer Woche von ihrer Einheit in Rajasthan desertiert waren, einen Sturm auf die Residenz versuchen könnten.

Indira Gandhi steht vor der schwersten Bewährungsprobe ihrer knapp fünfjährigen Regierungsperiode. Die anfängliche Welle der Sympathie weiter Bevölkerungskreise, darunter vieler Sikhs, nach dem Sturm auf den Tempelkomplex droht umzukippen. Solidarität mit den Sikhs kündigt sich bei den Moslems an, der größten religiösen Minderheit Indiens. Gerüchte über einen Rücktritt von Präsident Giani Zail Singh, eines Sikhs, machten in Neu-Delhi die Runde, die sich aber später als unbegründet erwiesen. Kushwant Singh, Schriftsteller und Mitglied des Oberhauses, hat eine ihm vom Präsidenten verliehene hohe Auszeichnung unter dem Hinweis zurückgegeben, die indische Regierung habe die Sikh-Gemeinschaft jetzt isoliert.

Indira Gandhi appelliert täglich über die indischen Medien an die Sikhs, Ruhe und Ordnung zu wahren, die im Pandschab gerissenen Wunden „heilen“ zu lassen. Der Sturm auf den Goldenen Tempel sei eine „Not-

wendigkeit“ gewesen. Inzwischen wird diese aber von vielen in Neu-Delhi bezweifelt. Ein Blutbad, das bei dem Sturm auf den Tempelkomplex ausgelöst wurde, so sagen sie, hätte durch „Aushungern“ der eingeschlossenen Terroristen vermieden werden können. Nach unbestätigten Berichten wurden etwa 1000 Menschen getötet, in der Mehrzahl Sikhs.

Zwar hat die indische Armee mit dem Tempelsturm den Kopf der Bewegung zerstört, und ihre Lenker Jarnail Singh Bhindranwale samt seiner engsten Verbündeten leben nicht mehr, doch haben die Ereignisse der letzten Tage gezeigt, daß der „Rumpf“ der Sikh-Extremisten auf dem flachen Land weiterlebt. Und hier, in den Dörfern des Pandschab, sind die meisten der Anhänger Bhindranwales und anderer militanten Führer versammelt. „Die starken Gefühle der Sikhs“, so meint Kushwant Singh, „sind jetzt verletzt.“

Als größter Risikofaktor für eine Ausbreitung des Terrorismus gilt der überproportional große Einfluß der Sikhs in Indiens Wirtschaft, Politik und auch innerhalb der Armee. Wie die Ereignisse der letzten Tage gezeigt haben, sind die Sicherheitskräfte kaum in der Lage, Aktionen der Sikhs zu verhindern.

Eine Lösung für Lateinamerikas Schulden gesucht

WERNER THOMAS, Miami

Die historische kolumbianische Hafenstadt Cartagena steht in dieser Woche im Mittelpunkt der Ereignisse Lateinamerikas: Zum ersten Mal treffen sich Außen- und Finanzminister des Subkontinents, um über die Entschärfung des explosiven Schuldenproblems zu beraten. Obgleich die Teilnehmer kein Schuldner- oder Armenkartell bilden wollen, soll die Möglichkeit einer gemeinsamen Strategie bei den Verhandlungen der nächsten Monate geprüft werden.

„Wir möchten nicht drohen, sondern alarmieren“, beruhigte Brasiliens Außenminister Ramiro Saraiva Guerra nordamerikanische Banken, die eine Verschwörung befürchten. Sein kolumbianischer Kollege Rodrigo Lloreda Caicedo ergänzte: „Niemand beabsichtigt, das internationale Finanzsystem zu gefährden.“

Die lateinamerikanischen Regierungen warnen, daß die Lasten der 340 Milliarden Dollar hohen Schulden erleichtert werden müssen, sonst sei der soziale Frieden dahin. Die blutige Revolte in der dominikanischen Hauptstadt Santo Domingo Mitte Mai (55 Todesopfer) gegen neue Sparmaßnahmen hinterließ überall eine Schockwirkung. Die Präsidenten Argentiniens, Brasiliens, Ecuadors, Kolumbiens, Mexikos, Perus und Venezuelas, die nun auch Minister nach Cartagena schicken, hatten in einem Appell an den Londoner Gipfel diese Sorgen noch einmal unterstrichen. Sie forderten einen „konstruktiven Dialog“ zwischen Schuldnern und Gläubigern. Die Gipfel-Politiker bekundeten zwar Verständnis und Hilfsbereitschaft, faßten aber keine konkreten Beschlüsse.

„Wenn wir nicht selbst die Initiative ergreifen, tut niemand etwas“, erkannte der frühere peruanische Premierminister Manuel Ulloa, der die Schuldenkommission der Organisation amerikanischer Staaten berät und in den letzten Monaten „viele frustrierende Verhandlungen“ mit US-Regierungskreisen und Banken führte. Er rief zu dieser Konferenz.

Man erwartet eine „Erklärung von Cartagena“, die alte Wünsche Lateinamerikas erneuert, so die Umstrukturierung der Schulden, eine Begrenzung der Schuldendienstleistungen auf 20 bis 25 Prozent der Exporteinnahmen und die Garantie stabiler Zinsen. Die seit März von elf auf 12,5 Prozent gestiegenen US-Zinsen haben alle Regierungen in Rage gebracht. Wenn die Zinsen nicht sinken, erhöhen sich die Belastungen des Subkontinents um weitere vier Milliarden Dollar.

Noch befinden sich die Verfechter radikaler Lösungen wie die Proklamation einseitiger Moratorien meist in den Reihen der Opposition. Bisher wagte lediglich Bolivien einen solchen Schritt für einen Teil seiner Schulden – mit Konsequenzen, die sich bisher noch nicht absehen lassen. Die Bolivianer ernteten jedoch Sympathie in anderen Hauptstädten Lateinamerikas. Argentinien's Wirtschaftsminister Bernardo Grinspun sprach gar von „Akt nationaler Souveränität“. (SAD)

Neuer TV-Held aus Hawaii: T. Selleck alias Magnum

Kein Bond unter Palmen

Für den alten Traum vom Inselparadies Hawaii gibt es ab heute einen neuen Anlaß: den Titelhelden der Krimiserie „Magnum“ – einen vor dieser Rolle fast unbekannten Schauspieler. Nämlich man ihn zunächst noch den „neuen Clark Gable“, so hat er sich in den gut drei Jahren seit Beginn der Serie in USA längst seinen eigenen Namen geschaffen: Tom Selleck, 39 Jahre alt, Amerikas neuer männlicher Superstar Nr. 1, Objekt der Wünsche und Sehnsüchte aller amerikanischen Frauen.

Mord und Totschlag, Erpressung und Rauschgifthandel in Hawaii – das geht's schon auf. Höher als in „Hawaii fünf-Null“ wachsen die Palmen und wagt der Surf auch in „Magnum“ nicht. Die Blüten sind nicht hübsch, die sich als Mitspielerinnen abwechselnden Mädchen nicht schöner und ihre Bikinis nicht knapper. Auch ist

gen Verbrecher den kürzeren ziehen darf.

Magnum lebt mit wenig Geld auf großem Fuß: er nassauert nach Kräften bei einem schwerreichen Romanautoren, dessen Anwesen am Strand von Hawaii er beschützen soll, wofür er im Gästehaus wohnen und seinen roten Ferrari fahren darf. Das führt zu ständigen, die Handlung würzenden Reibereien mit dem überkorrekten englischen Butler Higgins, der von John Hillerman, 51, mit so perfekt britischer Arroganz gespielt wird, daß ihn alle für einen waschechten Engländer halten. Magnums Mitkämpfer gegen die Verbrecher sind seine alten Vietnam-Kriegskameraden: der schwarze Hubschrauberpilot T. C. (Roger Mosley) und ein Café-Inhaber (Larry Manetti), der sich als Anhänger des Kuits um den Humphrey-Bogart-Film „Casablanca“ Rick nennt.

Tom Selleck stammt aus Detroit, kam mit vier Jahren mit den Eltern – sein Vater ist Investmentberater – nach Los Angeles und begann seine Karriere als Fotomodell. Ganze 850 Dollar verdiente er für eine Salem-Zigarettenreklame, auf der er vier Jahre lang überlebensgroß auf den Billboards zu sehen war. Erst vor fünf Jahren bekam er seine erste größere TV-Rolle in dem vor sechs Monaten auch bei uns gezeigten Western „Die Sacketts“. Danach gefiel er in einer Episode von „Detektiv Rockford: Anruf genügt“ neben James Garner so gut, daß extra für ihn eine weitere Folge und dann der Pilotfilm zu seiner eigenen Serie „Magnum“ geschrieben wurde.

Heute erhält er pro Episode 50 000 bis 100 000 Dollar und macht in jeder Sommer-Drehpause – mit bisher viel weniger Publikumsfolg – einen Kinofilm, zur Zeit seinen dritten. Die knallbunten Hawaii-Hemden, die er als Magnum tragen muß, hat er aus seiner privaten Garderobe verborgt.

Mit einer Million Dollar pro Folge ist die „Magnum“-Produktion teuer als „Dallas“ oder der „Denver-Clan“, deren Einschaltquoten sie nie erreichte. Auch der Rang als beliebteste Krimiserie Amerikas ging wieder verloren. Er wird heute von dem „A-Team“ eingenommen, in dem neben George Peppard das krasse Gegenteil von Tom Selleck mitwirkt: Mr. T., der schwarze und mit seiner Mohikaner-Haartracht (eine Haarbürste in der Mitte einer glattrasierten Glatze) wohl häßlichste Fernseh-Star der USA. Dennoch konnten bereits Wiederholungen von „Magnum“ so teuer verkauft werden, daß der Fortbestand der Serie bis 1986 gesichert ist. Bis dahin wird es 129 Folgen geben – zehnmal so viel wie die 13 bisher von der ARD angekauften.

Durf als „Magnum“ auch Schwächen zeigen: Tom Selleck

FOTO: DEFO



Durf als „Magnum“ auch Schwächen zeigen: Tom Selleck

FOTO: DEFO

KRITIK

Es geht ums Überleben

Episoden aus den Werken Jack Londons liegen den Geschichten aus dem hohen Norden zugrunde, die die ARD an sieben Freitagen um die mitternächtliche Stunde sendet. Gemessen am Einstand darf man das Unternehmen als gelungen ansehen.

William Canaway hat gleich aus dem Stand mit der ersten Episode „Wetlauf mit dem Tod“ einen London gezeigt, dem Mensch und Wolf noch immer am nächsten waren: IQ hin oder her, es geht ums Überleben, sagt der Sozialist London (1876 bis 1916), ob im bekannten „Seewolf“, in „White Fang“ oder eben hier. Londons Figuren, reduziert auf den bloßen Überlebenskampf, werden zu modifizierten Vierbeinern, unter denen der Stärkere überlebt.

Hier ist es ein Harry (Doug McGrath), der in Kanadas Wäldern von einem Goldsucher-Freund hängengelassen wird. Der Freund wird zum Feind, aber der kommt um.

Nicht so Harry. Der, bald vor Hunger halb verrückt, wird alsbald auf einsamer Suche nach dem richtigen Nordkurs von einem vom Rudel verstoßenen, nicht minder hungrigen Wolf beschattet und durch ihn in letzter Verzweiflung mit ausreichend Widerstandskraft versorgt, um am Ende zu überleben – ohne Gold, nur noch getrieben von einer fernen Raubfahne, dem Symbol der einzigen Chance, einem Windhauch namens Zivilisation.

Erstklassig, wie Regisseur David Cobham diese 50 Minuten in vier Fünfteln zu einem Ein-Personen-Stück macht, das dem Darsteller McGrath alles abverlangt: Ein Meisterstück in „suspense“ ohne Schnickschnack, in Reduktion aufs Wesentliche, und eine superb herausgearbeitete London-Stilbe dazu, die mit jeder Kameraeinstellung mehr über das Weltbild des Amerikaners sagt als jede akademische Analyse.

ALEXANDR SCHMITZ

KARL-HEINZ KUKOWSKI



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Sesamstraße
10.00 heute
10.05 Solange es Menschen gibt
Amerikanischer Spielfilm (1957)

14.00 Tagesschau
14.10 10. Jährlicher Lage
Schnurstricks durch die Bundesrepublik
17.20 Das Geheimnis des 7. Weges
17.30 Tagesschau
Danz. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Magnum
Pilotfilm zu einer neuen Krimiserie
Der helle Schnee auf Hawaii
21.00 Koeleste
Am 24. Juni beginnt in München zum erstenmal eine Ost-West-Konferenz zum Thema Umweltverschmutzung. Als weiterer Bericht steht auf dem Programm der Fall Sacharow – Porträt eines sowjetischen Bürgerrechtlers.
22.30 Tagesschau
22.40 Kinische Fragen
Polnischer Spielfilm (1981)
Mit Adam Ferency, Gustaw Holoubek u. a.
Regie: Janusz Zaorsky
Junge polnische Architekten haben bei einem Wettbewerb für ein Wohngebiet mit ihrem Projekt gewonnen. Aber bei der Ausführung werden die meisten ihrer Ideen nicht berücksichtigt. Verblüht und enttäuscht beginnen die Architekten, dem Professor, der das Projekt leitet, „kindische Fragen“ zu stellen.
0.40 Tagesschau

12.25 Umbruch
12.30 heute
12.35 Praxisschau
13.00 heute

14.00 heute
14.04 Lernen ist menschlich
14.18 Kinische Geschichten
14.19 Folge: Etern im Unterricht
Ansch. heute-Schlagzeilen
14.35 Los Angeles Abenteuer
Die Baumschule
17.00 heute / Am den Ländern
17.15 Tele-Hitparade
Zu Gast: Nana Mouskouri, The Stars
17.50 Ein Cekt für alle Fälle
Überrasch. Ich habe Dich
Danz. heute-Schlagzeilen

19.00 heute
19.20 Text ungenügend ist noch keine
Über die Zeitbombe Giftmüll berichten Renate Juszg und Wolf Koenig
20.15 Zeitungsbeurteilung
Österreichischer Spielfilm (1935)
Mit Hans Moser u. a.
Regie: E. W. Emo
21.31 heute / Am den Hollywood
Mit Tom und Jerry
21.45 heute-Journal
22.05 Ich komme zur Ruhe
Prof. Johannes Heinrich Schütz Filmporträt von Michael Heuer Das autogene Training ist eine vielfach angewandte Methode in der Psychotherapie.
22.40 Besuch von drüben
Fernsehspiel von Dieter Gasper
0.05 heute

III.

WEST
18.00 Telekoll
Deutsch (2)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Ich stelle mich: Klaus Matthiesen
21.45 Kampfansage-Siedlung wird gewaltsam
22.15 Ende oder Transi
23.00 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Sehen statt Hören
19.00 Mikroschall
19.15 Fortschritt der Mikroelektronik
20.00 Tagesschau
20.15 Nahschau: Gefährliches Wechselnde
21.00 Das Montagstheater
Wer befiehlt die Endlösung?
22.00 Der Besessene
Amerikanischer Spielfilm (1959)
Mit Marlon Brando u. a.
0.15 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Paspotin & Co. (11)
19.00 Aus der Jugendredaktion
20.00 Trübs
20.45 Die Sprechstunde
Hypnose
21.20 Drei aktuell
21.45 Der Aufpasser (2)
22.30 Jazz in Concert

SÜDWEST
18.30 Telekoll
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendchau
Nur für Rheinland-Pfalz
19.40 Abendchau
Nur für das Saarland
19.50 Saar 5 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
Jagd nach dem Gold
20.20 Schule der Diplomaten
21.05 Med Movies oder Als die Bilder laufen lernten
21.30 Sargung USA (4)

BAYERN
18.15 Havariepatent
18.45 Rauschschau
19.00 Uhr aus dem Alchemie
20.45 Rückpunkt Sport
21.45 Rauschschau
22.00 Z. E. N.
Impressionen
22.05 Wege zum Menschen (6)
22.30 Die Macht des Whistler
22.55 Rauschschau



Tante Käthe (Maria Wackernagel), zu Besuch aus der Zone, wird bei ihren Verwandten im Westen bleiben (Maria-Luise Marjan). (Besuch von drüben – ZDF, 22.40 Uhr)

FOTO: KINDERMANN

USA: Tür für Gespräche mit Sowjets offen

Fortsetzung von Seite 1

Beide Häuser des Kongresses stehen inzwischen den Geldwünschen der Administration für erweiterte ASAT-Forschungen und Testreihen skeptisch gegenüber. Das Repräsentantenhaus hatte für ein Jahr alle Ausgaben für neue ASAT-Tests - darunter den ersten geplanten Versuch mit dem F-15-Bomber - gesperrt, mit der Auflage, sie auch zukünftig zu blockieren, wenn sich die Sowjets neuer ASAT-Tests enthalten.

Der Senat knüpfte keine so drakonischen Bedingungen an die Bewilligung, verlangte aber, daß die ASAT-Versuche nur fortgeführt werden dürfen, wenn das Weiße Haus ernsthaft und in gutem Glauben Abrüstungsgespräche mit Moskau über Weltraumwaffen anstrebt.

Diesem Druck scheint der Präsident auch im Hinblick auf den amerikanischen Wahlkampf nachzugeben. Die Bedenken seiner Berater bleiben aber bestehen, daß Verträge über ASAT-Waffen im Grunde nicht verifizierbar seien. Die von der Administration derzeit vorbereiteten Abrüstungsvorschläge behandeln so etwa nur die „Abfang“-Systeme der ASAT-Technik - Waffen, die sich selbst im Flug befinden und dabei das gegnerische Ziel suchen.

Als fast nicht kontrollierbar gelten dagegen alle bodengestützten ASAT-Technologien. Dazu gehören auch die Laser-Waffen oder elektronische Systeme, die das Lenkpotential der Aufklärungssatelliten vom Boden aus stören können. Selbst das von den Experten als untergeordnet eingeschätzte sowjetische ASAT-System könnte mit Hilfe einer stärkeren Rakete Höhen erreichen, in denen die sensitivsten US-Lenk- und Aufklärungssatelliten kreisen.

Im übrigen ist jedes Objekt im Weltraum eine potentielle Anti-Satelliten-Waffe, sagte gegenüber der WELT ein mit den Forschungen befaßter Präsidentenberater. „Wer will da einen ASAT-Vertrag verifizieren?“

Am ehesten ist daher eine Abmachung zwischen Washington und Moskau über die ASAT-Begrenzung im Bereich der hohen Erd-Umlaufbahnen denkbar. Dort kreisen jene Satelliten, die die Supermächte in ihrem eigenen Interesse am meisten geschützt sehen möchten, weil von diesen Zentralen aus das eigene Atompotential im Ernstfall gelenkt würde.

Unwahrscheinlich ist, daß die Amerikaner bei möglichen Verhandlungen über Weltraumwaffen auch den Bereich einbeziehen wollen, in dem sie seit Präsident Reagans „Star-War“-Rede vom März 1983 besonders aktiv sind: Die Erforschung defensiver Techniken zu Abwehr gegen Offensivraketen. Ein Teil der hierbei vorgesehenen Technologie dürfte die Benutzung des Weltraums einbeziehen.

„Deutsche Einheit nur über Einigung Europas“

Von PETER PHILIPPS

In einer Sondersitzung des Deutschen Bundestages, die wegen der Wahl zum Europaparlament am Vorabend des 17. Juni stattfand, hat das Parlament des Tages der Deutschen Einheit gedacht. Lediglich die Abgeordneten der Grünen Fraktion blieben der Gedenkfeier fern.

Der ehemalige Bundesminister Gerhard Schröder zog in seiner Gedenksprache die Verbindung zwischen dem Tag der Deutschen Einheit und der Europawahl. „Trotz aller Schwierigkeiten bei der europäischen Einigung muß uns klar sein, daß die der einzige Weg ist, um in Selbstbestimmung die Einheit der Deutschen in Freiheit zu verwirklichen. Ein Aufgeben des europäischen Gedankens würde eine Preisgabe dessen bedeuten, was uns mit dem Gedanken an den 17. Juni 1983 aufgetragen ist.“ Er forderte die Bürger der Bundesrepublik Deutschland auf: „Wir sollten uns bemühen, gute Deutsche zu sein - nachdem es so viele andere gegeben hat. Aber wir sollten dabei selbstbewußt sein, ohne Komplexe. Der Schatten unserer Vergangenheit darf uns nicht erpressbar machen. Wir haben das westliche Lager der Freiheit gewählt, wo wir auf jeden Fall gleichberechtigt sein wollen.“

Schröder erinnerte daran, daß die Arbeiter-Erhebung in Ost-Berlin und der „DDR“ vor 31 Jahren als „sozialer Aufstand“ begonnen hatte. „Dieser Aufstand schlug jedoch bald in einen Aufschrei gegen die Unfreiheit um. Er wurde zu einem nationalen politischen Aufstand. Das Ziel war die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit.“ Der 17. Juni sei vergleichbar dem Unabhängigkeitstag der USA und dem Sturm auf die Bastille in Frankreich. Aber „er ist nicht wie diese beiden Tage von dem erstrebten Erfolg gekrönt“ worden. Deutsche hätten für die Freiheit als einen unverzichtbaren Teil der Menschenwürde und für die Einheit mit allen Deutschen ihr Leben eingesetzt. „Das macht den 17. Juni in unserem Jahrhundert zu einem Symbol der Freiheit und der nationalen Einheit in Freiheit.“ Solange das Unrecht in der „DDR“ bestehe, verpflichte dieser Tag, die Selbstbestimmung und Einheit in Freiheit für alle Deutschen zu fordern. Der 17. Juni bleibe eine Mahnung und verpflichte die Deutschen in der Bundesrepublik „auf unsere Grundwerte und auf unsere Solidarität mit den Menschen im anderen Teil Deutschlands. Wir sind und bleiben eine Nation.“

In seiner Rede ging Schröder darauf ein, daß es Bestrebungen gibt, statt des 17. Juni den Tag des Inkrafttretens des Grundgesetzes als nationalen Feiertag zu begehen. Aber er betonte: „Der 17. Juni läßt sich nicht

abschaffen.“ Ähnlich äußerte sich auch der Berliner Bundessensor Rupert Scholz im Deutschlandfunk und sprach davon, daß dieser Tag „niemals zur Disposition stehen kann und darf“. Er kritisierte, daß der Bundestag seine Gedenkveranstaltung „nicht unmittelbar“ am 17. Juni durchgeführt habe. Nach seiner Meinung gebe es keine „Inkompatibilität“ zur Europawahl.

Zu den seit vielen Jahren angestrebten Überlegungen, den Tag der Deutschen Einheit angemessener als mit Fahrten der Bevölkerung ins Grüne zu begehen, steuerte er den Vorschlag bei, darüber nachzudenken, „ob man zum Beispiel nicht freiwillig arbeitet. Das heißt, wenn einzelne Betriebe sich entschließen zu sagen, wir arbeiten heute einige Stunden, und das, was wir in diesen Stunden produzieren, wird einem Sonderopfer für politisch Verfolgte in der ganzen Welt zur Verfügung gestellt.“ Dies sei etwas, was auch in Mitteldeutschland verstanden würde „als ein Beitrag eines wirklich dem Anlaß gemäßen Gedankens“. Außerdem schlug der Senator vor, künftig am 17. Juni den Bericht zur Lage der Nation durch den Bundeskanzler vortragen zu lassen.

Bundestagspräsident Rainer Barzel, der am Samstag die Parlamentsdebatte mit dem Arbeiteritakt von vor 31 Jahren eingeleitet hatte, „Wir wollen leben wie Menschen - weiter wollen wir nichts“, legte gestern zu Ehren der Opfer des 17. Juni in Berlin einen Kranz nieder. Er forderte Ost-Berlin auf: „Stellen Sie die Erziehung zum Haß ein, beenden Sie den Druck auf die Gewissen und erleichtern Sie die Last der Teilung unseres Vaterlandes.“ Frieden sei da am sichersten, wo Grenzen auf sind - für Menschen, Informationen und Meinungen.

In einem Beitrag für das „Volksblatt Berlin“ bekräftigte der Bonner Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel, daß „wir aufgerufen sind, uns weiter stetig und beharrlich der Pflege der vier Elemente dessen zu widmen, was die Substanz der Nation ausmacht - der Geschichte, der Sprache, der Kultur und der Gefühlsgemeinschaft, die über die Grenzen der beiden deutschen Nationen hinweg fortbesteht.“ Dies sei besonders deshalb erforderlich, weil die Erhebung des 17. Juni „an weltmachtpolitischen Fakten scheiterte“.

Der deutschlandpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Ewald Lintner, erteilte während eines Gedenktages vor deutschen Vereinen in Buenos Aires dem Gedanken an ein neutralisiertes Deutschland eine „entschiedene Abfuhr“, weil es zwangsläufig „gefährlichen Umanversuchen“ der Sowjetunion ausgesetzt wäre.

Druckkonflikt: Verhandlungen gehen am Dienstag weiter

Schon heute Einzelgespräche mit Biedenkopf / IG Metall berät Details der Schlichtung

AP/DW, Frankfurt
In die beiden schweren Tarifkonflikte der Bundesrepublik wird in dieser Woche wieder Bewegung gekommen: Am Dienstag werden die Verhandlungen für die Druckindustrie wieder aufgenommen. In der Metallindustrie wollen Gewerkschaft und Arbeitgeber über konkrete Schritte auf dem Weg zur „besonderen Schlichtung“ entscheiden. Die Metallarbeitgeber werden die neue Runde der Einigungsbemühungen als letzte Chance der Tarifpartner, aus eigener Kraft einen Ausweg zu finden.

Der Bundesverband Druck teilte in Wiesbaden mit, daß bereits heute Einzelgespräche der Tarifparteien mit dem Vermittler, dem CDU-Politiker Kurt Biedenkopf, geführt werden sollen. Die Verhandlungen würden aber erst am Dienstag in Düsseldorf fortgesetzt, da eine Beurteilung der Streiklage früher nicht möglich sei.

Der Bundesverband Druck hatte die ursprünglich für das Wochenende vorgesehenen Gespräche abgesagt und dies mit dem „untragbaren Druck zunehmend unbefristeter Streiks“ begründet. Am Samstag waren zahlreiche Zeitungen in der Bundesrepublik Deutschland wieder nicht oder nur mit Notausgaben in stark reduziertem Umfang erschienen. Auch Sonntagszeitungen konnten

am Wochenende ebenfalls zum Teil nicht, oder in geringerem Umfang erscheinen.

Vor dem bestreikten Druckhaus des Axel Springer Verlags in Essen-Kettwig kam es dabei am Samstag zu einem Zwischenfall. Nach Angaben der Essener Polizei wurde ein vor dem Tor stehender Streikposten von einem Aushilfsfahrer angefahren. Wie ein Sprecher des Druckhauses in Essen dazu sagte, spielte sich der Zwischenfall wie folgt ab: Der nicht bei dem Verlag angestellte Fahrer sei bei der Auslieferung von Sonntagszeitungen von etwa 100 vor dem Tor postierten Streikposten angehalten worden. Die Wagentür soll geöffnet und der 34-jährige Fahrer mit Cola bespritzt worden sein. Der Fahrer habe dann Gas gegeben. Dabei sei ein 51-jähriger Streikzander über die Kühlerhaube gestürzt und anschließend verletzt liegengeblieben. Er wurde in ein Krankenhaus gebracht, von dort aber nach kurzer Behandlung wieder entlassen.

Der Fahrer des Auslieferungswagens ist nach Angaben der Polizei ein betriebsfremder Angehöriger einer Spedition, der Zeitungen zum Flughafen bringen sollte. Er setzte seine Fahrt fort, stellte sich aber knapp drei Stunden später der Polizei, die ihm unter anderem Unfallfeldnotizen, Verlagsvertreter und Streikleitung ei-

nigten sich - so die Polizei - auf einen „Kompromiß“, so daß die Ausfahrt des Druckhauses gegen 21 Uhr freigegeben wurde.

In der Metallindustrie müssen sich die Tarifpartner in dieser Woche zunächst auf die Person des stimmberchtigten Vorsitzenden der Schlichtungsstelle - die Arbeitgeber schlugen den Konstanzer Professor Bernd Rühlers, die IG-Metall den früheren Bundesminister Georg Leber vor - einigen, bevor die „besondere Schlichtung“ beginnen kann. Der Präsident des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, Wolfram Thiele, forderte in einem Interview mit der „WELT am SONNTAG“ angesichts von „Milliarden-Verlusten“ solle „die Schlichtung so schnell wie möglich“ beginnen. Der durch den Arbeitskampf bisher entstandene Umsatzausfall in der Autoindustrie beträgt fast fünf Milliarden Mark, wie ein Fachmann der Commerzbank am Wochenende erklärte.

Der Streik von 58 000 Metallarbeitern aus Hessen und dem nördlichen Baden-Württemberg war am Freitag fortgesetzt worden. Mehr als 90 000 Metallarbeiter waren ausgesperrt. Ihnen müssen nach einem Beschluß der Arbeitgeber aus der vergangenen Woche am Montag und Dienstag in beiden Streikgebieten 35 000 bis 40 000 Metallarbeiter folgen.

„Kreml stimmte Honecker-Besuch zu“

Staatsminister Jenninger sieht keine Probleme / Termin der Visite offenbar Ende September

DW, Berlin/Stuttgart
Der Staatsminister im Bundeskanzleramt, Philipp Jenninger, hat die Auffassung vertreten, der für den Herbst vorgesehene Besuch des „DDR“-Staats- und Parteichefs Erich Honecker in der Bundesrepublik sei auch mit der Sowjetführung abgesprochen. Da seien „keine Schwierigkeiten zu erwarten“, meinte Jenninger in einem Interview der „Berliner Morgenpost“.

Jenninger geht davon aus, daß die von früheren Bundeskanzler Helmut Schmidt ausgesprochene und von Bundeskanzler Helmut Kohl erneuerte Einladung, die Honecker angenommen habe, „noch in diesem Jahr verwirklicht wird“. Ein Termin sei zwar noch nicht vereinbart, dies werde aber möglicherweise in den nächsten Wochen geschehen. Der Besuch werde dann „stattfinden, wenn beide Seiten einen günstigen Termin sehen“, sagte der Staatsminister. Als Termin ist offenbar die Woche vom 24. bis 29. September in Aussicht genommen. Jenninger bekräftigte die Absicht der Bundesregierung, trotz der Schwierigkeiten im Ost-West-Verhältnis al-

les zu tun, um Zusammenarbeit und Dialog fortzusetzen. Zugleich gehe der mit dem von der Bundesregierung verbürgten Milliardenkredit eingeleitete Prozeß weiter. Beide Seiten könnten und dürften sich aber nicht überfordern.

Gegenüber dem Westdeutschen Rundfunk verwahrte sich der Staatsminister gegen Forderungen, Bonn solle Vorbedingungen für den Besuch Honeckers aufstellen. Man könne von einem Gast, den man eingeladen habe, keinen „Eintrittspreis“ verlangen, betonte Jenninger. Der Besuch Honeckers diene der Festigung des Dialogs, woran beide Seiten interessiert seien.

Der Bundesminister für Innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, sagte in diesem Zusammenhang im Süddeutschen Rundfunk, er sehe trotz der harten Haltung der Sowjets gegenüber den Amerikanern, durch die die Ost-West-Beziehungen insgesamt belastet würden, gegenwärtig keine Gefährdung des Honecker-Besuchs in der Bundesrepublik. Der Minister erklärte: „Ich sehe den sehr

deutlichen Wunsch des Staatsratsvorsitzenden, diesen schon lange in Aussicht genommenen Besuch nunmehr stattfinden zu lassen. Unser Wunsch ist es, daß dieses Gespräch stattfindet, und daß es erfolgreich verläuft.“

Windelen sagte, entgegen allen düsteren Prognosen seien die Beziehungen zwischen den beiden Staaten in Deutschland intensiver geworden. Entscheidend sei dabei, daß es gemeinsame Interessen gibt, die nur gemeinsam gelöst werden können, wie zum Beispiel Fragen des Umweltschutzes. Er fügte hinzu: „Wir handeln pragmatisch dort, wo es im Interesse der Menschen liegt.“ Dies gelte auch für den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen.

Der Tag der Deutschen Einheit haben „seine alte Bedeutung wiederlang“, als Tag des Bekenntnisses unserer Landsleute zu freien Wahlen und zur deutschen Einheit“, sagte der Minister. Dies sei über lange Jahre in Vergessenheit geraten. Er betonte, der Wunsch nach Freiheit und Einheit sei in der „DDR“ unverändert vorhanden.

Aufklärung des Westens mit Superpräzision

crb, Washington

Innerhalb der nächsten zehn Jahre werden dem Westen Aufklärungsmittel zur Verfügung stehen, die im Augenblick noch das menschliche Vorstellungsvermögen sprengen. Diese Voraussage machte Admiral A. D. Robert Inman, Präsident der amerikanischen Microelectronics Corporation, in einem Vortrag auf der Tagung „Sealink '84“ an der amerikanischen Marineakademie in Annapolis, der die Visionen Präsident Reagans über die „Krieg der Sterne“ genannte Entwicklung von Anti-Raketensystemen noch in den Schatten zu stellen schien.

Inman sagte, die USA verfügten über die Technologie, Satelliten zu entwickeln, die nahezu ununterbrochen jeden gewünschten Punkt der Erdoberfläche überwachen könnten. Sie würden mit einer Vielzahl hochempfindlicher Sensoren ausgestattet sein, die es ermöglichen, auch kleine Objekte auf der Erdoberfläche, Flugzeuge und U-Boote bis zu einer Tiefe von 30 Metern zu beobachten und zu vermessen.

Für Kooperation mit der „DDR“

F. D. Berlin

Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) hat anlässlich einer parlamentarischen Sondersitzung zum Tag der Deutschen Einheit eine „längerfristig konzipierte Zusammenarbeit“ mit der „DDR“ befürwortet.

Diepgen stellte „mit Zufriedenheit“ fest, daß die DDR in letzter Zeit mehr und mehr ihre europäische Friedensverantwortung bemerkenswerter herausstellte. Nichts könne besser symbolisieren, daß die Fragen der Deutschen nach ihrer Zukunft nicht getrennt beantwortet werden können von den Fragen nach der Zukunft Europas.

Die Überwindung der Teilung Deutschlands ist dabei nach Ansicht Diepgens „ohne eine Überwindung der Teilung Europas weder historisch wahrscheinlich noch politisch von uns aus zu wünschen“. Eine rein deutsche Antwort auf die deutsche Frage werde es nicht geben, sagte Diepgen. Man wolle sie mit „unseren Nachbarn suchen in West und Ost“.

Diepgen will der „DDR“ eine „Politik der Zusammenarbeit und des fairen Ausgleichs“ anbieten, die „längerfristige Zeiträume als bisher ins Auge faßt“.

Dies erleichtere die gegenseitige Berechenbarkeit und helfe mit, die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der „DDR“ auch dann weiter zu entwickeln, „wenn der Ost-West-Dialog im ganzen nur mühsam vorankommt“.

COMMERZBANK

Mit dem COBRA-Cash-Management-System der Commerzbank können Sie Zeit gewinnen, um Geld zu sparen.



Zeit ist Geld. Nur wer eine lückenlose und umfassende Information über seine Konten besitzt, kann gewinnbringend disponieren und kann vermeiden, daß hier Geld ungenutzt ruht, während es dort unnötig Zinsen kostet.

COBRA - das weltweite Cash-Management-Informationssystem der Commerzbank - ist seit Jahren im Markt erprobt. Es bietet Ihnen den entscheidenden Vorteil, Ihre Kontenstände blitzschnell erfassen zu können. Weltweit und rund um die Uhr.

Statt auf den nächsten Kontoauszug warten zu müssen, liegen per Knopfdruck detaillierte Übersichten vor Ihnen, Anlagemöglichkeiten lassen sich sofort wahrnehmen, Solisalden umgehend ausgleichen. Damit verschafft COBRA Ihrem Unternehmen einen Informationsvorsprung, der sich auszahlt.

Sprechen Sie mit uns. Kommen Sie zur Commerzbank.



Commerzbank.
Die Bank an Ihrer Seite.

Doppelte Moral

gum (Stockholm) - Die politische Mehrheit Schwedens ist enttäuscht darüber, daß die übrigen Industrieländer nicht dem Beispiel Stockholms gefolgt sind, und es als Beitrag zum Kampf gegen die Apartheidpolitik in Südafrika ihren dort ansässigen Unternehmen nicht verboten haben, Neuinvestitionen vorzunehmen oder anderweitig zu expandieren. Dies hat 1979 die damalige bürgerliche Regierung den schwedischen Gesellschaften auferlegt. Bisher hat sich kein Land der Kampagne angeschlossen.

Nun plant man in Stockholm für die paar schwedischen Unternehmen in Südafrika weitere Einschränkungen, immer noch im festen Glauben, damit dem Regime schaden zu können. Dabei soll auch die Fluggesellschaft SAS ihre Verbindung einstellen.

Für all das könnte man noch ein gewisses politisches Verständnis aufbringen, wenn dahinter nicht eine schlimme Doppelmoral stünde. Das Investitionsverbot wird durch Sondergenehmigungen ständig durchbrochen. Wäre man konsequent, würde man den Rückzug aus Südafrika anordnen. Aber das würde knapp 3000 Arbeitsplätze in Schweden betreffen. Jetzt heißt es, die Gesellschaften sollen überwinden, zunächst bis 1990. Im übrigen stört sich mit Ausnahme einiger Solidaritätsgruppen niemand an der

für Schweden stark positiven Handelsbilanz. Die Exporte stiegen im Jahresdurchschnitt seit 1978 um 27 Prozent, die Importe nur um 13 Prozent. Die starken auch schwarzen südafrikanischen Stimmen, die für engere Zusammenarbeit plädieren, überhört man in Stockholm völlig.

Dämpfer

nl - Die negativen Folgen des Arbeitskampfes werden an vielen Stellen sichtbar. So registrieren auch die Bausparkassen deutliche Bremswirkungen für ihr Neugeschäft. Fast noch mehr bedrückt sie aber, daß der Geldgang schleppender geworden ist. Vor allem die Sparleistungen lassen einmal mehr zu wünschen übrig. Auf einen stetig sprudelnden Mittelzufluß sind die Bausparkassen aber angewiesen, um die Fristen für die Zuteilungen einigermaßen im Lot halten zu können. Die Fristenverlängerung, denen sich in der jüngsten Vergangenheit gerade die eilige Bausparer unversichert gegenüber sah, hat vielfach ganze Kalkulationen über den Haufen geworfen, weil teure Zwischenfinanzierungen in Kauf genommen werden mußten. Großes Aufsehen herrschte deshalb, als die Bausparkassen, nachdem die Spar- und Tilgungsgelder wieder reichlicher flossen, eine Stabilisierung der Zuteilungsfristen signalisierten konnten. Diese optimistische Perspektive einer „weichen Landung“ droht wegen der aktuellen Konjunkturstörungen einen Dämpfer zu bekommen.

Gaspreise im Gespräch

Von HANS BAUMANN

Am 1. Oktober soll der Erdgaspreis nicht wieder Schlagzeilen machen. So jedenfalls wünschen es die Erdgaslieferanten, nachdem sie zum 1. April dieses Jahres ihre Rechnungen um rund zehn Prozent erhöhen mußten. Aber auf die großen Erdgasversorger allein kommt es gar nicht an. Die kommunalen Verteiler sind jetzt aufgefordert, sich zu entscheiden. Stichtag: 1. September.

An den Kommunen wird es liegen, ob - und in welchem Ausmaß - sich möglicherweise der Erdgaspreis am 1. Oktober bewegt. Denn trotz ihrer Preisoberhoheit sind auch sie an einen Berechnungsmodus gebunden, an dem sich der Erdgaspreis im Halbjahresrhythmus orientiert - oder eben nicht.

Es erscheint schizophran - und wird auch immer wieder irrtümlich als Verstoß gegen die Gesetze des Marktes mißverstanden, daß der Erdgaspreis ein Mixtum compositum aus Preisen konkurrierender Energien ist. So richtet sich der Erdgaspreis nach den Preisen des schweren Heizöls - und in diesem Ausmaß folgt es der schweren Wärme in halbjährlichen Abständen, wobei die amtlichen Preise des Statistischen Bundesamtes zugrunde gelegt werden. Allerdings müssen sich die Preise des Öls mindestens fünf Prozent nach oben oder unten verschieben, da sonst der Verwaltungsaufwand für eine Gaspreissteigerung zu hoch wäre.

Aber nicht nur das schwere Heizöl ist Richtschnur für die Bewegungen des Erdgaspreises, sondern auch das leichte Heizöl, wie es im Haushalt und Kleinverbrauch verwendet wird. Dieses leichte Heizöl geht mit 22 Prozent in den Erdgaspreis ein. Das heißt: Der deutsche Erdgaspreis folgt mit 86 Prozent den Preisen für Heizöl im Halbjahresrhythmus - nach oben ebenso wie nach unten.

Bisher führen die deutschen Erdgasverbraucher mit dieser Regelung gut, da der Preis für schweres Heizöl seit Jahren weit unter den Preisen für Rohöl lag. Hinzu kam, daß eben nur 86 Prozent des Erdgaspreises an die Heizölpreise gebunden sind, daß also 14 Prozent Spielraum für die Erdgasanbieter blieben, um ihre Mengen zu steuern, was die Erdgasverbraucher bisher bedeutete, daß sie mit Erdgas etwas günstiger Wärme erzeugten als mit Heizöl. Über

diese 14 Prozent und über die bequeme und umweltfreundliche Anwendbarkeit des Gases eroberte das Erdgas in kaum 20 Jahren einen Marktanteil von rund 16 Prozent, der um 1990 bei rund 20 Prozent seinen Gipfelpunkt erreicht haben wird.

Da aber der Ölmarkt durch die Preis- und Mengenpolitik der Opec einem starken Wandel unterworfen ist, hat sich auch die Position des schweren Heizöls verändert. Es ist nicht mehr das lästige Nebenprodukt von gestern, es maisert sich vielmehr zum preisgünstigsten „Rohöl“ für jene, die rechtzeitig Konversionsanlagen banten, in denen Schweröl in inkreative leichte Produkte wie etwa Benzin oder Naphta für die Chemie verwandelt werden kann. Ergebnis: Mit der steigenden Nachfrage nach Schweröl stieg auch dessen Preis - eine der wesentlichen Ursachen für die Preissteigerung des Erdgases zum 1. April.

Betrachtet man den Wärmemarkt genau, so muß man feststellen, daß die starke Bindung des Gaspreises an Schweröl nie so recht die wahren Wettbewerbsverhältnisse traf, denn Gas konkurriert im wesentlichen mit leichtem Heizöl. Doch dem Verbraucher (und den kommunalen Verteilern) sollte diese Regelung recht sein, so lange der Schwerölpreis im Keller war. Doch die Verteuerung des schweren Heizöls zwingt nun zum Umdenken. Daher wurde der Wunsch der Kommunen laut, den Gaspreis mehr an das leichte Heizöl zu binden - eine Spekulation auf fallende Preise für leichte Wärme und auf weiter anziehende für Schweröl.

Daher das Angebot der Erdgasimporteure, künftig den Preis für leichtes Heizöl zum Pegel für die Erdgaspreise zu machen, wobei die Kommunen selbst festlegen können, in welchem Ausmaß sie die Leichtölpreise als Kalkulationsbasis heranziehen wollen - dann aber endgültig, denn die Abgabe-Preisklausel gilt gleichzeitig als Rechnungsgrundlage für die Erdgasanbieter, ob sie nun Russen oder Norweger sind.

Prognose: Die Kommunen nehmen die Leichtölklausel an, denn dann ist gesichert, daß der Erdgaspreis am 1. Oktober nicht steigt. Bleiben sie bei der Schwerölklausel, so stehen dem Verbraucher Preisrückführungen um sieben Prozent ins Haus.

INTERNATIONALE HANDELSKAMMER / DIHT-Präsident in Stockholm

Stagnation im Osthandel durch neue Kooperationen überwinden

Durch neue Handels- und Kooperationsformen kann nach Ansicht des Präsidenten der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHT), Otto Wolff von Amerongen, die Stagnation im Ost-West-Handel in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts überwunden werden. Wachstumsraten wie in den siebziger Jahren hält er jedoch nicht für möglich.

Verstärkte Arbeitsteilung, verbesserte Wirtschaftsbeziehungen zum beiderseitigen Vorteil setzen indes, so Wolff auf dem 28. Kongreß der Internationalen Handelskammer in Stockholm, adäquate politische Rahmenbedingungen voraus. Zwar bildeten die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Ländern des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) und den westlichen Industriestaaten der OECD seit 25 Jahren die stabilsten Verbindungen im Rahmen aller Beziehungen, sie drohten jedoch unter dem gegenwärtigen rauen politischen Klima Schaden zu nehmen.

Wolff wies nachdrücklich auf die unterschiedliche Entwicklung des Handels mit der Sowjetunion einerseits und den kleineren RGW-Staaten andererseits hin. Der Anteil des Westhandels am Außenhandel der kleineren RGW-Staaten sei gesunken. Mit 22 Prozent lag die Quote 1982 unter dem Vergleichswert von 1970. Wolff sieht darin ein Zeichen, daß es den RGW-Staaten nicht gelungen ist, die internationale Wettbewerbsfähigkeit ihrer Exportindustrien zu halten. Sie hätten Anteile an die Schwellenländer verloren.

Dagegen sei die Westhandelspolitik der Sowjetunion nicht vom stren-

gend gegenüberstehen. Allerdings setze gerade die kapitalintensive Energiekooperation ein geeignetes Ost-West-Klima voraus.

Die kleineren RGW-Staaten müßten ihre zahlungsorientierte Westhandelspolitik noch einige Zeit durchhalten, obwohl sich bereits Konsolidierungserfolge abzeichneten. Vor diesem Hintergrund sollte der Westen „ernsthaft eine vorsichtige Wiederaufnahme des Kreditgeschäfts mit einigen Ländern Osteuropas prüfen“. Natürlich würden neue Kredite im Umfang begrenzt und vorwiegend projektgebunden sein.

Hoffnung setzt Wolff darauf, daß längerfristig eine stärkere Spezialisierung innerhalb des RGW zu einer Qualitätsverbesserung und einem höheren technischen Niveau von Industrieprodukten führen werde. Damit könnten sich die Absatzchancen auf den westlichen Märkten verbessern. Eine größere Palette von Fertigwaren mit höherer Qualität sei eine wichtige Voraussetzung für höhere Importe aus den RGW-Ländern.

Kompensationsgeschäfte würden auch künftig zum Instrumentarium des Ost-West-Handels gehören. Wolff sieht darin einen Zwang für westliche Industrieunternehmen, solchen Anforderungen zu begegnen. „Kompensationen können kurzfristig Ausfälle bedeuten, sie sollten jedoch nie, wie das nur zu häufig geschieht, zur Vorbedingung für Geschäfte gemacht werden“, warnte Wolff.

EIGENKAPITAL

Gesetzentwurf zur Förderung

HEINZ HECK, Bonn

Die Bundesregierung will die Eigenkapitalbildung vor allem des Mittelstands durch eine Reihe organisatorischer Maßnahmen erleichtern. Dagegen ist keine steuerliche Förderung vorgesehen, allenfalls die Abschaffung der Gesellschaft- und Körperschaftsteuer. Ein im Finanzministerium erarbeiteter Vorentwurf eines Gesetzes zur Förderung der Eigenkapitalfinanzierung inländischer Unternehmen hat zum Ziel, nicht emissionsfähigen mittelständischen und jungen Unternehmen über Beteiligungsgesellschaften zumindest mittelbar den Zugang zu den organisierten Märkten für Eigenkapital zu öffnen. Damit soll diesen Unternehmen nicht nur zu typischen stillen Beteiligungen verholfen werden, sondern auch zu echtem Risikokapital.

Da sich Arbeitnehmer über den Erwerb von Aktien oder Genussscheinen der Kapitalbeteiligungsgesellschaft indirekt am Produktivkapital mittelständischer oder junger Unternehmen beteiligen können, kommt diesem Modell auch vermögenspolitische Bedeutung zu, wie der parlamentarische Staatssekretär beim Finanzminister, Friedrich Voss (CSU), jetzt erklärt hat. In einer zweiten Stufe des Vermögensbeteiligungsgesetzes sind vor allem Regelungen für außerbetriebliche Vermögensbeteiligungen über Kapitalanlage- und Beteiligungsgesellschaften vorgesehen, die Arbeitnehmern die Beteiligung an nichtemissionsfähigen Unternehmen erleichtern sollen.

FINANZ-HEARING

Kritik an höherer Steuerpauschale

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Der neue Hamburger Finanzsenator Horst Gobrecht (SPD) hat vom Bund einen Ausgleich für die Einnahmeverluste gefordert, die den Ländern bei der vorgesehenen Anhebung der Vorsteuerpauschale für die Landwirte von acht auf 13 Prozent entstehen. Von dem 1984 zu erwartenden Steuerausfall von 1,8 Milliarden Mark müßten die Länder immerhin 576 Millionen tragen, obwohl es sich um eine originäre Bundesaufgabe handele. Überdies sei die vorgesehene Maßnahme sozial unausgewogen.

Nach einem Hearing des Finanzausschusses wiesen die Experten der Union darauf hin, daß diese Bedenken wie auch die Hinweise auf die Umwegungsmöglichkeiten und die verwaltungsmäßigen Erschwernisse sehr ernst genommen würden. Sie sollten bei der abschließenden Beratung so bald wie möglich berücksichtigt werden. Wie auch der Vertreter des Bauernverbandes sehen sie jedoch kein Instrument, das den Abbau des EG-Grenzausgleichs für die deutschen Bauern besser auffangen könne als die Umsatzsteuerbefreiung. Die Unionsexperten hoffen, daß Widerstände innerhalb der EG überwunden werden könnten.

Im Hearing gab es an der Maßnahme viel Kritik. Der Kieler Professor Ulrich Köster bezeichnete sie als „ökonomisch unsinnig“. Es sei unverständlich, daß in Brüssel der Abbau staatlicher Vergünstigungen beschlossen worden sei, der durch nationale Maßnahmen jetzt wieder rückgängig gemacht werden solle.

AUF EIN WORT



Der technische Fortschritt ist auch zur Beherrschung der Gefahren durch die Technik einsetzbar, wenn dieses Ziel konsequent und mit dem notwendigen Fachwissen angegangen wird.

Dr. Wolfgang Jentsch, Vorstandsvorsitzender der BASF AG, Ludwigshafen
FOTO: DEWET

„Banken werden sich stark spezialisieren“

dpa/VWD, Frankfurt

Zukünftig werden sich im Firmengeschäft der Banken zwei Institutstypen herauskristallisieren: einerseits die Handelsbanken, die Verbindungen mit großen Handelshäusern eingehen und Handel mit Finanzmitteln und Rohstoffpositionen betreiben, und andererseits die Haftkapital bereitstellende Investmentbank. Diese Ansicht vertritt Eckhard Gotthalk von der deutschen Niederlassung der US-Gröbank Bankers Trust auf einer Tagung „Banken im Jahr 2000“. Zusätzlich müsse das deutsche Kreditgewerbe im Privatbankensektor seine Verkaufsstrategien ändern, um im Wettbewerb mit Kreditkartenzustellern, Versandhäusern, Versicherungsbüro und Brokern zu bestehen.

ELEKTROHANDWERK / BUNDESPOST

Gemeinsame Erklärung sichert Breitband-Anteil

JOACHIM WEBER, Frankfurt
„Von existenzieller Bedeutung fürs Elektrohandwerk“ ist nach Ansicht von Heinz-Werner Schult, Hauptgeschäftsführer des Branchenverbands ZVEH, eine „Gemeinsame Erklärung“ seiner Ständesvertretung und des Postministeriums, die den privaten Unternehmen ein größeres Stück vom Kuchen der Breitbandverkabelung sichern soll, als es den bisherigen Intentionen der Post entsprach.

Die Erklärung sieht vor, daß der Betrieb, die Aufbereitung, Verteilung und Vermarkung der von der Bundespost angebotenen Signale (also der diversen Programme) künftig in alleiniger Verantwortung durch die private Wirtschaft erfolgen soll. Dabei werden die Unternehmen für alles zuständig sein, was auf „privatem Grund“ verlegt wird.

Darin liegt auch der gravierende

Unterschied zur bisherigen Regelung. Danach reichte der Kompetenzbereich der Bundespost quasi „bis in den Keller“, und umfaßte auch die Anschlußeinrichtungen. Das Handwerk hatte diese Abgrenzung als kalte Übernahme des bisher privatwirtschaftlichen Antennenbaus (Gesamtwert von Anlagen und Dienstleistungen: fünf bis sechs Mrd. DM pro Jahr) ins Postmonopol interpretiert und war dagegen Sturm gelaufen.

„Vom Tisch“ ist mit der neuen Erklärung die Befürchtung der Handwerker, die Post könne sich mit dem Zugriff auf den Privatmarkt auch Teile des Endgerätegeschäfts (mit Fernseh-, Video-, Bildschirmtextgeräten) aneignen, das für viele Rundfunk- und Fernsehbetriebe die Geschäftsgrundlage ist. Gesichert ist außerdem das Fortbestehen der installierten privaten Antennennetze.

US-AKTIENMÄRKTE

Nach enttäuschender Woche Index auf 15-Monats-Tief

AP/dpa/VWD, Washington

Die amerikanischen Aktienbörsen blickten auf einen recht enttäuschenden Wochenverlauf zurück. An der Wall Street ging der Dow-Jones-Industrieindex um 44,35 Punkte auf 1086,90 zurück und sank damit auf den niedrigsten Stand seit 15 Monaten. Der umfassende NYSE-Index schloß 3,16 Punkte niedriger auf 86,17. Umgesetzt wurden im Tagesdurchschnitt 77,16 Millionen Stücke gegenüber 83 Millionen in der Vorwoche.

Die Zuwächse bei der Industrieproduktion und beim Einzelhandelsumsatz in den USA sind im Mai mit plus 0,4 und plus 0,2 deutlich geringer ausgefallen. Im April war die Produktion noch um 1,4 Prozent gewachsen. Der Einzelhandel hatte eine Steigerung um 3,1 Prozent verzeichnet. US-Finanzminister Donald Regan rechnete jetzt mit einem realen Wirtschaftswachstum von etwa sechs gegenüber der bisherigen Annahme von fünf Prozent für 1984.

Auf durchschnittlich 4,7 Prozent der Umsatzerlöse sind die Gewinne nach Steuern der verarbeitenden Industrie der USA im ersten Quartal gestiegen. Im vierten Quartal 1983 waren es 4,3 Prozent und im ersten Quartal des Vorjahres waren es 3,2 Prozent. Die Gewinne im Bereich der Verbrauchsgüter betrugen in den ersten drei Monaten dieses Jahres 14,73 Milliarden Dollar nach 10,95 Milliarden Dollar vor einem Jahr. Zu diesem Sektor werden Erdöl-, Chemie- und Nahrungsmittelzuwächse gezählt, die einen Nutzungszeitraum von weniger als drei Jahren haben. Die Jahresrate der Rendite auf Aktien wird vom Ministerium mit 12,4 Prozent angegeben. Im letzten Quartal 1983 waren es 11,9 und im ersten Quartal 7,9 Prozent.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

USA gibt Argentinien keine weitere Kreditzusage

Washington (dpa) - Die US-Regierung hat es abgelehnt, eine 300-Millionen-Kreditzusage für Argentinien zu verlängern. Das US-Finanzministerium teilte mit, Washington werde einen neuen Kredit an das mit 45 Mrd. Dollar verschuldete Land in Erwägung ziehen, wenn Argentinien mit dem Internationalen Währungsfonds ein Programm zur Wirtschaftsanalyse vereinbare - wogegen sich das Land bisher gewehrt hat. Unklar sind bisher die Folgen des Ausstiegs der USA aus dem Rettungspaket, das Washington im März mit Mexiko, Brasilien und Venezuela auflegte, um Argentinien die Zinszahlungen zu ermöglichen.

Chemiefaser gefragt

Frankfurt (dpa/VWD) - Die gute Geschäftsentwicklung in der deutschen Chemiefaserindustrie hat sich im 1. Halbjahr 1984 fortgesetzt. Wie der Branchenverband in seinem Jahresbericht schreibt, überlagern sich derzeit günstige konjunkturelle und saisonale Einflüsse. 1983 erzielten die Faserhersteller bei einer Kapazitätsauslastung von durchschnittlich 90 Prozent einen Umsatz von 5,4 Mrd. DM (plus sechs Prozent) und einen Absatz von 904 000 Tonnen (plus zehn Prozent). Am stärksten wuchsen Polyacryl-Spinnfasern mit 23 Prozent vor Polyamid-Teppeichgarnen.

Bildungsurlaub abgelehnt

Düsseldorf (Py) - Die nordrhein-westfälischen Arbeitgeber lehnen den Entwurf eines Arbeitnehmerweiterbildungsgesetzes der Düsseldorfer Landesregierung, in dem pro Jahr fünf Tage bezahlter Bildungsurlaub verlangt wird, ab. Bei einer öffentlichen Anhörung im Landtag wurde der Gesetzentwurf als „ebenso schädlich wie unzweckmäßig“ bezeichnet. Die Bundesrepublik, so lautet das Arbeitgeber-Argument, müsse ohnehin die höchsten Lohnkosten, die kürzeste Arbeitszeit, die meisten Feiertage und mit sechs Wochen die längsten Jahresurlaubstage der Welt ver付ken.

Gegen Schnidner-Kartell

Rio de Janeiro (dpa/VWD) - Wenige Tage vor Beginn der ersten Konferenz mehrerer lateinamerikanischer Staaten über die Auslandsverschuldung am 21. und 22. Juni in Cartagena (Kolumbien) hat die brasilianische Regierung erneut klargestellt, daß sie die Bildung eines „Kartells der Schuldner“ sowie eine einseitige Einstellung der Zahlungen an das Ausland und kollektive Mehrstaatenverhandlungen über das Schuldensystem ablehnt. Finanzminister Ernane Galves und Planungsminister Antonio Delfim Netto betonten übereinstimmend, daß Brasilien seine Auslandsverschuldung von knapp 100 Mrd. Dollar weiterhin als ein bilaterales Problem ansehe.

Kapital wird aufgestockt

Hannover (dos) - Die Norddeutsche Landesbank will bis 1988 ihr Eigenkapital um 270 Mill. DM aufstocken. Über diese Summe ist mit den Eigentümern, dem Land Niedersachsen und dem Niedersächsischen Sparkassen- und Giroverband Einigung erzielt worden. Allerdings, so heißt es, seien Einzelheiten der Kapitalzuführung noch nicht endgültig abgeklärt. Mit der ersten Tranche in Höhe von 40 Mill. DM rechnet die

Bank 1985. Das Land sei um eine Lösung bemüht, die den Haushalt nicht zusätzlich belastet. Die Aufnahme der Dividendenzahlung (vier Prozent) dürfte in diesem Zusammenhang erleichternd wirken.

Hilfe für El Salvador

San Salvador (trt) - Die USA und El Salvador haben ein Wirtschaftsabkommen über 97,5 Mill. Dollar unterzeichnet. Der stellvertretende amerikanische Geschäftsträger in El Salvador, Kenneth Bleakley, erklärte, die Unterstützung sei ein Vertrauensbeweis der USA in die Regierung des neugewählten Präsidenten Jose Napoleon Duarte. Das Hilfspaket der Agentur für Internationale Entwicklung (AID) umfaßt 80 Mill. Dollar nicht zurückzahlender Gelder und 17,5 Mill. Dollar Kredite.

Londoner Kassapreise

	13.6.84	8.6.84
Kupfer (t/t)	977	1007,25
Blei (t/t)	340	340,5
Zink (t/t)	635	749,5
Zinn (t/t)	9167,5	9098,5
Gold (\$/Unze)	368,75	386,5
Silber (p/Unze)	626,60	652,90
Kakao (t/t)	1942,5	1960
Kaffee (t/t)	2254,5	2250
Zucker (t/t)	107	109,5
Kautschuk (p/kg)	61	64,5
Wolle (p/kg)	474	478
Baumwolle (cts/lb)	83,70	85,15

*) Abladung September; *) A-Index-Preis Liverpool

Übernahme akzeptiert

Wilmington (AP) - Die Aktionärsversammlung der amerikanischen Mineralgesellschaft Gulf hat der Übernahme des Unternehmens durch die Standard Oil Co. of California (Socal) für 13,4 Mrd. Dollar zugestimmt. Damit ist die größte Übernahmefinanztransaktion in der amerikanischen Firmengeschichte unter Dach und Fach.

Electronic Center geplant

Frankfurt (VWD) - Die Deutsche Bank plant in Frankfurt ein neues Projekt: Innerhalb der kommenden drei Jahre soll in der Mainmetropole mit Investitionen von mindestens 200 Mill. DM das „Frankfurter Electronic Center“ (FEC) entstehen - eine ständige Leistungsschau der internationalen Computerindustrie. Neben der ständigen Repräsentation von Hard- und Software sind im FEC auch Schulungs- und Dienstleistungszentren vorgesehen.

Defizit wieder moniert

Washington (VWD) - Erneut und mit Vehemenz hat der Leiter des Federal Reserve Board, Paul Volcker, die Forderung unterstrichen, kräftige Einschnitte an den US-Budgetdefiziten vorzunehmen, wenn man den Aufschwung nicht behindern wolle. In einer Erklärung, die er für eine Anhörung vor dem Unterhaushalt des US-Senats vorbereitet hat, bekräftigt er seine Ansicht.

Weg der Kurse

	14.6.84	8.6.84
Boeing	41,75	42,875
Chrysler	23,375	24,625
Citigroup	28	29,625
Coca-Cola	56,625	56,875
Exxon	40,125	40,625
Ford Motors	38,50	37,625
IBM	100,75	108,75
PanAm	5,625	5,50
US Steel	26,875	26,75
Woolworth	33,25	36

PRIVATE KRANKENVERSICHERUNG

Gebührenpraxis stößt in Bonn auf herbe Kritik

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die Anwendung der seit Anfang 1983 geltenden neuen Gebührenordnung für Ärzte (GOA) ist im Bundesministerium für Arbeit und Soziales auf Kritik gestoßen. Auf der Mitgliederversammlung des Verbandes der privaten Krankenversicherung (PKV) in Konstanz äußerte sich der parlamentarische Staatssekretär Wolfgang Vogt besorgt über die Tendenz, bei Rechnungen grundsätzlich die Schwellenwerte (das 2,3 und 1,8fache für persönliche und technische Leistungen) zu berechnen.

Der Gebührenrahmen sei nicht nur nach oben, sondern auch nach unten flexibel. Vogt: „Wenn 85 Prozent der berechneten Gebühren für persönliche ärztliche Leistungen und 92 Prozent für medizinisch-technische Leistungen nach den Regelhöchstätzen berechnet werden, gibt es eine fakti-

sche Eibeitsgebühr. Dieses Rechnungsbildung gefähre den Gebührenrahmen für ärztliche Leistungen.“ Für notwendig hält Vogt auch eine Reform der Gebührenordnung für Zahnärzte.

Eine Absage erteilt das Arbeitsministerium der Einführung einer gesetzlichen Pflichtversicherung für den Pflegefall. Eine solche Versicherung führe dazu, daß alte Menschen aus den Familien in Pflegeheimen abgeschoben würden, „damit sich die Kosten amortisieren“. Zurückhaltend äußerte sich Vogt auch zu dem Vorschlag der privaten Krankenversicherung, im Zuge der geplanten rechtlichen Besserstellung des Teilzeitarbeitsverhältnisses ein Befreiungsrecht von der Krankenversicherungspflicht einzuführen, wenn infolge Teilzeitarbeit das Einkommen unter die Pflichtgrenze sinkt.

BAUSCHÄDEN / Steigende Kosten zur Bestandserhaltung beunruhigen

Viele Pfuscher bleiben ungeschoren

GISELA REINERS, Bonn

Wer seinen Arbeitsplatz in Bonner Regierungsbauten hat, lebt manchmal gefährlich und ungemütlich. Im Kanzleramt regnete es durchs Dach, von auswärtigen Amt drohten Fassadenplatten herunterzufallen, ebenso wie an den architektonisch interessanten Ministeriumsbauten von Justiz und Wissenschaft der Beton zerbröckelte. Vergleichsweise ungefährlich war es da im neuen Abgeordnetenhaus („Langer Eugen“). Dort beschigten nur die Isolierglasfenster zwischen dem 19. und dem 27. Stock an der Wetterseite, an der allerdings auch „Durchfeuchtungen mit Schimmelbildung“ auftraten - und das acht Jahre nach Fertigstellung.

Von diesen Ärgernissen kindet der „Bericht über Schäden an Gebäuden“, den Bundesbauminister Schneider (CSU) jetzt seinem Auftraggeber, dem Bundeskabinett, vorlegt hat. Die Behebung der Risse,

Brüche und Absprengungen wird inzwischen zu einem volkswirtschaftlichen Kostenfaktor. Zwar könne man noch nicht, so der Bericht, von einem „untragbaren Bauschadenrisiko“ sprechen, wenn bei einem Hochbauvolumen von 200 Milliarden Mark die Beseitigung von Baumängeln jährlich mit 1,2 Milliarden angesetzt werde. Doch beunruhigend sei der steigende Aufwand zur Erhaltung des Bestandes, der 1982 schon 36 Milliarden gekostet habe. Vermutlich müßten künftig 1,5 Prozent des Anlagevermögens aller Gebäude für die Instandhaltung vorgesehen werden: rund 55 Milliarden.

Zur Beseitigung von Immissionschäden - von Schäden durch Luftverschmutzung also - müsse „sicher“ mit jährlich weit über vier Milliarden gerechnet werden. Schon 1979 habe das Umweltbundesamt die Schäden an rund 2,4 Millionen Wohnhäusern in Belastungsgebieten auf jährlich 1,5

Milliarden Mark geschätzt. Dabei seien aber nur Instandsetzungsarbeiten an Fassaden, Fenstern und Türen, Geländern und Dachrinnen berücksichtigt worden.

Ursachen für die Schadenszunahme sind laut Bericht „oft“ die Verwendung ungeeigneter erprobter Baustoffe und -verfahren, mangelnde Sorgfalt beim Bauen und Planen („Pfusch“), Herstellung unter Termindruck und mangelhafte Ausbildung der Fachleute. Es soll jetzt vor allem geprüft werden, ob nicht die Verjährungsfristen für bestimmte Ausführungsmängel verlängert werden sollen, weil oft genug Schäden erst nach zwei Jahren erkennbar werden. Bei der Reparatur des Flachdachs vom Kanzleramt wurde festgestellt, daß gegen „anerkannte Regeln der Bautechnik“ sowie die Dachdecker-Richtlinien“ verstoßen worden war. Die Pfuscher blieben wegen Verjährung ungeschoren.

STAHL/GIESSEREIEN

Lichtblicke der Konjunktur

J. GEHLHOFF, Düsseldorf
Vorwiegend positiv sehen die drei Aussteller der Stahl- und Gießereiausstellung in Düsseldorf die Entwicklung in 1984. Vom 22. bis 28. Juni sind hier die GIFA-Internationalen Gießereiausstellung (500 Aussteller), die „thermo“-Ausstellung für Industrie- und wärmetechnische Produktionsverfahren (231 Aussteller) und METEC-Fachmesse für Hüttentechnik (273 Aussteller) vereint.

Am positivsten äußert sich zu dieser Heerschau metallurgischer Leistungsfähigkeit die deutsche Gießereiforschung, mit 105 000 Beschäftigten und 4 Mill. t Jahresausstoß die größte in Europa. Der in 1. Quartal 1984 um 4 Prozent höher als vor Jahresfrist ausfallende Auftragsbestand signalisiert Produktionsanstieg auch für das volle Jahr, das bei 600 Mill. DM pro Jahr liegende Investitionsvolumen der Gießereien zeige steigende Tendenz. Die deutschen Gießereimaschinenbauer, vor Japan und USA weltgrößte Exporteure, erleben nach der letzten Flaute im 1. Quartal 1984 sogar eine Verdoppelung ihres inländischen Auftragsbestandes, allerdings keine Exportbelebung.

Keine nennenswerte Ausfuhrsteigerung für 1984 erwarten die deutschen Produzenten der „Thermo-Prozess-Technik“, die 1983 dahinein wie in der Welt einen starken Aufwärtstrend hinnehmen mußten und ihre Aussichten für 1984 bislang „nicht sehr ermutigend“ nennen. Größere Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen bei so wichtigen Abnehmerbranchen wie der Autoindustrie und ihrer Zulieferer seien noch nicht zu spüren. Die Anlagenbauer in der Hüttentechnik schließlich registrieren neuerdings eine Besserung ihrer durch die lange Stahlkrise bedrohlich eng gewordenen Auftragslage.

Abonnieren Sie Informationsfülle

Es gibt dickere Zeitungen als die WELT. Kein Blatt aber bietet eine größere Vielfalt an Meldungen und Berichten: komprimiert, konzentriert, übersichtlich geordnet. Beziehen Sie die WELT! Ihr Abonnement. Dann sind Sie täglich schnell und umfassend informiert.

DIE WELT

Hinweis für den neuen Abonnenten:
Sie haben das Recht, Ihre Abonnement-Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) schriftlich zu widerrufen bei DIE WELT.
Vertrieb: Postfach 3058/50, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb: Postfach 3058/50, 2000 Hamburg 36.

Bestellchein

Bitte liefern Sie mir zum nächstmöglichen Termin bis zu weiteren 5 Exemplaren der WELT. Der monatliche Bezugspreis beträgt DM 25,00 (Aussend. 35,00). Lieferversand auf Anfrage. Anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Name: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Beruf: _____
Telefon: _____ Datum: _____

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) schriftlich zu widerrufen bei DIE WELT.
Vertrieb: Postfach 3058/50, 2000 Hamburg 36.

Depfa: Engere Beleihungsgrenzen

CLAUS DERTINGER, Frankfurt
Die zunehmende Zahl der Zwangsversteigerungen und Preisrückgänge am Immobilienmarkt veranlassen die Deutsche Pfandbriefbank (Depfa), Wiesbaden, die größte - öffentlich-rechtliche - Hypothekengeldgeberin zu größerer Vorsicht. Sie zieht die Beleihungsgrenzen enger und orientiert sich nicht mehr, wie bisher üblich, vor allem an den Herstellungskosten (normalerweise 80 Prozent), sondern stärker am Marktwert, der niedriger angesetzt wird. Überdies wird die Hypothek im Gewerbe allgemein mehr und mehr zum Personalkredit, bei dem die Bonität des Kreditnehmers besonders wichtiges Kriterium ist.

In den ersten fünf Monaten dieses Jahres hat die Depfa in 80 Vollstreckungsfällen 5,9 Mill. DM Verluste (nach 3,9 Mill. DM in 55 Fällen im gesamten Jahr 1983) erlitten, wovon 5 Mill. DM durch Einzelwertberichtigungen gedeckt sind. Die in den ersten fünf Monaten 1984 eingeleiteten Zwangsversteigerungen betrafen wie schon 1983 zu neun Zehnteln Ein- und Zweifamilienhäuser sowie Eigentumswohnungen mit Schwermetall in Niedersachsen und Schleswig-Holstein, den beiden Hansestädten sowie Nordrhein-Westfalen.

Deutlich gespürt hat die Depfa in diesem Jahr die Nachfrage nach am Wohnungsbau und den geringeren Kreditbedarf der öffentlichen Hand. So schrumpften die Hypothekenzusagen bis Ende Mai gegenüber der gleichen Vorjahreszeit von 1,9 auf 0,9 Mill. DM und die Kommunalkreditzusagen von 4,5 auf 2,7 Mill. DM.

Für 1983 wird ein Jahresüberschuß von 48,8 (45,7) Mill. DM ausgewiesen, von dem 34,2 Mill. DM in die offenen Rücklagen eingestellt werden.

BAT CIGARETTENFABRIKEN / Absatz nun deutlich über Branchendurchschnitt - Rückkehr zur Normalität

Narben des Marktkampfes noch nicht verheilt

J. BRECH, Hamburg
Deutschlands zweitgrößter Tabakkonzern, die BAT Cigarettenfabriken GmbH, Hamburg, ist wieder im Aufwind. Die Narben aus dem schweren Marktkampf 1983 seien zwar noch tief und nicht verheilt, so betont Vorstandsvorsitzender Dieter von Specht, doch könne er konstatieren, daß sich die BAT in einem gesunden Zustand befindet.

Die Zuversicht belegt von Specht mit Absatzzahlen für die ersten 5 Monate dieses Jahres, die deutlich über dem Branchendurchschnitt liegen. Während die BAT den Inlandsabsatz um 11,2 Prozent steigerte, wuchs der Gesamtmarkt lediglich um 6,5 Prozent. Der Marktanteil der BAT kletterte folglich um 1,1 Prozentpunkte auf 25,4 Prozent.

Zu der positionellen Verbesserung hat von Specht von Ausnahmen abgesehen das gesamte Sortiment beigetragen. Die Spitzenmarke HB legte gar 17 Prozent an Absatz zu und ist bei einem Marktanteil von 15,6 Prozent angelangt. Die Regionalmarke Kurmark Filter hält jetzt 1,6 Prozent vom Markt, Kim 1,26 Prozent. Überdurchschnittliche Zuwachsraten erzielten ferner die internationalen Marken, die BAT in Deutschland vertreibt. Einbußen erlitten dagegen erneut die Leichtmarke Krone, die inzwischen auf 1,75 Prozent abgesackt ist, und die BAT-Billigmarke Gold Dollar, die

von 1,9 auf 0,9 Prozent Marktanteil zurückgefallen ist. Seit Januar 1984, so erklärt von Specht, werde an Zigaretten auch wieder verdient. Auch dies signalisiert Rückkehr zur Normalität. Unter Ertragsaspekten hat BAT wie die gesamte Branche 1983 einen beispiellosen Sturzflug hinter sich. Im Zigarettenmarkt, das über Jahrzehnte zu den lukrativsten industriellen Bestätigung in der Bundesrepublik gehörte, schrieb BAT 1983 zum ersten Mal rote Zahlen. Finanzchef Ulrich Niemann zögert zwar mit Angaben über das Betriebsergebnis, doch dürfte es sich in einer negativen Größenordnung von 25 Mill. DM bewegen.

Das um 73,3 Prozent verschlechterte Ergebnis von 12 Mill. DM, das an die Muttergesellschaft BATIG abgeführt wird, sei optisch demzufolge auch viel zu schön, erklärt Niemann. BAT verdankt es einem positiven Saldo aus außerordentlichen Erträgen und Aufwendungen, vor allem aber 38 Mill. DM Erträgen aus Finanzanlagen, über die BAT in reichlichem Maß verfügt.

Innerhalb dieser Finanzlagen ist 1983 eine bedeutende Umschichtung vorgenommen worden. Der Zugang von 104 auf 496 Mill. DM stammt aus einer Beteiligung an dem Portfolio von 10 überregionalen Einkaufszentren der Hamburger Einkaufszentren-Entwicklungs GmbH (ECE), die BAT von der Versenderfamilie Wer-

ner Otto übernommen hat. BAT hält jetzt jeweils 23,75 Prozent an 4 Grundstücksgesellschaften, weitere 1,25 Prozent die Mutter BATIG.

Dieses große Immobilien-Engagement, aus dem Niemann eine höhere Netto-Rendite als aus Wertpapieren erwartet, ist zunächst zwischenfinanziert worden und soll 1984 durch den Verkauf von im Anlagevermögen befindlichen Wertpapieren finanziell konsolidiert werden.

Diese finanziellen Polster im Rücken dürften es BAT im Berichtsjahr 1983 erleichtert haben, das hohe Risiko einer völlig neuen Preisstruktur am Zigarettenmarkt einzugehen, die die Marktstellung zunächst erheblich beeinträchtigt hat. Allein die Brot- und Buttermarke HB fiel im Mai 1983 auf 12,4 Prozent Marktanteil, nachdem sie 1982 im Jahresdurchschnitt noch fast 18 Prozent gehalten hatte.

Nach Durchsetzung der Neuordnung der Preise, mit der BAT dem dramatischen Verfall der klassischen Markenpreissetzung entgegenwirken wollte, liege das Unternehmen wieder im positiven Trend, betont von Specht. Besonders für die klassischen Marken mit einem Anteil von wieder 84,4 Prozent am Gesamtmarkt (knapp 12 Prozent die Billigmarken der Industrie und 4 Prozent die Handelsmarken) sei das Bild wesentlich freundlicher geworden. In den ersten fünf Monaten sei der Gesamtmarkt zwar nur um 1 Prozent gewachsen,

doch hätte der Absatz von Marken-Zigaretten um 10 Prozent zugenommen. Einbußen von 35 Prozent erlitten nach BAT-Angaben dagegen die billigen Handelsmarken, Selbstgedrehte von 21 Prozent und Privateinführer aus dem preislich günstigeren Ausland von fast 18 Prozent.

Wenn die Zigaretten-Industrie nicht übermüdet werde, so von Specht, könnte das Zigarettengeheim auch künftig ertragsmäßig wieder ganz ordentlich darstehen. Dies gelte nur unter dem Vorbehalt, daß Bonn nicht erneut an der Steuer-schraube drehe. Gefahren für die Branche bestünden außerdem darin, daß die Zeit sehr unterschiedliche Entwicklung der einzelnen Unternehmen zu neuen Panik-Reaktionen führe. Einen zweiten Preiskrieg werde die Branche nicht durchstehen.

BAT	1983	± %
Umsatz (Mill. DM)	4.336	- 1,2
Absatz (Mill. St.)	34,4	- 8,3
dav. Inland	27,8	- 8,3
Ausland	6,6	- 8,3
Marktanteil (%)	24,43	(27,15)
dav. HB	14,4	(17,9)
Krone	1,8	(2,0)
Kurmark F.	1,5	(1,6)
Kim	1,2	(1,3)
Belegzahl	3.331	(3,1)
Jahresüberschuß	12	(- 73,3)
in % vom Umsatz	0,27	(- 7,7)
Netto-Cash-Flow	44	(- 72,0)
Investitionen	62	(+ 14,8)
Abstreifungen	71	(- 7,6)
Eigenmittel	392	(- 2,5)

NAMEN

Dr. Hans R. Heß, persönlich haftender Gesellschafter des Privatbankhauses Schließ & Co., Düsseldorf, wird heute 65 Jahre.

Georg Walter Reuschmann, früher Direktor für Marketing und Vertrieb bei Bauknecht, vollendet am 19. Juni sein 75. Lebensjahr.

Helmut Frankmeier, Vorstandsvorsitzender der Signal Krankenversicherung VVaG, Dortmund, wurde als Nachfolger von Dr. Heinz Bach zum Vorsitzenden des Verbandes der privaten Krankenversicherungen gewählt. Frankmeier ist außerdem stellvertretender Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes der Versicherungsunternehmen in Deutschland und Vorsitzender des Bundesverbandes der Versicherungsunternehmen.

Hans-Friedrich Weihs (41), Marketing-Manager bei der Kellogg's GmbH, Bremen, übernimmt ab 1. Juli die Marktleitung der Dornack AG, Norden.

Gerhard Strub ist zum Präsidenten des Bundesverbandes Heizung Klima Sanitär e.V. (BHKSS), Bonn, gewählt worden.

ILO / Vor 1500 Delegierten setzte Blum sich für die Normenkontrollverfahren ein

Ostblock fordert vergeblich Änderungen

IRENE ZUECKER, Genf
Die Normenkontrollverfahren haben sich bewährt und sollen daher nicht verändert werden. Zu ihren unantastbaren Grundprinzipien gehört, daß die Anforderungen an die innerstaatliche Durchführung in allen Ländern gleich sind. Denn nur durch gleiches Recht gegenüber allen Mitgliedsstaaten können die grundlegenden humanitären Arbeits- und Lebensbedingungen in aller Welt angestrebt werden. Damit verteidigte Bundesarbeitsminister Norbert Blum vor 1500 Delegierten der International Labour Organisation (ILO) die Durchsetzung der bestehenden internationalen Arbeitsnormen.

Dabei hat der Ostblock seine diplomatische Schlacht mit dem Ziel, das Normenkontrollverfahren zu schwächen, verloren. Denn in einer geheimen Abstimmung im Resolutionsausschuß über die Prioritäten der laufenden Konferenz ist der kommunistische Antragsträger auf Platz sechs gelangt, während nur die fünf

erstplatzierten, vom Westen favorisierten Anträge, behandelt werden. Der Westen konnte die Ostblockresolution abblockieren, da sie zusammen mit Entwicklungsländern den Anträgen zustimmen, von denen sich die Dritte Welt wirtschaftliche Hilfe verspricht.

Rechtlich ist die Normenkontrolle eindeutig, denn die meisten Ostblockländer, so auch die Sowjetunion und Polen, haben die sie interessierenden ILO-Konventionen ratifiziert. Danach muß sich allerdings ein Land im Falle von Anschuldigungen den ILO-Kontrollen der Normenbefolgung unterwerfen. Dieses System funktioniert bisher in vielen Fällen wurden beanstandete Mängel beseitigt.

Auslöser der Ostblock-Offensive waren Untersuchungen der ILO über die Vereinigungsfreiheit und das Recht auf Bildung unabhängiger Gewerkschaften in Polen, Rumänien, der Sowjetunion und der Tschechoslowakei. Reaktionen auf diesen neuen Kurs der Gleichbehandlung aller

Mitgliedsstaaten blieben nicht aus. Polen und Vietnam setzen seit einem Jahr ihre ILO-Mitarbeit aus, Vietnam, um sich so gegen die Beschuldigung zu wehren, beim Bau der transsibirischen Erdgasleitung würden Landeuteile als Zwangsarbeiter eingesetzt. Gegen Polen läuft eine Untersuchung wegen des Verbots von Solidarität, ihrer Vermögensbeschlagnahme und wegen der Verhaftung von Gewerkschaftsführern.

Die kommunistischen Länder verschärfen sich gegen die ILO-Kontrollen hinter der „staatlichen Souveränität“ und dem Prinzip der Nichtmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes. Der russische Regierungsbevollmächtigte stellte sich in Genf auf den Standpunkt, die ILO müsse die unterschiedlichen Gesellschaftsformen der Mitgliedsländer berücksichtigen. Von westlichen Demokratieverständnis geprägten ILO-Normen dürften nicht weltweit gleich angewandt werden.

GROSSBRITANNIEN / Streik der Bergleute

Fronten wieder verhärtet

WILHELM FURLER, London
Die Fronten im britischen Bergleutestreich haben sich plötzlich wieder verhärtet. Nachdem zunächst sowohl auf seiten der Bergleute-Gewerkschaft als auch beim Arbeitgeber, dem National Coal Board, Gespräche über die Prioritäten der laufenden Konferenz stattgefunden hatten, scheint die Lage jetzt so verfahren wie kaum zuvor.

So hat die Führung der Bergleutegewerkschaft NUM unter ihrem linksradikalen Führer Arthur Scargill eine von der staatlichen Kohleverwaltung vorgelegte Revision des Kohleplans aus dem Jahre 1974 rundweg als inakzeptabel abgelehnt. Der neue Kohleplan soll die Kohleproduktion auf 100 Millionen Tonnen (Finanzjahr 1984/85) auf bis zu 150 Millionen Tonnen Ende dieses Jahrhunderts angehoben werden. Außerdem sollten einer reduzierten Zahl von Bergleuten „deutlich höhere Bezüge“ angeboten werden.

Doch die weiterhin beibehaltene Zielsetzung des National Coal Board,

die britische Kohleindustrie so wirtschaftlich wie möglich zu führen und daher unrentable Zechen möglichst rasch zu schließen, stößt unverändert auf den erbitterten Widerstand militanter Gewerkschaftsmitglieder.

Inzwischen hat die Regierung durchblicken lassen, daß den Streikenden keine neuen Verhandlungen angeboten werden, solange kein merklicher Wandel in der Einstellung zum Zustand festzustellen ist. Solange werde auch der neue Kohleplan in der Schublade bleiben. Ein Andauern der Streikaktion, an der rund zwei Drittel der britischen Bergleute beteiligt sind, scheint vorprogrammiert. Immer häufiger warnen beide Seiten sogar vor der Möglichkeit, daß der Zustand bis ins nächste Jahr hinein fortgesetzt werden könnte.

Empört reagierte die Gewerkschaftsführung auf die Ankündigung von Ian MacGregor, Chairman des National Coal Board, demnächst eine eigene Urabstimmung unter den Bergleuten für oder gegen landesweite Streikaktionen abzuhalten. Scargill, der sich weigert, eine landesweite Urabstimmung abzuhalten, nannte diesen Vorschlag „unverschämte und undemokratisch“.

IDUNA VERSICHERUNGEN / Hypothekenschwindel mindert Ergebnis - Geringerer Bestandszuwachs

Kunden profitieren von starker Ertragskraft

HARALD POSNY, Hamburg
Nach zwei wachstumsschwachen Jahren hat die Iduna Vereinigte Lebensversicherung AG für Handwerk, Handel und Gewerbe, Hamburg, 1983 wieder voll von der leichten Aufstellung des Konjunkturhorizonts profitiert, die, so Vorstandsvorsitzender Horst Becker, allgemein Spar- und Vorsorgebereitschaft stärken. So liegt die Gesellschaft um einiges über dem Branchendurchschnitt, wenn auch zum Teil bedingt durch die vom Gesetzgeber vorgeschriebenen Höchstbeiträge der Rentenversicherung und die damit verbundene Anpassung dynamischer Versicherungen (1,94 nach 0,78 Mrd. DM).

Der gegenüber dem Jahr zuvor geringere Bestandszuwachs geht auf die enorm gestiegenen Gesamtabgaben zurück, wobei die Abläufe mit 435 Mill. DM den relativ stärksten Anstieg verzeichneten, was wiederum mit dem Auslaufen der erstmals

nach 12 Jahren fällig gewordenen Vermögenswirksamen Versicherungen zusammenhängt. Hier wirkte sich, so Vorstandsvorsitzender Hermann Schlee, ein gewisser „Ansteckungseffekt“ aus, demzufolge auch länger als für 12 (steuerveranschlagte) Jahre festgelegte Verträge gekündigt und ausgetauscht wurden.

Entgegen diesen Sorgen, die auch andere Unternehmen teilen, zeigt die Iduna eine verstärkte Ertragskraft, die weitestgehend, nämlich zu 99,6 Prozent aus dem 20 (27,6) Prozent auf 484 Mill. DM gewachsenen Bruttoüberschusses, den Versicherten, zunächst als Rückstellung zur Beitragsrückerstattung, zugute kommt.

Im Zusammenhang mit dem Anfang dieses Jahres aufgedeckten Hypothekenschwindel hat die Iduna - ergebnismindernd - 13,3 Mill. DM für problembehaftete notleidende gewordenen Beleihungsfälle vorsorglich wertberichtigt. Gleichwohl hoffe

man, bei den etwa 100 Fällen mit 40 bis 50 Mill. DM mehr ausgezahlten Hypotheken als der Grundstückwert betrug, gute Verkaufserlöse zu erzielen, notfalls werde man selbst „einsteigen“.

Weniger schön ist das Bild der Iduna Allgemeine Versicherung AG. Das Wachstum von 4,9 (4,5) Prozent auf brutto 454 Mill. DM und das um 7,2 Prozent auf 371 Mill. DM gestiegene Netto-Beitragsvolumen mit 33 Prozent Kraftfahrtafel am selbstabgeschlossenen Geschäft ist befriedigend und weist eine günstige Schaden- und Kostenentwicklung auf. Jedoch technischer Rechnung der Schwankungsrückstellung mit 51 (0,9) Mill. DM und einer erstmals gebildeten Drohverlustrücklage von 9 Mill. DM mit einem trotz dem verringerten Verlust von 6,7 (10,3) Mill. DM. Dies wäre ohne Sondereinflüsse aus der Unfallversicherung aber auch nicht möglich

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Großauftrag für Uhde
Düsseldorf (J.G.) - Das Dortmunder Ingenieurbürounternehmen Uhde GmbH (Hochst-Konzern) hat aus Thailand den Auftrag zum Bau einer Polyethylenanlage für 144 Mill. DM erhalten. Eine erste derartige Anlage hat Uhde bereits 1982/83 in Thailand fertiggestellt. Die neue Anlage soll Ende 1986 betriebsbereit sein.

Nur Vorzugsaktien bedient
Hamburg (VWD) - Die Hamburger Getreide-Lagerhaus AG, Hamburg, wird für 1983 nur das Vorzugsaktienkapital von 2,55 Mill. DM mit 3 DM je 50-DM-Aktie bedienen. Das geht aus der Einladung zur HV am 31. Juli hervor. Im Vorjahr waren sowohl auf die Vorzugsaktien als auch auf das Stammkapital von 5,95 Mill. DM 6 DM je 50-DM-Aktie gezahlt worden. Der Bilanzgewinn ist 1983 auf 0,1 (1,0) Mill. DM gesunken.

Mehrheit bleibt in Italien
Rom (VWD) - Die Aktienmehrheit bei der Industria Zausi SPA verbleibt weiter in italienischen Händen, auch wenn das Unternehmen wahrscheinlich in Zukunft unter Führung einer ausländischen Gruppe operieren wird. Wie Sprecher des

Unternehmens mitteilen, werde entweder die schwedische Elektrolux oder die französische staatliche Thomson-Brandt eine 49prozentige Beteiligung an Zausi erwerben.

Erneut rote Zahlen
Oberursel (VWD) - Umzugs- und Produktionsausfallkosten führten bei der Maschinenfabrik Moenus-Turner GmbH, Oberursel, der wichtigsten Tochtergesellschaft der Moenus AG, im Geschäftsjahr 1983 zu einem Verlust von rund 1,7 Mill. DM. Nachdem bereits ein Verlustvortrag aus dem Vorjahr von ca. 2,2 Mill. DM besteht, hat die Moenus AG nach eigenen Angaben eine Teilwertabschreibung in Höhe von 2,0 Mill. DM auf ihre Beteiligung an Moenus-Turner vorgenommen. Zum Ausgleich wird die Moenus AG 1,85 Mill. DM aus ihren freien Rücklagen entnehmen und damit zum 31. Dezember 1983 einen geringfügigen Bilanzgewinn in Höhe von 100 DM ausweisen. Mit dieser Bilanzkorrektur des Bilanzgewinns wurde bei Moenus nach eigener Einschätzung ein Stillschub unter die zweijährige Umstrukturierungsphase gezogen. Der Vorstand erwartet für 1984 wieder schwarze Zahlen.

BAHLESEN / Produktion im Stammwerk wird eingestellt

Fixkosten nicht mehr tragbar

DOMINIK SCHMIDT, Hannover
Die H. Bahlsen Keksfabrik KG, Hannover, wird bis 1987 die Produktion im Stammwerk Hannover einstellen. Nach Angaben der Geschäftsführung erfordert die unrentable gewordenen Fertigung in dem aus der Jahrhundertwende stammenden Werk diese Maßnahme. Im Vergleich zu anderen Betrieben, so Lorenz Bahlsen, sind die Fixkosten in dem hannoverschen Werk um 50 Prozent höher.

Von der Schließung betroffen sind knapp 700 Mitarbeiter. Davon sollen 150 Beschäftigte mit Auslaufen der Saison im Oktober im Rahmen eines Sozialplans entlassen werden. Unter Ausnutzung der Fluktuation und dem Angebot, vorzeitig in den Ruhestand zu gehen, sollen bis 1987 weitere 300 Mitarbeiter abgebaut werden. Den restlichen 250 Beschäftigten werden im Werk Barsinghausen (35 Kilometer von Hannover entfernt) neue Arbeitsplätze angeboten.

Bahlsen hat bereits in den zurückliegenden drei Jahren die Mitarbeiterzahl im Werk Hannover um über 1000 reduziert. Derzeit werden in dem Be-

trieb sogenannte belegte Mischungen hergestellt, qualitativ hochwertige Erzeugnisse, die einen hohen personellen Einsatz erfordern.

In Barsinghausen wird Bahlsen zusätzlich 30 Mill. DM investieren, um die angekündigten 250 neuen Arbeitsplätze zu schaffen. Dabei handele es sich nicht nur um Investitionen für den Maschinenpark, sondern auch um den Bau von zwei zusätzlichen Hallen. Die Verlagerung der Produktion, so heißt es, stärke die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens und sichere so die Arbeitsplätze.

Nach den Worten der Geschäftsführer habe man von den Überlegungen der Firmenleitung zwar gewußt, bis Ende der Achtziger das Werk Hannover zu schließen. Die jetzige Entscheidung habe aber doch Betroffenheit ausgelöst. Bahlsen hat seit 1982 für Sozialpläne rund 15 Mill. DM aufgewandt. In welchem Umfang die neuerlichen Maßnahmen kostenwirksam werden, lasse sich derzeit noch nicht abschätzen. Insgesamt beschäftigt das Unternehmen im Inland rund 5700 Mitarbeiter, davon 1030 in Barsinghausen.

NECKARWERKE / 450-Millionen-Investitionen

Ehrgeizige Umweltschutzpläne

WERNER NEITZEL, Altbach
Mit einem großangelegten Umweltschutz-Konzept, das vor allem auf eine beschleunigte Entschwefelung und Entstickung von Rauchgasen aus ihren Kohlekraftwerken abzielt, setzt die Neckarwerke Elektrizitätsversorgung AG, Esslingen, für die Branche Zeichen. Bis spätestens 1990 will das Unternehmen allein für den Umweltschutz bei Kraftwerken insgesamt 450 Mill. DM investieren, wovon 370 Mill. DM bis 1986 anfallen.

Eines der ehrgeizigsten Projekte dabei ist das gegenwärtig im Bau befindliche 420-MW-Heizkraftwerk (Block 5) auf Kohlebasis in Altbach/Neckar, das Ende 1985 in Betrieb gehen soll und das dann - nach Einschätzung der Neckarwerke - das „sauberste“ Kohlekraftwerk in der Bundesrepublik sein wird. Für diesen Block 5 sind Baukosten von insgesamt rund 880 Mill. DM veranschlagt, davon erfordern die Investitionen für den Umweltschutz über 30 Prozent. Die in zwei Stufen vorgesehene Inbetriebnahme der Rauchgasentschwefelungsanlage (Firma Knauf FEV) wird beim Endausbau in 1986 eine

Restemission von 15 Prozent ermöglichen. Der nach der Großfeuerungsanlagen-Verordnung festgelegte Grenzwert von 250 bis 300 mg/m³ Schwefeldioxid-Konzentration, der ab Juli 1988 eingehalten werden muß, würde praktisch zwei Jahre früher erreicht.

Außerdem wird über emissionshemmende Feuerungstechniken hinaus eine katalytische Entstickungsanlage (Firma Steinmüller) eingebaut, welche die Stickoxid-Emission auf 200 g/jahr begrenzt (Kostenpunkt 65 Mill. DM). Für diese Demonstrationsanlage kommen 15 Mill. DM Zuschuß aus Bundesmitteln.

Mit ihrem Umweltschutzkonzept, das auch die anderen Kraftwerke einschließt, erreichen die Neckarwerke eine Reduzierung der Schwefeldioxid-Emission um mehr als 90 Prozent innerhalb von sieben Jahren. Die Betriebskosten für die Rauchgasreinigung des Blocks 5 in Altbach werden mit etwa 2,5 Pfennig je kWh beziffert, für die Nachrüstung des Kraftwerks Walheim werden rund 3 Pfennig je kWh als Betriebskosten angenommen.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Herbert Jung, Wie sie mit Japanern ins Geschäft kommen, Dudes Verlag, Düsseldorf 1984, 156 S., 42 Mark.

Herbert Jung, Leitfaden wendet sich nicht nur an Japan-Neulinge sondern auch an jene, denen der erhoffte Durchbruch in diesem großen Absatzgebiet bisher nicht gelungen ist. Der Autor, der 16 Jahre einen großen deutschen Chemiekonzern in Tokio vertrat, kann seine umfassenden Erfahrungen aus der Praxis in die Auswahl seiner ausführenden Ratsschläge einbringen. Zu seinen unentbehrlichen Hinweisen für das Japan-Geschäft gehört die These: In diesem Land hat auf die Dauer nur der Ausländer eine Chance, der sich ganz auf die von westlichen Normen abweichenden Verhaltensweisen einstellt. Der schnelle Erfolg ist auf diesem Markt nicht zu haben. Jung berichtet ausführlich, wie man die richtige Partnerfirma findet oder wie man Rivalität und Vertriebskraft des Partners testen kann.

Andere praktische Tipps des Autors behandeln die Patentpolitik und die Lizenzvergabe. Wer mit seinen Erzeugnissen in Japan ins Geschäft kommen will und dort keine Schutzrechte, vor allem Patente angemeldet hat, muß sich darüber im klaren sein, daß er bei seinem Engagement mit einem schweren Handicap belastet ist. Ferner gibt es keinen verlässlichen Schutz vor den negativen Folgen einer Weiterentwicklung der von einem Partner auf dem Lizenzweg erwor-

nen Technologie. Das Vorgehen des japanischen Partners kann aber durch einen technischen Kooperationsvertrag, der den Austausch und die gemeinsame Verfolgung weiterer Erkenntnisse auf dem Lizenzgebiet zum Ziel hat, unter Kontrolle gehalten werden.

In den Geschäftsbeziehungen mit Japanern sieht Vertrauen an erster Stelle. Eine „Anwärmphase“ von mindestens zwei Jahren ist nötig, um mit viel Geduld und gutem Willen die gute Einvernehmen herzustellen. Mißverständnisse und daraus erwachsenen Partnerkrisen kann man etwa dadurch vorbeugen, daß man zum Abschluß geschäftlicher Besprechungen einen „Letter of Understanding“ abfaßt, in dem der Inhalt der erzielten Übereinkunft umrissen wird.

Schließend: Das Arbeitszeugnis, 8. Aufl. 1983, Verlag Recht und Wirtschaft, Heidelberg, 1983, 119 S., 20 Mark.

Zeugnisse bei Beendigung eines Arbeitsverhältnisses müssen nicht zu Querelen und Rechtsstreitigkeiten führen, wenn bei der Abfassung bereits die problematischen Punkte berücksichtigt werden. Was in das Zeugnis hineingeht, was weglassen darf oder muß, handelt die vorliegende Schrift übersichtlich ab. Zahlreiche Muster dienen als Formulierungshilfe für die betriebliche Praxis. Das kleine Buch ist wohl für jeden Betrieb von Nutzen.

RENTENMARKT / Zuviele Auslandsanleihen

Zinsen blieben recht stabil

Der Rentenmarkt macht, ganz im Gegensatz zur Aktienbörse, einen recht stabilen Eindruck. Nach einem anfänglichen leichten Anstieg sind die Renditen im Laufe der letzten Woche wieder gesunken. Eine gewisse Unterstützung erhielt der Markt von den USA, wo die Rendite langlaufender Staatspapiere um rund 0,20 Prozentpunkte zurückgegangen ist, obwohl

die Unsicherheit über den weiteren Zinsrendite wegen der internationalen Schuldenkrise und des hohen, vom Notenbankchef Paul Volcker gerade wieder scharf kritisierten Budgetdefizits keineswegs gewichen ist. Etwas schwächer war die Tendenz ausländischer DM-Anleihen, weil dieser Markt mit Neuemissionen überfüllt wird.

Endkupon	15.6.84	8.6.84	29.12.83	30.12.83	30.12.81
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,59	7,57	7,68	7,45	10,05
Anleihen der Städte, Länder und Kommunverbände	7,70	7,68	7,72	7,04	10,55
Sonderanleihen von Sonderinstitutionen	7,64	7,64	7,73	7,61	10,26
Schuldverschreibungen der Industrie	7,82	7,77	8,29	8,24	11,52
Kreditanstalten u. Körperschaften	7,96	7,97	7,90	7,85	10,12
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,38	7,38	7,64	7,43	10,50
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	8,19	8,20	8,30	7,94	9,75
Inländische Anleihen insgesamt	7,65	7,66	7,89	7,63	10,19
DM-Auslandsanleihen	8,09	7,97	8,08	8,45	10,82

FUSSBALL / Endlich: Der erste Sieg bei der Europameisterschaft – ein mühevolleres 2:1 über Rumänien

Das war Fußball, wie ihn sich die deutschen Fans von ihrer Mannschaft erhoffen: Schnell, technisch gut, torreich und kampffreudig. Frankreich und Dänemark setzten bei ihren 5:0-Siegen die ersten Glanzlichter der Titelkämpfe in Frankreich. Die Jugoslawen sind bereits ausgeschieden. Belgien muß Dänemark besiegen, um noch ins Halbfinale zu kommen. Das ist die Situation in der Gruppe 1.

„Deutschlands Mannschaft hat nach dem 2:1-Sieg über Rumänien alle Chancen, das Halbfinale der Europameisterschaft in Frankreich zu erreichen. Am Mittwoch spielt sie im letzten Spiel der Gruppe 2 gegen Spanien. Es war ein Erfolg, der erlitten werden mußte. Bundestrainer Jupp Derwall: „Wir sind zu viel gerannt und haben zu wenig Fußball gespielt.“ Überzeugend war die Leistung von Derwalls Team noch immer nicht.

Belgiens Fußball ist nach dem Bestechungs-Skandal und den Sperren wichtiger Abwehrspieler nicht mehr europäische Spitzenklasse. Der 2:0-Sieg im ersten Spiel gegen Jugoslawien ist offensichtlich überschätzt worden, vielleicht auch das neue Talent Siffert. Nationaltrainer Jean-Marie Pfaff wirft jetzt seinem Trainer Guy Thys taktische Fehler im Spiel gegen Frankreich vor (Bericht nächste Sportseite).

Endlich einmal eine klare Aktion: Rudi Völler klopft den Ball nach einer Flanke seines Bremer Mannschaftskollegen Norbert Meier zum 1:0 ein. Völler erzielt auch den Siegtreffer der deutschen Mannschaft in der 64. Minute.

FOTO: AP

Zwei Tore von Rudi Völler – ein Sieg, der immer noch nicht erkennen läßt, wohin der Weg in Frankreich führt

ULRICH DOST, Lens

Was war es nun, dieser erste Sieg der deutschen Fußball-Nationalmannschaft bei der Europameisterschaft? War es Hoffnung auf dem weiteren Weg ins Finale, das für alle Spieler das geringste Ziel war? Oder war es nur Bestätigung für all die Bedenken, die auf einen Punkt zusammenlaufen: Jupp Derwalls Team ist keine Spitzenklasse mehr? Rumänien, wahrlich kein Licht im bisher trüben Gekicke der Gruppe 2 dieses Turniers, wurde durch Tore von Völler (25./66.) mit 2:1 besiegt, nachdem die Rumänen in der 48. Minute den Ausgleich erzielt hat. Ein Sieg, ein Arbeitserfolg, mehr nicht. Zuvor Optimismus ist zweifellos nicht angebracht.

Am Anfang schien wieder alles so, wie es gegen Portugal beim 0:0 im Spiel gegen Portugal aufgehört hatte. Was vor dem Anpfiff geschah, konnte als Symbol gelten: Die deutsche Mannschaft kam 40 Minuten zu spät in Lens an. Die Polizei-Eskorte, die den Bus der Mannschaft zum Spielort zu begleiten hatte, verfuhr sich. So kam ein Umweg von 50 Kilometern heraus, der Präsident des Deutschen Fußball-Bundes, Hermann Neubauer, mußte in der Kabine beim Auspacken der Koffer helfen.

So ist es eben: Die, die führen sollen, wissen nicht so recht, wohin der Umweg ist eine schon eingeplante Größe im Spiel der deutschen Mannschaft; der Präsident macht sich Sorgen um die Koffer und was sonst nicht noch alles. Vielleicht ist es deshalb in der 25. Minute auf der Ehrentribüne so dynamisch aufgeregten, weil er zum erstenmal die Hoffnung sah, nicht auch beim vorzeitigen Packen der Koffer helfen zu müssen.

In dieser Minute erzielte Deutschland sein erstes Tor in der Endrunde der Europameisterschaft. Es war eine

Bremer Co-Produktion: Meier flankte von der linken Seite, Rudi Völler erwischte den Ball mit dem Kopf und es hieß 1:0.

In dieser kurzen Szene steckte einiges, was allgemeine Bedeutung besitzt. Bundestrainer Jupp Derwalls Wunschmannschaft, das Team, das Weltmeister Italien 1:0 in Zürich besiegt hatte, ist bereits geplatzt. Meier kam ins Spiel, weil er wohl mehr für den Vorwärtsgang tun kann als der Stuttgarter Buchwald. Matthäus kam, weil er wohl kraftvoller ist als der Hamburger Wolfgang Roloff (siehe auch Bericht nächste Seite). Und es ist auch kein Zufall, daß die Bremer Gemeinschaftsarbeit zum ersten zählbaren Erfolg führte. Im Moment des 1:0 standen die beiden wichtigsten Akteure in den Positionen, die sie aus ihrem Verein gewohnt sind – Meier im offensiven linken Mittelfeld (obwohl er auf der rechten Seite als Linksstürmer spielen sollte), Völler eher auf Rechtsaußen. Da stimmte gewohnte Raumaufteilung, deshalb klappte es.

Doch wer nun glaubte, jetzt sei die deutsche Mannschaft von einer Last befreit, könnte den Druck abschütteln, der auf ihr lastete (oder der ihr eingeordnet wird?), der hatte sich auch getäuscht. Direkt im Anschluß an das 1:0 handelte sich Stielike eine gelbe Karte wegen Foulspiels ein – er ist eben bei Real Madrid kein Libero, sondern Mittelfeldspieler, hat Schwierigkeiten mit seinen Entscheidungen, wo er denn zu stehen habe und muß dann zu unsauberen Mitteln greifen.

Auf diese Art und Weise blieb wieder alles im Ansatz stecken – und was manchmal im Angriff gut war, bei Rumänien. Nun spielte er also wieder in der Spitze, hatte seinen Aufstieg in die Rolle des Spielgestalters im Mittelfeld selbst für beendet erklärt, aber Wirkung erzielte er nicht.

Was mit ihm los ist, bleibt rätselhaft. Sind ihm die italienischen Millionen, die er in der nächsten Saison in Mailand verdienen wird, nun in den Kopf gestiegen oder in die Beine gefahren? Gelähmt scheinen beide Körperteile zu sein. Er verliert die harmlosesten Zweikämpfe, zögert in den aussichtsreichsten Situationen.

Diese 1:0-Führung jedenfalls, von der erwartet werden konnte, sie gebe der deutschen Mannschaft endlich einmal Mut und Selbstvertrauen, schlug jedenfalls eher ins Gegenteil um. In Zagabrigkeit, Überforderung, Planlosigkeit, in Auflösung des vorher vielleicht noch in Ansätzen erkennbaren Systems – und in Angst.

Wie anders wäre es denn sonst zu erklären, daß die gesamte Mannschaft von Jupp Derwall zur zweiten Halbzeit gleichsam nach dem Motto erschien: Sei nicht feig, Kamerad, laß mich hinter'n Baum? 26 Sekunden waren nach der Pause gespielt, als Stielike wieder einmal völlig unmotiviert nach vorne elite, Rumänien Mittelfeldspieler Coras ungedeckt einen von Klein mit dem Hacken am verwirrten Matthäus vorbeigeschlagenen Paß aufnehmen und zum Ausgleich einschleusen konnte.

Rätsel über Rätsel. Besonders deshalb, weil die 2:1-Führung ein Musterbeispiel dafür war, daß immer noch, wenn auch nur für Sekunden, Weltklasse im deutschen Team aufblitzen kann, die an vergangene große Zeiten erinnert: Ein sauberer Paß von Allofs zu Rummenigge, ein direktes Weiterleiten des Balles zu Völler, ein trockener, abermaliger Schuß des Bremer. Ansätze eines guten Spiels, die gab es. Aber reichen sie aus, das zu schaffen, was Rummenigge so vor der Endrunde als Minimalziel formuliert hatte: „Alles andere als das Erreichen des Endspiels wäre für uns eine Blamage.“



Verwundert faßte sich Sepp Piontek an den Kopf: Seine kühnsten Träume wurden noch übertroffen

VON MARTIN HÄGELE

Spätestens seit Samstag ist es in Frankreich in eine weiße Schiebermütze mit einem roten Kreuz darauf zu tragen. Die Europameisterschaft hat ihre Liebhaber entdeckt: „Danke“, auch die Franzosen schunkelten mit, als die Dänen ihr 5:0 gegen Jugoslawien feierten. Ein Schützenfest auf dem Rasen wie auf den Rängen. Die Spieler ließen sich von ihren 20 000 Landesleuten in Trance jubeln, und der Trainer Sepp Piontek faßte sich auf der Bank an den Kopf. „Daß wir so stark sind, hätte ich in meinen kühnsten Träumen nicht zu denken gewagt.“

Sahen wir ein Fußballwunder? Leicht übertrieben. Mit den Jugoslawen ist im Fußball kein Staat mehr zu machen. Saffet Susic, Profi bei Paris St. Germain, schleifte ein paar Kilo zu viel auf seinen Knochen herum. Trotzdem war er noch der Beste seiner Elf, auf der deutschen Ersatzbank wäre für sein breites Gesicht kein Platz gewesen. Ein bißchen Ballzaubern, das reicht vielleicht noch auf dem Balkan zum Broterwerb, international nicht.

„Internationaler Fußball“ heißt Sepp Pionteks Lieblingswort. Das, sagt er, sei das Geheimnis des dänischen Erfolgs. Piontek: „Wir sind aggressiv wie die Belgier, individuell wie die Spanier und Italiener, gründlich wie die Deutschen, erfindend wie die Holländer.“ Und diese Mischung, so Piontek, passe menschlich hervorragend zusammen.

In sechs Ländern arbeiten Pionteks Leute. Gegen Jugoslawien kamen elf Legionäre zum Einsatz. Nur Torwart Ole Qvist und Einwechselspieler John Sivebaek verdienen ihr

Geld noch in Kopenhagen und Vejle. Aus Vejle waren auch zwei Telegramme gekommen. Eines vor, das andere nach dem Spiel. Allan Simonson habe ein großes Herz für die dänische Nationalmannschaft, erzählte Piontek, und obwohl der große Star nun mit eingestrichenem Knie zu Hause in Vejle liege, gehöre er zum Team.

Frank Arnesen (28) vom RSC Anderlecht sollte den Spielmacher und Torjäger Simonson ersetzen. Er tat es mit Bravour. Und mit Glück. Beim 1:0 warf der jugoslawische Torwart Tomislav Ivkovic einen harmlosen Schuß Arnesens ins eigene Netz. Den Elfmeter zum 3:0 verwandelte Arnesen lässig. „Das war zu diesem Zeitpunkt nicht schwer. Schwer wird es erst am Dienstag, wenn es in der 89. Minute 1:0 für Belgien steht, und ich dann zum Straßstoß antreten muß.“

Doch Arnesen hat auch schon Pech gehabt. Viermal wurde er am rechten Knie operiert, er hat seit Monaten noch kein Spiel über die volle Distanz durchgestanden, seine Karriere setzt er ständig auf die Kippe. „Ich habe auch für Allan gespielt“, sagte er, „für Allan und für unsere Zuschauer.“ Und man möge sich doch einmal vorstellen, wieviel Geld ihre Landesleute dafür geopfert hätten, um ihnen das Gefühl zu geben, in Frankreich dabei zu sein. Wenn es immer so läuft, mache ich für die letzte Viertelstunde gerne einem Kameraden Platz“, spielte Arnesen nach dem 5:0 in Lyon über Jugoslawien, zu dem er zwei Tore beisteuerte, auf dem Umstand an, daß er nach seiner langen Pause noch kein Spiel über 90 Minuten bestritt.

Nun rollt die rot-weiße Lawine Richtung Straßburg. Aber selbst wenn seine Mannschaft gegen Bel-

gien verlieren und somit heimfliegen würde, dann war allein die Fußball-Demonstration gegen Jugoslawien die ganze Europameisterschaftsteilnahme wert (Piontek).

Bei dem deutschen Trainer stehen die Gratulanten Schlange. Auch Gero Bisanz, Damen-Bundestrainer, Cheftrainer der deutschen Fußball-Lehrer und zur Zeit als Kundschafter für Jupp Derwall unterwegs. Bisanz ist wohl der einzige an diesem Abend, der ein Haar in der dänischen Suppe findet. Er hätte mehr Cleverness von den Dänen erwartet, bei einem Turnier müsse man seine Kräfte einteilen und auch mal ans nächste Spiel denken, meinte Bisanz. „Aber da hat der Zehner kurz vor Schluß beim Stande von 5:0 noch an der Mittellinie Tackling gespielt und ist wie ein Wilder gerannt.“

Gerade deshalb, Herr Bisanz, war der Abend ein Fußballfest. Aber weil die Verantwortlichen vom DFB ähnlich wie Sie denken, zeigen die Leute mit den Fingern auf die deutschen Sicherheitskräfte, die im Spiel gegen Portugal keinen Spaß mehr vermitteln.

Indirekt kämpfte der Däne mit der Nummer zehn, der ehemalige Köhler Ersatzspieler Preben Elkjaer-Larsen, gegen einen deutschen Star. Sein Arbeitgeber, der belgische Klub SC Lokeren verhandelte am Samstagabend mit Hellas Verona. „Nachdem die Italiener schon Hans-Peter Briegel gekauft haben, wollen sie mich als zweiten Ausländer“, so Larsen. Falls es mit dem Dänen klappt, stünde Hansi Müller wieder auf der Straße. Der deutsche Ex-Nationalspieler, den Inter Mailand nicht mehr haben will, schien mit Verona schon einig zu

sein. Jetzt wird er womöglich weiter wie ein fauler Scheck von einem italienischen Klub zum andern geschoben.

Den großen Tag, „der uns aber nicht bochmütig macht“ (Piontek), haben die Spieler ganz normal ausklingen lassen. An der Bar, beim Bier. Und keiner ist ausgeflippt. Obwohl die Bar des „Hollyday Inn“ schon ein bißchen klein geraten ist für die Spieler, ihre Frauen, die Freundinnen und den Jubel der Fans. „Wir haben in Dänemark eine besondere Mentalität. Bei uns gibt es keine Stars, und deshalb können auch so viele Menschen auf diesem engen Raum miteinander auskommen“, erklärt der Ersatzspieler Steen Thychosen am überfüllten Tresen.

Da wird ohne Murren geschluckt, daß der dänische Verband eine bessere Autobahnastätte zum Quartier genommen hat, daß die meisten das Essen nicht schmeckt. Piontek gibt die Fehler offen zu. „Auf diesem Gebiet sind wir eben noch Neulinge, da müssen wir lernen und da werden wir lernen.“

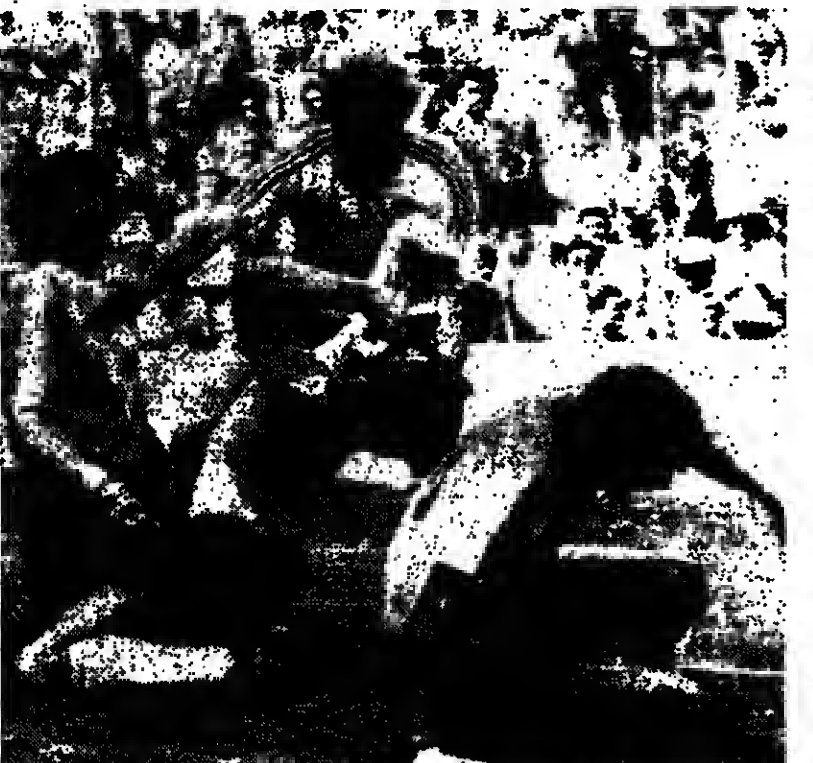
Auf allen anderen Gebieten des Fußballs können bis auf die Franzosen Europas restliche Länder beim dänischen Nationalteam in die Schule gehen. Begeisterung und Tore, Spaß und den Stolz auf ein Nationaltrikot könnten sie dort lernen. Kleine Länder sind besonders stolz auf ihre Farben.

Und wenn man dazu wie die Dänen bei allen großen Festen des internationalen Fußballs zwanzig Jahre lang hat draußen vor der Tür sitzen müssen, dann stürzt man sich erst mal richtig hungrig aufs Buffet.

Mannschaften, Tore, Zuschauer

Deutschland: Schumacher (30 Jahre/50 Länderspiele) – Stielike (29/40) – B. Förster (28/32), K.-H. Förster (25/60) ab 79. Buchwald (23/3), Briegel (28/52) – Matthäus (23/25), Meier (25/13) ab 65. Littbarski (24/27), Brehme (23/7) – Rummenigge (28/77), Völler (24/17), Allofs (27/31). – Rumänien: Lung (27/21) – Stefanescu (33/53) – Rednic (21/28), Andone (24/20), Ungureanu (27/26) – Coras (25/15), Klein (24/30), Boliuni (31/75), Hagi (19/11) ab 46. Zare (25/2), Dragnea (28/2) ab 62. Ticleanu (25/38) – Camataru (24/39). – Schiedsrichter: Jan Keizer (Holland). – Zuschauer: 35 000. – Tore: 1:0 (25.) Völler, 1:1 (46.) Coras, 2:1 (66.) Völler. – Gelbe Karten: Stielike, Stefanescu.

Das zweite Spiel der Gruppe 2 zwischen Portugal und Spanien war bei Redaktionsschluss noch nicht beendet. Am Mittwoch kommt es zu Entscheidung darüber, wer ins Halbfinale einzieht. Deutschland spielt gegen Spanien, Rumänien gegen Portugal. Das Spiel der deutschen Mannschaft wird original im Fernsehen (ZDF) übertragen.



Rummenigges Gratulation für den Torstürzen Völler, der aber überschaubar, als hätte er Schmerzen.

FOTO: AP

Italiener Briegel: „Daß ich auf meine alten Tage noch so ein Angebot bekomme . . .“

VON ULRICH DOST

Wie sich die Sitten und Bräuche in und um die deutsche Fußball-Nationalmannschaft doch geändert haben: Das Trainingslager „La Forestiere“ in St. Germain-en-Laye wurde kurzzeitig in ein Geschäftszimmer umgewandelt. Statt Trainingshose, Turnschuhe und T-Shirt tauchten plötzlich Männer mit Nadelstreifenanzügen, weißen Hemden und dezenten Krawatten und geheimnisvollen dunklen Aktenkoffern auf. Geschäft ist angesagt, der Sport hatte Pause.

Undenkbar, daß Bundestrainer wie Helmut Schön (66) oder der verstorbene Sepp Herberger solche Leute auch nur in ihre Nähe gelassen hätten. Dem jetzigen Bundestrainer Jupp Derwall (56) macht das offenbar nicht so viel aus. Ihn stört es nicht, wenn sein Spieler Hans-Peter Briegel (28) drei Stunden nur astronomische Zahlen aufgetischt bekommt, die selbst spielstärkeren Fußballprofis die Hände feucht werden lassen.

Briegel hat seinen großen Bruder Karl von Kaiserslautern nachkommen lassen, dazu noch einen Rechtsanwalt, denn Ordnung muß sein. Ihn gegenüber sitzt ein Senior Magasin (68), der extra aus Verona angereist war, um dem deutschen Spieler

für seinen Klub Hellas Verona zu verpflichten. Daneben sitzt ein Mann namens Volker Schmidt (34) aus Chianasso, der schon den Karl-Heinz Rummenigge (28) nach Italien zu Inter Mailand gebracht und dafür kräftig kassiert hat. Für dieses Jahr hat der Mann ausgesorgt. Vor 14 Tagen streckte Schmidt in Kaiserslautern seine Fühler nach Briegel aus. Damit hatte eigentlich niemand mehr gerechnet, am wenigsten Briegel selbst, denn erst vor wenigen Wochen waren seine Pläne mit dem AC Neapel gescheitert. Briegel damals: „Jetzt gehe ich nicht mehr nach Italien. Die Klubs konnten sich nicht einigen.“

Der Vorstand des 1. FC Kaiserslautern schien schnell gelernt zu haben, der Spatz in der Hand war ihnen nämlich diesmal lieber als die Taube auf dem Dach. Sie feilschten gar nicht erst lange, schlossen das Geschäft schnell ab und dürfen sich nun über rund 2,2 Millionen Mark freuen, die sie bekommen, weil sie Briegel aus einem Vertrag herauslassen, der noch ein Jahr läuft. Schon am Mittwoch bekam der Spieler von seinem Präsidenten Udo Sopp (49) einen Anruf und die Bestätigung, daß der Klub der Sache nicht im Wege stehen würde. So schnell haben sich auch die Sitten und Bräuche in Kaiserslautern geändert. Briegel galt als eine Symbolfigur für den Klub, der stets

mit seiner Idylle prahlte, der das Familiäre herauskehrte und Geschäftsmacherei als etwas Unschickliches bezeichnete. Nun haben sie ihre Zurückhaltung aufgegeben. Briegel, ein Bauernsohn, der sich gerne mit der Mistgabel auf dem Heu ablichten ließ, kehrt in eine Stadt, in der auf Freilichtbühnen Romeo und Julia aufgeführt werden.

„Briegel geht das Italien-Abenteuer auch – im Gegensatz zu Rummenigge – mit einer Gelassenheit an, die nur Menschen ausstrahlen können, die ihren inneren Frieden in der Provinz gefunden haben. Er wird sich kaum von der Hysterie einer Großstadt anstecken lassen. „Na ja“, sagt er, und grinst wie ein Lausbub, „dann werde

ich mal langsam damit beginnen, Italienisch zu lernen.“ Und er wundert sich: „Daß ich auf meine alten Tage noch so ein Angebot bekomme.“

Ob ihn denn die Italiener im Spiel gegen Portugal am Donnerstag in Straßburg beobachtet hätten, wurde er gefragt: „Unsin. Wer mich jetzt nicht kennt, der hat mich nie gekannt.“ Selbstbewußt ist er schon und auch bauernschlau, denn seit 14

Tagen schleppt er die Sache mit sich herum und tat alle Fragen mit einer Unschuldsmiene ab.

Es beeindruckt ihn noch gar nicht, daß er nun die Lage zu seinem früheren Nationalmannschaftskollegen Hansi Müller (26) in Italien nur noch verschlechtert hat. Inter Mailand, der Klub von Hansi Müller, wollte ihn für 150 000 Mark plus Müllers Gehalt (800 000 Mark netto) nach Verona ausleihen. Doch selbst das war Hellas Verona zu teuer. Der Brasilianer Gerson wird Verona verlassen, der Däne Preben Elkjaer-Larsen (26), der früher beim 1. FC Köln in der Bundesliga unter dem verstorbenen Trainer Henning Weisweiler gespielt hat, soll die zweite Ausländerstelle bei Verona einnehmen. Alle italienischen Erstligaklubs – bis auf die drei Aufsteiger, die kein Geld haben – haben damit ihr Ausländerkontingent erschöpft. Hansi Müller droht damit ein Jahr bei Inter Mailand auf der Reservebank und ihm noch drei weitere Ausländer verpflichtet hat. Hansi Müller wäre damit der teuerste Ersatzspieler der Welt. Ein trauriger Rekord.

So entstehen Schicksale, denn erst kurz vor der Europameisterschaft war Herst Köppl (36) nach Italien gereist, um die Form von Hansi Müller zu testen und um ihn even-

tuell doch noch in den Kader zur Europameisterschaft zu holen. Der Assistent von Bundestrainer Jupp Derwall berichtete seinem Chef über Hansi Müller nur Gutes und empfahl ihn für das Endrundenturnier in Frankreich. Doch der frühere Stuttgarter stellte sich plötzlich bockbeinig. „Ich will nicht mehr. Bei Derwall geht es zu wie im Taubenschlag. Er spricht einmal so und einmal so.“ Noch heute ärgert sich Köppl darüber: „Das hätte er auch gleich sagen können, dann hätte ich mir den Weg nach Mailand gespart.“

Der Bundestrainer dagegen sieht sich immer noch lieber in der Rolle desjenigen, der schützend die Hand über allem hält und sich nicht gerne in die Karten schauen läßt. Ralf Falkenmayer (22), das vielversprechende Talent von Eintracht Frankfurt, spielte in seinen Überlegungen noch keine Rolle, so der Bundestrainer nach der blamablen Vorstellung gegen die Portugiesen. Offenbar hat er seine Meinung inzwischen geändert, denn schon am Samstag zählte Falkenmayer urplötzlich zu den 13 Spielern, aus denen sich die Mannschaft bilden werde. Obwohl Derwall nicht mit ihm gesprochen hat, hatte der nur 1,73 m große Falkenmayer diese Entwicklung geahnt, daß er entgegen allen Befürchtungen

bei der EM in Frankreich doch zum Einsatz kommen könnte. Falkenmayer: „Man muß abwarten, ob ich der deutschen Nationalmannschaft spielerische Akzente geben kann. Spiele im Nationalteam sind bestimmt anders als im Verein.“ Das weiß er so genau, obwohl er noch nie in der Nationalelf gespielt hat. Dennoch ruhen auf seinem schmalen Schultern so große Hoffnungen.

Vor einer Sache aber hat der schmächtige, nur 63 kg leichte Frankfurter keine Angst, daß ihm nämlich die Puste ausgehen wird. Falkenmayer: „Ich habe unglaublich kurze Erholungsphasen. Wenn ich in Atemnot komme, merke ich schon nach wenigen Minuten, wie es besser wird.“ Als 18jähriger hat er sich bei einem Professor an der Gießener Universität medizinisch testen lassen. Das Ergebnis des Mediziners: „Er hat bessere Werte als Paul Breitner.“

Für den jungen Mann selbst kam das Ergebnis nicht überraschend. Er erzählt: „Schon als zehnjähriger habe ich immer zweimal gespielt, bei der E- und bei der C-Jugend. Abends spielte ich dann nochmals auf der Bolzwiese vor dem Haus meiner Eltern in Niederrußel. Das habe ich bestimmt bis zum 16. Lebensjahr gemacht.“



Zahlen, Fakten, Hintergründe

FUSSBALL / Die bittere 0:5-Niederlage der wohl doch stark überschätzten Belgier gegen Frankreich

HEUTE

● Rubelag in Frankreich. Morgen spielen in der Gruppe 1 Frankreich gegen Jugoslawien und Dänemark gegen Belgien. Beide Spiele finden um 20.15 Uhr statt.

STATISTIK

Frankreich - Belgien 5:0 (3:0)
 Frankreich: Bats (27/8) - Bossis (28/57) - Fernandez (24/14), Battiston (27/33), Domergue (27/3) - Tigana (28/30), Giresse (31/30), Genhichi (28/23) ab 78. Tusseau (28/11), Platini (28/50) - Lacombe (31/36) ab 66. Rocheteau (32/25), Six (29/50). - Belgien: Pfaff (30/43) - Lambrechts (29/5) - Grun (22/2), de Greef (26/4), de Wolf (26/10) - Vercauteren (27/37), Scifo (18/3) ab 52. Verheyen (32/25), Vande- reykken (30/38) ab 46. Coeck (28/45), Ceulemans (27/45) - Claessen (21/7), Vandenbergh (24/31). - Schiedsrichter: Robert Bonar Valentine (Schottland). - Tore: 1:0 Platini (5.), 2:0 Giresse (33.), 3:0 Fernandez (43.), 4:0 Platini (74.), Foulelfmter, 5:0 Platini (88.). - Zuschauer: 52 000 (ausverkauft). - Gelbe Karten: Tigana, Claessen.

Dänemark - Jugoslawien 5:0 (2:0)
 Dänemark: Qvist (34/27) - Morten Olsen (34/54) - Ole Rasmussen (32/39) ab 61. Sivebak (22/21), Nielsen (27/18), Busk (31/31) - Berggreen (26/16), Arnesen (27/32) ab 79. Lauridsen (25/16), Bertelsen (32/46), Lerby (26/39) - Laudrup (20/15), Elkjaer-Larsen (26/39) - Jugoslawien: Ivkovic (24/9) - Nenad Stojkovic (28/31) - Radanovic (24/9), Gudelj (24/17) - Miljus (24/3), Katanec (21/7) ab 53. Hallilovic (21/11), Zajec (28/29), Bazzarevic (24/9) ab 23. Dragan Stojkovic (19/6) - Cveticovic (22/5), Susic (29/33), Zlatko Vujovic (26/28). - Schiedsrichter: Augusto Lamo Castillo (Spanien). - Tore: 1:0 Arnesen (8.), 2:0 Berggreen (16.), 3:0 Arnesen (68.), Foulelfmter, 4:0 Elkjaer-Larsen (82.), 5:0 Lauridsen (84.). - Zuschauer: 30 000.

Die Tabelle, Gruppe 1
 Frankreich - Belgien 5:0
 Dänemark - Jugoslawien 5:0
 1. Frankreich 2 2 0 0 6:0 4:0
 2. Dänemark 2 1 0 1 5:1 2:2
 3. Belgien 2 1 0 1 2:5 2:2
 4. Jugoslawien 2 0 2 2 5:4

● Die Situation: Frankreich ist bereits für das Halbfinale qualifiziert, Jugoslawien ausgeschieden. Dänemark braucht im letzten Gruppenspiel gegen Belgien nur ein Remis, um als Gruppenzweiter vor Belgien dank der besseren Tordifferenz ebenfalls ins Halbfinale einzuziehen. Bei einem Sieg von Dänemark und einer gleichzeitigen Niederlage Frankreichs gegen Jugoslawien (ein nur theoretischer Fall) könnten die Dänen Gruppensieger werden.

● Torschützenliste: 1980 in Italien war Klaus Allofs mit nur drei Treffern erfolgreichster Schütze. Soviel hat jetzt schon der Däne Frank Arnesen erreicht. An der Spitze steht aber Frankreichs Star Michel Platini mit vier Treffern aus zwei Spielen.



Belgiens Torwart Jean-Marie Pfaff schaut dem Ball verdutzt hinterher. Nach dem Kopfball von Frankreichs Platini, der damit seinen dritten Treffer im Spiel gegen den Vize-Europameister erzielte, springt der Ball vom Innenposten zum 5:0 ins Tor

Wolfgang Rolff: Ängstlich oder fehlt ihm die Lobby?

W. NIERSBACH, Paris

Als Jupp Derwall am Samstag morgen elf gelbe Leichen unter den Arm klemmte, dachte Wolfgang Rolff an seine Schulzeit und die Rückgabe der gefürchteten Klassenarbeiten. Von eins bis sechs war alles möglich, die Versetzung konnte scheitern oder glücken. Als am Ende kein Leichen mehr übrigblieb, wußte Wolfgang Rolff, daß er hängengeblieben war. Guido Buchwald dagegen, das zweite „Opfer“ des 0:0-Fehlstarts gegen Portugal, durfte zu diesem Zeitpunkt noch hoffen.

„Wer das Können von Rolff nicht sieht, dem kann man nicht helfen“, hatte Hamburgs Trainer Ernst Happel in einem Aushub auf die EM-Endrunde gesagt. Doch in den bisherigen elf Länderspielen, in denen der 24 Jahre alte Mittelfeldspieler sechs mal ein- oder ausgewechselt wurde, war sein wahres Leistungsvermögen nicht einmal annähernd zu sehen. „Ich hätte es viel leichter, würden auch Magath, Kaltz oder Milewski in der Nationalelf spielen“, meinte Rolff, wobei er gleichzeitig Spiel- und Umfeld im Auge hat.

Denn so wenig Rolff auf dem Rasen die richtige Bunde findet, so offensichtlich ist es, daß dem letzten Mitglied des HSV die richtige Lobby fehlt. Ängstlich, ohne den geringsten

Mut zum Risiko („Nur ja keinen Fehler machen“) und ohne Initiative gibt er sich mit der anonymen Rolle des Mittläufers zufrieden. Ein Umstand, den Jupp Derwall dadurch beheben wollte, daß er Rolff zu Rummenigge ins Zimmer steckte. Bisher ging die Rechnung nicht auf.

Aber Wolfgang Rolff ist einer, der so schnell nicht aufgibt. Vielmehr lebt er weiter mit der Hoffnung, bei der EM-Endrunde doch noch im Nationaltrikot aufzutreten zu können. Er wartet auf seine Freundin Andrea, die zum Halbfinale anreisen will, auch wenn er Ersatzspieler bleiben sollte. Außerdem auf Frankreichs Superstar Michel Platini, denn: „Jeder weiß ja, wie gut ich im Europacup-Finale in Ahten gegen Platini gespielt habe.“ Andererseits erhebt HSV-Manager Günter Netzer grundsätzliche Bedenken. „Es wird immer wieder Spieler geben, die in der Nationalelf nicht richtig zurecht kommen. Ich selbst war dafür das beste Beispiel.“

In letztere Kategorie dürfte Guido Buchwald nicht fallen. Dem Aufstieg der Saison, der von den Stuttgarter Kickers zum VfB kam und auf Anhieb deutscher Meister wurde, fehlt ganz einfach die Kraft. Deshalb entschied sich Derwall nach langen Überlegungen gegen ihn.

Zwei rechtsradikale Fans in Straßburg verurteilt

● Zwei deutsche Fußball-Schlächterbummler sind am Freitag von einem Gericht in Straßburg wegen Ausschreitungen vor und nach dem Spiel Deutschland - Portugal zu je zwei Wochen Haft verurteilt worden. Der 30 Jahre alte Siegfried Borchardt aus Dortmund hatte das Fenster eines Juweliersgeschäfts eingeschlagen, der 24 Jahre alte Stefan Lux aus Heiligenhaus das Auto eines Portugiesen beschädigt.

Bei den beiden Männern wurden nach Angaben aus Justizkreisen eine Nazi-Broschüre und eine Mitgliedskarte der NDP gefunden. Vor und nach dem Spiel am Donnerstag hatten mehrere Dutzend sogenannte Skinheads in Straßburg randaliert und mit „Siegfried“-Rufen Streit angezettelt. Die meisten waren über die Grenze zurückgeschickt worden.

● Der französische Fußball-Verband hat gegen die Sperre für Offensiv-Verteidiger Manuel Amoros bei der Europäischen Fußball-Union (UEFA) Protest eingelegt. Der Abwehrspieler war beim 1:0-Auftakt im ersten Spiel gegen Dänemark vom deutschen Schiedsrichter Volker Roth aus Salzburger Platz gestellt worden. Roth hatte später ein Foulspiel und eine Tötlichkeit in den

Spielberichtsbogen geschrieben. Die Franzosen sind jedoch der Meinung, daß es sich bei dem Zwischenfall Amoros hatte dem Dänen Jesper Olsen einen Kopfstoß verpaßt, nicht um ein Foulspiel. Der gastgebende Verband will, daß die Sperre auf zwei Spiele reduziert wird. Heute tagt die Berufungsinstanz der UEFA.

● Für die dänischen Fußball-Nationalspieler kann die Europameisterschaft auch zu einem großen finanziellen Geschäft werden. Die erste Siebtpremie von 3000 Mark kassierten sie für das 5:0 über Jugoslawien. Den gleichen Betrag hat der Verband für einen Erfolg über Belgien ausgesetzt.

Beim Erreichen des Halbfinals bzw. des Endspieles dürfen jeweils 10 000 bzw. 15 000 Mark in die Taschen der Profis fließen, die bei einem Titelgewinn mit Unterstützung des Sponsors (einer dänischen Brauerei) etwa 30 000 Mark bekommen werden.

Bereits vor dem Turnier hatten die dänischen Spieler aus einem Werbevertrag mit insgesamt 750 000 Mark etwa 35 000 Mark erhalten. Außerdem haben einige darüber hinaus noch lukrative Werbeverträge abschließen können.

Jean-Marie Pfaff ist wütend auf Trainer Thys: Falsche Taktik?

C. D. GERKE, Nantes

Günter Netzer und Berti Vogts dachten an 1972. Mit begeisterndem Offensiv-Fußball erinnerte Frankreich, der Gastgeber bei der Europameisterschaft, beim mitreißenden 5:0 (3:0)-Erfolg über Belgien an die deutsche Mannschaft von vor zwölf Jahren. „So modernen Angriffs-Fußball spielt derzeit kaum eine zweite Nationalmannschaft in der Welt“, dürfte Frankreichs Trainer Michel Hidalgo zu Recht jubeln. Was Netzer und Kaiser Franz Beckenbauer als geniale Spielgestalter bedeuteten, verkörperten im Team des großen Favoriten von 1984 Michel Platini, Alain Giresse oder Jean Tigana.

Auch die fünf Tore waren im wesentlichen ihr Verdienst. Gleich drei Treffer gingen auf das Konto von Platini (5., 74. Foulelfmter und 88.), den Rest besorgten Giresse (33.) und Fernandez (43.). In seinem 50. Länderspiel übernahm Platini fünf Tage vor seinem 29. Geburtstag auch mit nunmehr 30 Treffern die alleinige Führung in der ewigen Torschützenliste der Franzosen.

„Dieses Mittelfeld ist einmalig“, schwärmte DFB-Junioren-Trainer Vogts. „Es ist erstklassig aufeinander abgestimmt, versteht sich fast blind. So etwas kann man nicht lernen, das ist angeboren“, meinte Netzer. Dem Manager des Hamburger SV hat es am meisten der dunkelhäutige Tigana angetan. „So wertvoll wie Platini oder Giresse“, lobte Netzer den Mann aus Bordeaux, der in Mali geboren wurde, „so gut habe ich ihn noch nie gesehen.“ Tigana selbst nahm die Gratulationen von allen Seiten gelassen: „Die Rolle des Vor-Liberos im Mittelfeld liebe ich, sie ist mir maßgeschneidert“, meinte der 28-Jährige.

Im Duell mit diesem Trio Platini, Giresse, Tigana ging dagegen Belgien neue Hoffnung Enzo Scifo völlig unter. Dabei war der Stern des neuen Spielers im belgischen Team erst vor fünf Tagen aufgegangen, als Scifo seine Mitspieler beim 2:0-Sieg über Jugoslawien durch seine intelligente Spielweise zu einem Mitfavoriten auf die Europameisterschaft gemacht hatte. „Ein solches Talent kann man auspressen wie eine Zitrone, oder aber wie eine Frucht ausreifen lassen“, zollte Michel Hidalgo seinem Kollegen Guy Thys hohe Anerkennung für die „mutige Maßnahme“, den 18 Jahre alten gebürtigen Italiener vorzeitig (52.) auszuwechseln.

Daß die Franzosen ihren Part als Top-Favorit so ungehindert spielen konnten, daran trug aber auch der Vize-Europameister von 1980 ein gerüttelt Maß Schuld. Nach dem frühen Tor der Franzosen brauchten die belgischen Spieler zu lange, um sich von

diesem Schock zu erholen. Und als dann nach einer halben Stunde Spielzeit auch noch gute Chancen von de Wolf und Vandenbergh ausgelassen wurden, schien die Moral völlig verloren gegangen. „Die Belgier haben es den Franzosen zu leicht gemacht, sie konnten spielen, wie sie wollten“, versuchte Netzer die Leistungen und das hohe Ergebnis etwas zu relativieren. Nach dem Spiel wußte auch Jean-Marie Pfaff, wie man es hätte besser machen können. „Die Dänen haben im Eröffnungsspiel doch gezeigt, daß auch Platini mit einem Sonderbewacher beizukommen ist“, übte der Schlussmann von Bayern München, der einen Elfmeter am früheren Stuttgarter Didier Six verursachte und auch sonst nicht seinen besten Tag erwischte, Kritik an der eigenen Taktik.

„Sie haben uns zaubern lassen, folglich haben wir auch gezaubert“, meinte Michel Platini, der Kapitän des Teams und Legionär von Juventus Turin, selbst dazu. Aber: „Mann- deckung paßt nun einmal nicht in das belgische System“, räumte Berti Vogts ein. Er spielte damit auch auf die erzwungene Umstellung im belgischen Spiel an, als Trainer Guy Thys nicht mehr auf die perfekt funktionierende Abschießtaktik zurückgreifen konnte, weil fast seine gesamte Abwehr durch den Bestechungskandal in Belgien gesperrt worden war. „Die Skandal-Sünder sind so schnell nicht zu ersetzen“, waren sich die beiden Nationaltrainer mit den beiden ehemaligen Gladbacher Nationalspielern Netzer und Vogts einig.

Der HSV-Manager macht dem Belgien wegen dieses Handicaps auch keine großen Hoffnungen mehr für das letzte Gruppenspiel morgen in Straßburg gegen Dänemark. In der belgischen Mannschaft ist allerdings keine Resignation ausgebrochen. „Wenn wir das 0:5 moralisch wegstecken können, haben wir noch eine Chance auf die Halbfinal-Teilnahme“, gibt sich Jean-Marie Pfaff optimistisch. Und auch Guy Thys sieht noch Chancen unter die letzten vier zu kommen. „Wenn wir ein Spiel verlieren dürfen, so war es das gegen Frankreich. Ich kann meiner Mannschaft keinen Vorwurf machen, der Gegner war uns in allen Belangen überlegen. Das 0:5 ist allerdings ein schwerer Schlag, den wir erst verkraften müssen. Dennoch habe ich die Hoffnung auf das Halbfinale nicht aufgegeben“, erklärte Thys.

Aufgrund des hohen dänischen 5:0-Sieges über Jugoslawien spricht die Tordifferenz - 5:1 der Dänen gegenüber 2:5 - bei jeweils 2:2 Punkten allerdings klar für die Dänen. Innen reicht bereits ein Unentschieden, um Zweiter in der Gruppe zu werden.

SPORT-NACHRICHTEN

Junioren besiegten Polen

Wattenscheid (sid) - Die Junioren des Deutschen Leichtathletik-Verbandes (DLV) besiegten in einem Länderkampf in Wattenscheid den Nachwuchs aus Polen mit 217:139 Punkten. Die Mädchen des DLV gewannen mit 99:46, die Jungen mit 118:93.

Kanu: Fox vor Micheler

Augsburg (sid) - Weltmeister Richard Fox (England) gewann in Augsburg auf der Olympiastrecke von 1972 die zweite Europacup-Veranstaltung im Kanu-Slalom. Im Einer-Kajak verlor der Titelverteidiger den Augsburger Peter Micheler und den Franzosen Christophe Prigent auf die Plätze.

Golf: Langer Siebter

Biarritz (sid) - Nach der dritten Runde liegt der Anhauser Golfprofi Bernhard Langer beim internationalen Turnier in Biarritz mit 199 Schlägen auf dem siebten Rang. Mit je 193 Schlägen führen Michael Clayton (Australien) und der Amerikaner Peter Terravain.

Box-Erfolg gegen CSSR

Decin (dpa) - Die deutschen Amateurboxer kamen in Decin gegen Gastgeber CSSR im ersten von zwei Länderkämpfen zu einem 14:10-Sieg. Dabei gewannen alle fünf Olympiateilnehmer ihre Kämpfe. Nach dem überzeugenden Abbruchsieg von Superschwergewichtler Peter Hussing über Artur Labuda will der Deutsche Amateurbox-Verband (DABV) den Leverkusener für die zweite Nominierungsrunde am 27. Juni in Frankfurt vorschlagen.

Bosch trainiert nur Becker

Hannover (dpa) - Bundestrainer Günter Bosch und der Deutsche Tennis Bund (DTB) trennen sich. Bosch wird künftig nur noch den 18 Jahre alten Boris Becker (Heidelberg) trainieren, der zu den besten Junioren der Welt zählt. Zusammen mit Manager Ion Tiriac will Bosch den talent-

tierten Nachwuchsspieler international weiter nach oben bringen.

Wittig schoß Rekord

Fenecht (dpa) - Harry Wittig erzielte im Bogenschießen auf der 90-Meter-Distanz beim Turnier der Nationen in Feucht bei Nürnberg mit 304 Ringen deutschen Rekord.

Hearns verteidigte Titel

Las Vegas (dpa) - Weltmeister Thomas Hearns (USA) verteidigte in Las Vegas seinen Titel im Halbmittelgewicht nach Version des World-Boxing-Council (WBC) gegen Roberto Duran (Panama) durch K.O. in der zweiten Runde. Bereits in der ersten Runde war Duran zweimal am Boden gewesen.

Bunge verpasste Finale

Birmingham (dpa) Bettina Bunge ist im Halbfinale des mit 125 000 Dollar dotierten Tennisturniers in Birmingham ausgeschieden. Die für Cuxhaven spielende Bunge unterlag gegen die Amerikanerin Pam Shriver mit 5:7, 5:7.

Niederlage im Volleyball

Burgkustadt (dpa) - Die deutsche Volleyball-Nationalmannschaft der Damen erlitt im dritten Vorbereitungsspiel für die Olympischen Spiele gegen Südkorea die dritte Niederlage. Im überfränschen Burgkustadt unterlagen die deutschen Damen diesmal mit 2:3.

Grashoppers holten Titel

Bern (sid) - Grashoppers Zürich gewann durch ein Elfmeter-Tor in der Verlängerung das Entscheidungsspiel um die Schweizer Meisterschaft in Bern gegen Servette Genf mit 1:0.

D'Inzeo nach Los Angeles

Rom (sid) - Der Italiener Raimondo D'Inzeo nimmt in Los Angeles bereits zum neunten Mal an Olympischen Spielen teil. Der 59 Jahre alte Reiter, der 1960 in Rom die Goldmedaille gewann, ist diesmal allerdings nur als Equipe-Chef dabei.

RUDERN / Rotsee: Herber Rückschlag für die deutsche Olympiaflotte

Kolbe von Karppinen klar besiegt, aber nicht im Stoßdämpfer-Boot

K. HOELTZENBEIN, Luzern

Die Olympia-Flotte des Deutschen Ruderverbandes (DRV) hat auf dem Weg nach Los Angeles einen herben Rückschlag hinnehmen müssen. Peter-Michael Kolbe verlor bei der als Olympia-Generalprobe ausgeschrieben Rotsee-Regatta in Luzern gegen Periti Karppinen aus Finnland bei zwei Längen Rückstand. Noch mehr enttäuschten die Vierer: Der Ruhr-Vierer aus Dortmund/Witten belegte im Finale vier Längen hinter der siegreichen USA den sechsten und letzten Rang, und das dritte deutsche Weltmeister-Boot, der Doppelvierer Ulm/Ingelheim, konnte sich für die ersten Entscheidungen in Luzern erst gar nicht qualifizieren.

Das gleiche Schicksal wie der Doppelvierer erlitt der Achter, dessen Ruderscheitern im Vorlauf das Aus im Kampf um die Olympia-Fahrtkarten bedeutete. Den einzigen erfolgreichen Aspekt des ersten Rotsee-Finaltages - unter den 26 teilnehmenden Verbänden fehlten mit der UdSSR und Neuseeland sowie Australien nur drei Rudernationen der Weltklasse - bot aus deutscher Sicht der Würzburger Zweier mit Steuermann (Göpfert/Greif). Er belegte hinter den Weltmeister von 1982 Abbagnale/Abbagnale (Italien) und Greiner/Diessner („DDR“) den dritten Rang.

Da die „DDR“ in Los Angeles nicht startet, hat dieser Zweier eine Medallenchance und dürfte nachträglich dem Nationalen Olympischen Komitee (NOK) zur Nominierung vorge schlagen werden. Die Erwartungen erfüllte der Doppelvierer Georg Agrikola/Andreas Schmelz (Gernersheim/Eberbach) auf Platz drei, während der Vierer mit Steuermann (WM-Vierter des Vorjahres) der Renngemeinschaft Bonn/Mainz/Hannover/Berlin auf Platz fünf fast zehn Sekunden hinter den siegreichen Engländern lag.

„Die Rechnung wird in Los Angeles gemacht. Diese Niederlage hat für mich keine besondere Bedeutung.“

sagte Kolbe nach dem verlorenen Rennen gegen Karppinen. Noch an der 1000-Meter-Marke lag der 30-jährige eine dreiviertel Länge vor Doppel-Olympiasieger Karppinen. Doch dem Spurt des Finnen konnte Kolbe nichts entgegenzusetzen.

Dennoch wurde die taktischen Spiele vor den olympischen Rennen weiter getrieben. Kolbe lieferte dafür in Luzern ein Beispiel. Der Stoßdämpfer-Einer, jenes Boot, bei dem die Technik der Autoindustrie den bisher ungefederten und damit bremsenden Beinstoß des Ruders auf das feste Steimbrett abfedern soll,

lag auf dem Bootswagen, wurde aber nicht zu Wasser gelassen.

„Er soll ihn sich ruhig mal ansehen“, sagte Kolbe, der die Besonderheit des Skiffs noch unübersehbar herstellte, indem er die Oberseite von Heck- und Bugkasten knallrot lackieren ließ. Zeitvorteile des Einers sind in Meßreihen noch nicht bewiesen worden, auf die Frage danach hat Kolbe derzeit nur ein vielsagendes Grinsen übrig.

Schon 1982 schockte der Hamburger die Konkurrenz mit dem inzwischen auch auf Betreiben von Karppinen verbotenen Rollausleger-Einer und zwang den in diesem Boot unterlegenen Finnen für zwei Weltmeisterschaften zur Flucht in den Doppel-Zweier.

Zum Achter: Die ohne Verbandsunterstützung in Osnabrück trainierende Crew konnte in Luzern beim ersten Rennen nicht die vom NOK geforderte Medallennähe unter Beweis stellen. „Diese ganze Saison ist eine reine Frustration gewesen“, sagte einer der Rudere. Viele Umstellungen des Bootes, das in Mannheim, Essen, Ratzburg und Luzern immer in anderen Zusammensetzungen aus Wasser ging, hatten eine total verunsicherte Mannschaft hinterlassen. Hinter der „DDR“, England und der CSSR blieb dem Achter nur der vierte Rang.

Ralf Holtmeyer (28), der die Betreuung des Bootes kurzfristig übernommen hat, „Neben Großbritannien müssen Amerikaner und Kanadier sowie die in Luzern fehlenden Australier und Neuseeländer stärker eingeschätzt werden. Alle Welt-Nationen ziehen im Olympiajahr in den Achtern kräftig an, nur bei uns hat man diese Entwicklung wieder einmal verschlafen.“ Georg Leiber, der Vorsitzende des Osnabrücker Rudervereins, „Seit den Tagen von Karl Adam ist bei uns kein ordentliches Konzept mehr für den Achter entwickelt worden.“



Peter-Michael Kolbe: Nachdenken in Luzern. FOTO: RZEPKA

HANDBALL

Heiner Brand Assistent von Simon Schobel

sid, Gummersbach

Der Gummersbacher Heiner Brand kehrt zur deutschen Handball-Nationalmannschaft zurück. Nicht als Spieler, sondern in anderer Funktion. Der 131malige Nationalspieler (226 Tore) wird bei den Olympischen Sommerspielen in Los Angeles als Assistent von Bundestrainer Simon Schobel arbeiten. Das Nationale Olympische Komitee (NOK) bestätigte die Nominierung des 31-jährigen, der als bester Abwehrspieler der Welt galt.

„Ich habe den Heiner für dieses Amt vorgeschlagen. Er bringt die fachliche Qualifikation mit und hat mein volles Vertrauen. Er wird die Aufgabe in meinem Sinne lösen“, begründete Schobel seinen Wunsch. Brand soll in Los Angeles als Verbindungsperson zur Mannschaft fungieren, Spiel-Beobachtungen, Torwart-Training und schriftliche Aufzeichnungen vornehmen. Die Olympia-Teilnahme als Assistent will Schobel als Dankeschön für Verdienste um den deutschen Handball verstanden wissen. „Bombig, der Heiner ist mit seiner Persönlichkeit, Autorität und Qualifikation“, der geeignete Mann für diese Aufgabe“, meinte Weltklasse-Torhüter Andreas Thiel. Helmut Meyer, Direktor des Bundesausschusses für Leistungssport (BAL), begrüßte die Nominierung von Brand: „Seine Erfahrung kann in Los Angeles nützlich sein. Außerdem hat er ein gutes Verhältnis zu Erhard Wunderlich.“

Heiner Brand, der mit dem VfL Gummersbach 15 nationale und internationale Titel errang und der 1978 in Dänemark in der deutschen Weltmeister-Mannschaft stand, erklärte zu seiner Berufung: „Die Aufgabe reizt mich sehr. Ich freue mich, bei Olympia dabei sein zu dürfen. Wenn schon nicht als Spieler, dann wenigstens als Assistent des Bundestrainers auf der Bank.“ Der Gummersbacher schließt nicht aus, diese Aufgabe kurzfristig zu übernehmen.

FUSSBALL

Offenburger FV ist Meister der Amateure

dpa, Offenburg

„Das ist ein einmaliges Erlebnis und mit keinem unserer früheren Erfolge aufzuwiegen.“ Selbst die gestandenen ehemaligen Bundesliga-Profi Wilfried Trenkel und Bernd Schmider, einst Stammspieler beim Karlsruher SC und Borussia Mönchengladbach, feierten den 4:1 (1:0)-Sieg ihres Offenburger FV über Eintracht Hamm in gebührendem Umfang. Kein Zweifel: Der Titel des deutschen Fußballmeisters der Amateure hat immer noch einen hohen Stellenwert.

Natürlich ist man sich in Offenburg darüber im klaren, nicht unbedingt die beste Amateurm Mannschaft unter den Hunderten im Lande zu stellen. Doch die Meister der einzelnen Regionalligen müssen nach den Regeln des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) nun einmal auf diese Ehre verzichten, wenn sie die Aufstiegschance in den bezahlten Fußball wahrnehmen wollen. Und die Offenburger hätten ebenfalls gerne auf den Titel verzichtet, wenn sie dafür an die Stelle des nun wohl so gut wie gescheiterten Freiburger FC hätten treten dürfen.

Doch die Meisterschaft ist Trost dafür, daß zweimal nacheinander der enttäuschte zweite Platz in der Oberliga Baden-Württemberg herausragend bleibt. Die zweite Bundesliga, und die will man nun im dritten Anlauf erreichen. In Offenburg deckt sich der Mantel des Schwelgens über die Summen, die dieser nicht billige Truppe kosten dürfte. Auch in Südbaden ist die „Netto-Liga“ - wie die Oberigen nicht erst seit Aufdeckung der Gütersloher Affäre genannt werden - sicherlich ein Thema, weiterhin allerdings ein unerforschtes. Doch als Hans-Peter Sandhausen zum VfB Stuttgart kam, mußten die Schwaben so tief in die Gehaltskassen greifen, daß den Gerüchten von damals 80 000 Mark Jahres-Nettoentlohnung für den Libero kaum die Grundlage entzogen werden konnte.

Pankraz, Dettling und die Nachbarschaftshilfe

Ein sperriger Begriff aus der Sozialgeschichte kommt zu unvorhergesehenem Glanz: die Subsidiarität. Ob auf Juso- oder CDU-Kongressen, ob in evangelischen oder katholischen Akademien – immer wenn die Subsidiarität in die Debatte geworfen wird, erhitzen sich die Gemüter, werden neue, ungewöhnliche Bündnisse sichtbar, und die alten politischen Frontstellungen verlieren an Bedeutung.

Subsidiarität – das ist das Prinzip der sozialen Selbst- und Nachbarschaftshilfe, das sich bewusst vom Sozialismus, dem großen Um- und Neuvorteiler im Gewand des Staates, abhebt. Die Anhänger der Subsidiarität erwarten nicht alles Heil vom Staat, gieren auch nicht unbedingt nach „Staatsknete“, sie nehmen allenfalls staatliche Gelder, um den Motor der Eigeninitiative anzukurbeln. „Das Selbstverständliche tun, ohne vom Gesetz dazu gezwungen zu werden“, lautet einer ihrer Grundsätze. „Den Alten und Kranken zu helfen“, sagen sie, „ist vornehmste Menschenpflicht. So etwas sollte nicht einfach an den Staat delegiert werden.“

Das Pankraz an der gegenwärtigen Situation ist nun, dass man sich von zwei scheinbar ganz konträren Standpunkten aus auf die Subsidiarität zubewegt. Da ist auf der einen Seite die CDU/CSU, die sich programmatisch der traditionellen Subsidiarität verpflichtet weiß und der das Prinzip der Selbst- und Nachbarschaftshilfe als Hebel zur Entlastung der staatlichen Sozialhaushalte willkommen sein muß. Und da sind auf der anderen Seite alle möglichen alternativen Gruppen, Aussteiger und Propheten des „Small is beautiful“, die die Subsidiarität energisch für sich reklamieren, sie als ihre eigene Erfindung betrachten und jeden, der damit praktische Politik machen will, als Gewaltmenschen verteufeln.

Es macht hohen Spaß zu beobachten, wie sich CDU/CSU und Alternative auf den diversen Diskussionsforen in Sachen Subsidiarität mitbräutlich umschmeicheln und abtasten, während die noch unverdrossen etatistisch eingestellten Sozialdemokraten ein bißchen begriffstutzig daneben stehen und dumpf spüren, daß ihnen da irgendwelche Felle wegschwimmen. Als kürzlich in Frankfurt während eines Riesenspektakels über „Konservatismus in der Strukturkrise“ der Geißler-Adlatus Manfred Dettling von einem ganzen „Netz“ aktiver Selbst- und Nachbarschaftshilfe schwärmte, klatschten die Alternativen zögernd Beifall; die Jusos jedoch wetterten dagegen und fragten, wo denn der Widerstand gegen das System“ bliebe. Einige Tage später in Berlin auf einer CDU-Tagung versuchten einige Gewerkschafter sogar, die Subsidiarität als typisch kapitalistische Ausbeutung ehrenamtlich tätiger Sozialhelfer hinzustellen.

Tatsächlich hat sich diese Subsidiarität auch immer recht gut mit dem Prinzip der freien Konkurrenzwirtschaft vertragen, besonders in Amerika, wo „Nachbarschaftshilfe“ ein populärer Begriff ist. Erinnerungen an die Pionierzeit wachrufen, daß der Staat noch weit weg war und die Siedler sich auf sich allein gestellt sahen. Die meisten hätten oh-

Pankraz



Ein erschütterndes, tröstliches Erzählen: Der Schriftsteller Willy Kramp. FOTO: QUALL VERLAG

junger Deserteur aus dem Ersten Weltkrieg irritiert als Waldschrat die Bewohner eines Dorfes und beeinflusst indirekt während der Nazizeit ihr menschliches und politisches Denken und Handeln. Aber Willy Kramp ist nicht nur ein starker, überzeugender Erzähler. Seine Leser lieben an ihm auch die meditative Fähigkeit, wie sie in Bänden wie „Die Spiele der Erde“, oder „Die treuen Helfer“ zum Ausdruck kommt.

Das erschütterndste und gleichzeitig tröstlichste Werk ist für mich „Der letzte Feind“ von 1969, ein Buch, das der Autor schlicht „Aufzeichnung“ nennt. Willy Kramp beschreibt darin in mächtigen Rückblenden das Leben und das Hinsterben seines als Krebs erkrankten Bruders Erich, der als evangelischer Pfarrer einer Gemeinde vorstand. Diese ruhige, kontrastreiche Montage von gemeinsamen Erfahrungen in der Familie, in den wechselnden Stationen des Lebens bis zur Existenz in den Entwicklungsjahren der Bundesrepublik ist gleichzeitig auch eine glühende Biographie des jetzt 75-jährigen Willy Kramp. JOSEF REDING

Zu Willy Kramps 75.

Gedanken über den letzten Feind

Das ist – sträflich stichwortartig – das bisherige Leben Willy Kramps: Am 18. Juni 1909 in Mülhausen geboren. Nach der Rückgabe des Elsaß an Frankreich verbrachte Kramp seine weitere Kindheit und Jugend in Pommern und Ostpreußen. In Berlin, Bonn und Königsberg studierte er neuere Sprachen, Psychologie und Philosophie. Dr. der Philologie, Höherer Schuldienst. Heirat 1938. Ab 1939 Heerespsychologe. Von 1943 bis 1950 Kriegsgefangenschaft und russische Kriegsgefangenschaft. Von 1950 bis 1957 Leiter des Evangelischen Studienwerks in Villigst in Nordrhein-Westfalen. Ab 1957 freier Schriftsteller, Vater dreier Kinder.

Willy Kramp wurde 1939 mit seinem Roman „Die Fischer von Lissau“ schlagartig bekannt. Die atmosphärisch dichte Schilderung des Frischen Hafens und seiner Bewohner, die sich weniger an idyllische als an transzendente Mächte gebunden wissen, das war den Tendenzen des damaligen NS-Staates zuwider, wurde darum von den Stilen im Lande intensiv entgegengenommen und verstanden. Die zweite große Schaffensphase Willy Kramps setzt 1950 nach seiner Rückkehr aus der russischen Kriegsgefangenschaft ein. 20 Bücher schreibt er bis 1984. Zumeist sind es Romane, aber auch kostbare Erzählungen finden sich in diesem Œuvre. Und rechtzeitig zu Willy Kramps 75. Geburtstag legt der Quall-Verlag, Stuttgart, eine neue große Erzählung des Autors vor: „Das Versteck“, ein

Neuer Klassiker oder alter Romantiker? – Das Handke-Symposium beim Theaterfestival in Den Haag

Mit den Ausdeutern über die Dörfer

Peter Handke hat dem zeitgenössischen Literaturbetrieb immer etwas quer in den gefäßigen Magen gelegen. Zu Zeiten, als sich das Theater noch recht traditionsbewußt um die Erbauung seiner Zuschauer bemühte, startete der Österreicher seine aufsehenerregende „Publikumsbeschimpfung“. Als es Mode war, das Fremdsich in dieser Welt und mancherlei Auswege zu beschreiben, bereicherte er seine „Langsame Heimkehr“ vor. Und vor zwei Jahren, als sich der „Zeitgeist“ noch immer mit soziologischer Aufklärung abmühte, ging Handke gar „Über die Dörfer“, versuchte so etwas wie einen neuen Mythos.

Immer aber gab es auch die entsprechenden Versuche, Handke für die jeweiligen Trends zu vereinnahmen. Die „Publikumsbeschimpfung“ diente den 68ern als theatrale Legitimation. „Das Mündel will Vormund sein“ schien vielen so etwas wie ein antiautoritäres Modell. Und die jüngsten Rückgriffe auf die Natur schienen manchem gar eine Art Zeugenschaft im Hinblick auf zeitgenössisches Umweltbewußtsein. Handke selbst hat jedoch geradezu erbittert dementiert, zu irgendeiner dieser Gruppierungen zu gehören.

Wie also geht man mit Peter Handkes Werken um? Sind sie beliebig nutzbar? Gibt es eine geistige Kontinuität darin? Oder ist der Stürmer und Dränger nun gar der Klassiker Handke gefolgt? In Den Haag, wo sich das „Festival für Theater, Filmkunst und Literatur“ nun schon zum dritten Mal einem deutschsprachigen Autor (nach Heiner Müller und Thomas Bernhard) widmete, hat es dazu zwar sicher keine Antworten, wohl aber eine breite Diskussion gegeben. Handkes Theaterrezeption in Frankreich oder in Holland, seine Filminterpretationen von der „Linkshändigen Frau“ bis zur „Angst des Vormannes beim Elfmeter“ und ein zweitägiges Symposium mit internationaler Beteiligung (USA, Frankreich, Holland, Österreich, Deutschland) – Handke ist wohl noch nie so breit gefächert dargestellt worden.

Daß der „neue“ Handke, den man so gern – abwertend oder zustimmend – einen „Klassiker“ nennt, am ehesten die Gemüter erregen würde, war zu erwarten. Die Symbolik seines Theaterstückes „Über die Dörfer“ schien nicht nur den Gegnern neo-romantisch. Das Dorf, das Kind, die



Ende der Publikumsbeschimpfung: Peter Handke von David Levine. FOTO: LEVINE/BUUS

Krone, die Farben, die Bäume, vor allem aber der große, gestammelte Monolog der Nova – hier hat Peter Handke Begriffe, Symbole, Sprachformen ins Spiel gebracht, die sich scheinbar querstellen, weil sie literarisch eben in der Romantik beheimatet zu sein scheinen. Der Aschener Germanist Bernd Witte zum Beispiel nahm diese literarischen Bezüge zum Anlaß, Handkes Heimkehr-Modell als Rückzug in Begrifflichkeiten der Vergangenheit zu kritisieren. Aus dieser Position heraus ergibt sich notwendigerweise, daß Handkes Werk Brüche aufweist, daß dem Auftrichter Handke der Weltflüchtling Handke gefolgt ist, der nun freilich kein tragfähiges Zukunftsmodell mehr vorzuweisen hat.

Dem mochten auch in Den Haag die meisten Diskutanten nicht folgen. Weder der amerikanische Germanist Rainer Nägele (Baltimore) noch der Niederländer Alexander v. Bormann (Amsterdam) sahen in Handkes Heimkehrmodell eine Rückkehr zu einem aus der Mode gekommenen Mythos, sondern durchaus ein eigenständiges Modell, das sich gleichwohl romantischer Anleihen bediene, um sie auf ihre Tragfähigkeit für die Ge-

genwart zu untersuchen. Bormann erweiterte denn auch die Perspektive auf Handkes Gesamtwerk, das er als eine ständige Auseinandersetzung mit dem Hauptthema und zentralen Problemen unserer Zeit beschrieb: dem Erklärungsversuch.

In diesem Sinne, so konnte man in Den Haag sogar eine gewisse Übereinstimmung finden, haben zum Beispiel Stücke wie „Kasper“, das „Mündel“ oder „Über die Dörfer“ durchaus etwas miteinander zu tun: Immer wird da nach Wirklichkeit, nach Erfahrung, nach realer Identität gesucht. Im „Kasper“ wurde dem Kind die geistige und soziale Erfahrung verweigert. Im „Mündel“ bleibt das Ende vor allem deswegen offen, weil der Vormund nicht mehr da ist, als das Mündel in der Lage wäre, sich ihm gegenüber in der neuen – umgekehrten – Rolle des Vormunds zu erleben und zu erfahren. In „Über die Dörfer“ schließlich muß nach einem tragfähigen neuen Mythos gesucht werden, weil die Heimkehr ja ganz und gar nicht in eine befriedete, lebensfähige Dorfidee erfolgt.

Handke stellt dem Verlust des Dorfes keineswegs eine fertige Rück-

oberung gegenüber, sondern wie auch Jürgen Manthey (Essen) oder Thies Lehmann (Gießen) betonten, ein zögerndes Rückgewinnen von Begriffen, Wahrnehmungen, ein Abtasten von Möglichkeiten gegenüber, durchaus mit der gebührenden historischen Distanz. Und Handkes Versuch, traditionelle Muster zu beleben, ihre Tragfähigkeit zu überprüfen, ist ja nicht a priori schon deswegen verworfen, weil diese Muster schon einmal dagewesen sind.

Gibt es grundsätzlich also, zumindest nach Meinung des überwiegenden Teils der Den Haager Disputanten, durchaus keine Beliebigkeit in der Handke-Deutung, so bleiben vor allem bei der praktischen Umsetzung seiner Stücke auf dem Theater denn doch wieder zahlreiche Fragen offen. Die Realisierung etwa des Stückes „Das Mündel will Vormund sein“ zeigt das deutlich. In Frankreich zum Beispiel, wo das Absurde Tradition hat, empfand man, wie die Germanistin Erika Tunner (Lille) erläuterte, häufig die Absurdität des Daseins als Handkes Thema. Da ließ man etwa eine schwarze Katze herumlaufen, getreu dem Grundsatz: Eine Katze tut, was sie tut. In Holland, wo das deutschsprachige Theater keine geistige Tradition hat, inszenierte man das Stück, so der Dramaturg Karel v. Muijden, wie man es der gängigen Mode nach gerade brauchte. Claus Peymann in Deutschland betonte den tragischen Aspekt. Mutmaßungen über Peter Handke.

Wenn man freilich wie Thies Lehmann auch beim „Mündel“ von einem Wahrnehmungsspiel ausgeht, ist der Gesamtzusammenhang wieder deutlicher. Der Regisseur Horst Zankl deutete Handkes Theater noch schärfer: Erfahrungen, so meinte er, deren Bezugsrahmen Handke immer wieder ändert, ändern damit auch ihre Bedeutungen. Ein deutlicher Verweis für all jene, die in Handke einen heimgekehrten Traditionalisten zu sehen gewillt sind: Wer die Veränderungen in Handkes Bezugsrahmen nicht wahrnimmt, geht fehl.

Handke, der Offene, der sich nicht vereinnahmen läßt, am Ende doch gedeutet, festgelegt, vereinnahmt? Mitnichten. In Den Haag: immerhin ein paar Klärungen. Und Handke selbst? Solche Veranstaltungen lassen sich nicht vermeiden. Mir ist das egal! LOthAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Die Bühne verengt sich aufs Kinoformat – Volker Schlöndorff inszeniert „La Bohème“ in Frankfurt

Sie können die Blicke nicht voneinander lassen

Wenn sich Mimi und Rudolf im ersten Akt von Puccinis „La Bohème“ begegnen, dann singt jeder dem anderen eine Arie vor. So sieht das auf der Opernbühne dann auch aus. Meistens noch schlimmer: Da das Publikum an Rudolfs hohem B mehr interessiert ist als Mimi, bekommen die Zuschauer die Arie vorgelesen.

In Volker Schlöndorffs „Bohème“-Inszenierung am Frankfurter Opernhaus sieht das denn doch anders aus. Da wenden sich zwei Liebende einander zu, umkreisen und umspielen sich, berühren einander. Es ist ja diese sprichwörtliche Liebe auf den ersten Blick, und so kann man die Blicke nicht voneinander lassen. Die beiden begreifen einander, wollen ganz dicht zusammenkommen, ineinander aufgehen. Es ist eine Liebeszene, und eine der schönsten der gesamten Opernliteratur. Das kann man hier mitempfinden.

Es wäre natürlich Unsinn zu behaupten, Schlöndorff hätte die Oper wie einen Film inszeniert. Aber das Handwerk des Filmers spielt deutlich hinein in diese über weite Strecken so herrlich gelungene Aufführung. Schlöndorff hat die Nahsicht der Kamera. Er erort Haltungen und Gesten so aus, daß sie der Überprüfung standhalten. Er mißtbrut die Details vernebelnden Totale, die der Theaterzuschauer zwangsläufig hat.

Aber er hat auch diese Totale einge-

gangs: zwei Liebende wagen den Schritt in die Welt. In dieser Welt wird geschoben und gedrängt, Bewegung und Hektik herrschen. Wohl selten hat man auf einer Bühne eine so realistische Massenszene gesehen, in der das Chaos zum höheren Ordnungsprinzip wird. Auch da verrät der Filmers sein Können: Mit gar nicht einmal übertriebenem Aufwand an Menschen und Aktion, nur durch die wechselnden Aus-

sichten, die die Drehbühne liefert, den Eindruck eines gewaltigen Trubels zu erzeugen. Der Filmers mißtbrut ein bißchen der Musik. Menschen einfach singen zu lassen, fünf oder zehn Minuten lang, kann für ihn Theater nicht sein. Er begleitet die Musik durch Bewegung, durch Handlung, durch Perspektivwechsel. Das ist kein Schade, da er sich nie gegen die Musik stellt. Wie schon vor Jahren bei seinem Frankfurter Opernabsturz mit Janacek „Kajka Kabanová“ erweist sich Schlöndorff hier abermals als ein musikalisch ausgesprochen sensibler Regisseur.

Realistisch ist die Aufführung nur zum Teil. Während des ersten Aktes sieht man rechts und links des Mansardendachzimmers die Lichter des abendlichen Paris aus der Montmartre-Perspektive. Mimi und Rudolf gehen hinaus, das Atelierinterieur führt zur Seite, und nun ist plötzlich die ganze Bühne jenes unverwechselbaren Pariser Lichtermeer. Ein Bild der Entgrenzung, stupender Effekt ebenso wie eine ganz genaue Beschreibung des Vor-

gangs: zwei Liebende wagen den Schritt in die Welt.

In dieser Welt wird geschoben und gedrängt, Bewegung und Hektik herrschen. Wohl selten hat man auf einer Bühne eine so realistische Massenszene gesehen, in der das Chaos zum höheren Ordnungsprinzip wird. Auch da verrät der Filmers sein Können: Mit gar nicht einmal übertriebenem Aufwand an Menschen und Aktion, nur durch die wechselnden Aus-

sichten, die die Drehbühne liefert, den Eindruck eines gewaltigen Trubels zu erzeugen. Der Filmers mißtbrut ein bißchen der Musik. Menschen einfach singen zu lassen, fünf oder zehn Minuten lang, kann für ihn Theater nicht sein. Er begleitet die Musik durch Bewegung, durch Handlung, durch Perspektivwechsel. Das ist kein Schade, da er sich nie gegen die Musik stellt. Wie schon vor Jahren bei seinem Frankfurter Opernabsturz mit Janacek „Kajka Kabanová“ erweist sich Schlöndorff hier abermals als ein musikalisch ausgesprochen sensibler Regisseur.

beim flüchtigen Hinsehen. Die Tages- und Jahreszeiten, die in dem Stück sehr konkret formuliert sind, löst Schlöndorff durch seine Beleuchtung auf. Der Weihnachtsabend ist heller und wärmer als die Sterbeszene im Frühjahr. Natürlich, Gefühlsstemperaturen sind wichtiger als ein Thermometer.

Noch hinreißender als Schlöndorffs Regie, die immerhin auch ein paar ungelöste Ecken hat, ist die Art und Weise, in der Michael Glien das Werk dirigiert. Er verschafft der Musik eine im wahrsten Sinne des Wortes unerhörte Transparenz und entwickelt doch zugleich den großen, bezaubernden Klang. Er schweigt in Rubati, will sich den Stimmen anschmiegen, ohne dabei gefühlsduseelig zu werden. Emotion und Kontrolle schließen sich nicht länger aus – das ist bei Puccini schon fast die Quadratur des Kreises. Daß mit Nelly Miricioiu als Mimi und Peter Kelen als Rudolf zwar intensiv und stilistisch richtige Sänger bereitstehen statt zwei besonders edlen Stimmkälbern, das darf niemanden stören. REINHARD BEUTH

„Tausend Gipfel und zehntausend Täler“ – Chinesische Malerei in Zürich

Mit gespaltenem Fingernagel gemalt

Die Themen scheinen immer dieselben zu sein: schroffe Felsen oder liebliche See- und Flußlandschaften, knorrige alte Bäume oder blühende Zweige, ein Weiser, in der Betrachtung eines Wasserfalls versunken, oder Tiere im Freien. Denn die chinesische Malerei orientiert sich eher an Gedankenlandschaften als an der Natur. Und ganz selbstverständlich ist auf eine Staffage.

Eines dieser Bilder, auf denen kein Mensch zu entdecken ist, gab der Ausstellung mit chinesischer Malerei aus der Sammlung Drenowatz im Zürcher Haus zum Kiel den Namen: „Tausend Gipfel und zehntausend Täler“. Der Namenspatron, ein Geschäftsmann aus Zürich, hat in der Nachkriegszeit eine beachtliche Sammlung von Fischerbildern, Hänge- und Handrollen der Ming und Ch'ing-Zeit zusammengetragen. Noch zu seinen Lebzeiten vermachte er sie dem Rietberg-Museum. Ein wesentlicher Teil davon wurde nun in zwei Teilen ausgestellt. Zuerst war die Kunst der Ming-Zeit (1368–1644) zu sehen. Dazu gehört z.B. die hübsche Querrolle mit den „Vier Freunden des Nan Sheng-lu“ (1649) von Chen Hung-shou (Chen Hongshou, 1599–1652), einem hochgeschätzten Figurenmaler. Nicht ohne

Ironie zeigt er in vier Szenen einen Literatenfreund in der Gestalt des berühmten Tang-Dichters Po Chü-i beim „Verschreiben“, „trunken singend“, im „Gespräch über Musik“ und beim „Meditieren“.

Der zweite Teil der Ausstellung, gegenwärtig zu sehen, ist den Malern der Ch'ing-Zeit (1644–1911) gewidmet (Künstlern des zwanzigsten Jahrhunderts aus der Sammlung Drenowatz richtete das Museum Rietberg in der Villa Wesendonck einen Sonderraum ein). Dazu gehört die titelgebende Tuschmalerei von Kung Hsien (Gong Xian, um 1618/17 bis etwa 1699). Es ist eine verhältnismäßig große Hänge-rolle (82 x 102 cm) mit einer schroffen, nebelverhangenen Felslandschaft, von steil abstürzenden Bächen durchfurcht und mit nur wenigen, meist verdorrten Bäumen. Das Ganze ist mit dicht nebeneinandergesetzten Pinselstrichen gemalt. Im Gegensatz zur Helligkeit der chinesischen Malerei sonst ein sehr dunkles Bild. Unge- wöhnlich ist auch, daß auf Menschen verzichtet wurde, die meist kleinfügig als Wanderer oder Betrachter die Natur in eine Landschaft des Menschen verwandeln.

Die „Tausend Gipfel“ werden darum oft politisch gedeutet, als Gleichnis für das verdorrte China nach

dem Sieg der Mandschu über das chinesische Kaiserhaus der Ming. Denn Kung gehörte zu den sogenannten „Vergessenen der Ming-Dynastie“, die sich aus der Öffentlichkeit zurückzogen und auf eine Vertreibung der nicht-chinesischen Mandschu hofften. Zu diesen „Vergessenen“ gehörte auch Mei Ch'ing (Mei Qing, 1623–1697), von dem Albumblätter mit Landschaften zu Gedichten berühmter Autoren gezeigt werden, zu den Exzentriker, die die klassische Überlieferung verachteten und deshalb bewußt „primitiv“ malten. Kao beispielsweise trug die Tuschmalerei mit einem langen gespaltenen Fingernagel auf, was seinen Blättern eine reizvolle Spröde gibt. Insgesamt eine kleine, aber anregende Lektion über chinesische Malerei (bis 22. Juli; Katalog 28 Sfr.). PETER DITTMAR



„Phantastische Landschaft“ von Piaz Yung-jung (1744–1799), aus der Zürcher Ausstellung. FOTO: KATALOG

JOURNAL

Kein Alleingang bei der Rechtschreibreform

dpa, Saarbrücken
Über die seit langem erörterte Reform der Rechtschreibung in der Bundesrepublik einigten sich die Kultusminister der Länder am Freitag während ihrer Sitzung in Saarbrücken lediglich darauf, daß es in dieser Frage nur ein gemeinsames Vorgehen mit den übrigen deutschsprachigen Ländern „DDR“, Österreich und Schweiz geben könne. Beschlossen wurde deshalb, daß das Präsidium der Kultusministerkonferenz demnächst ein „Abstimmungsgespräch“ mit dem österreichischen Unterrichtsministerium in dieser Frage führen soll. Über den Antrag des rheinland-pfälzischen Kultusministers Georg Güler, in der Bundesrepublik eine nationale Kommission zu bilden, die nach etwa einem Jahr einen Vorschlag zur Reform der Rechtschreibung unterbreiten solle, faßte die Kultusministerkonferenz dagegen noch keinen Beschluß.

SWF-Literaturpreis für Christa Reinig

dpa, Baden-Baden
Die Lyrikerin Christa Reinig erhält den Preis des Literaturmagazins des Südwesdens. Der Preis ist mit 10.000 Mark dotiert. Nach Ansicht der Jury soll damit die bisher unterschätzte Poesie der in München lebenden Autorin gewürdigt werden. Ein Band mit allen ihren Gedichten erschien soeben in der Eremitenpresse.

Drei „Davids“ an Ingmar Bergman

AP, Rom
Ingmar Bergmans Film „Fanny und Alexander“, der bereits vier „Oscars“ gewann, wurde nun auch noch dreimal mit der höchsten italienischen Filmauszeichnung, dem „David“, geehrt. Er erhielt ihn als bester Auslandsfilm, für die Regie und für das Drehbuch. Den Preis für den besten italienischen Film teilten sich Federico Fellini für „E la Nave va“ und Ettore Scola für „Le Bal“. Außerdem wurde Fellini von einer Kritikjury der Luchino-Visconti-Preis für sein Gesamtwerk zugesprochen.

Deutsche Kunst in Athens Pinakothek

DW, Athen
„Varianten – Sequenzen“ heißt eine Ausstellung, die dreißig deutsche Maler der Gegenwart in der Athener Pinakothek vorstellt. Die Übersicht, die eigens für Athen zusammengestellt wurde, reicht von den Informellen K. O. Götz und F. Thiele bis zu den „Wilden“ Salomé und Fetting. Gleichzeitig ist, ebenfalls bis zum 20. Juli, noch die Ausstellung „Architekturbezogene Kunst in der Bundesrepublik Deutschland“ zu sehen.

Dirigentenpreis an Kalmar und Takasaki

AP, Wien
Den ersten Preis beim Hans-Swarowsky-Dirigentenwettbewerb in Wien teilten sich der Österreicher Karlos Kalmar und der Japaner Ken Takasaki. Der Preis ist mit 75.000 Schilling (ca. 10.000 Mark) verbunden. Ein zweiter Preis wurde nicht vergeben. Auf den dritten Platz kam der Pole Zbigniew Graca. Beteiligt hatten sich 73 junge Dirigenten aus 31 Staaten.

„Woche Neuer Musik“ bei den Ruhrfestspielen

dpa, Recklinghausen
Unter dem Motto „querstand“ wird in diesem Jahr erstmals während der Ruhrfestspiele in Recklinghausen eine „Woche der Neuen Musik“ veranstaltet. Bis zum 23. Juni sollen sich Musiker und Komponisten, die neue Wege gehen, einem breiten Publikum vorstellen. Den Zuhörern will man so Gelegenheit geben, sich an der Diskussion über die Entwicklung der Musik zu beteiligen.

H. Duwe gestorben

dpa, Hamburg
Der Maler Harald Duwe ist am Freitagabend bei einem Autounfall in Schleswig-Holstein ums Leben gekommen, als er ein Auto überholte und mit einem entgegenkommenden Wagen frontal zusammenstieß. Duwe, 1926 in Hamburg geboren, gehörte zu den wichtigen realistischen Malern in der Bundesrepublik. Er liebte satirische Darstellungen einer selbstgefälligen Wohlstandsgesellschaft.

Meredith Wilson †

AP, Santa Monica
Der amerikanische Musical-Komponist und Texter Meredith Wilson ist 83-jährig in Santa Monica gestorben. Wilson, 1902 geboren, begann als Flötist bei den New Yorker Philharmonikern. Ende der zwanziger Jahre verlegte er sich jedoch mehr und mehr aufs Komponieren. Sein größter Erfolg war das Musical „The Music Man“. Aber auch mit „The Unsinkable Molly Brown“ oder „Here's Love“ residierte er am Broadway.

